Historische Tatsachen Nr. 49

Dipl. Pol. Udo Walendy

Dipl. Pol. Udo Walendy

"Vergessene" Dokumente

Dieses Heft ist vor Drucklegung juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen.

Verfasser und Verleger geben aus besonderer Veranlassung der neuen Strafrechtslage hiermit kund, keinerlei Zweifel über das Geschehen in Auschwitz oder anderswo zu äußern, sondern lediglich unter Bezugnahme auf das der Presse zustehende Recht auf freie Information für historische Chronisten unter Maßgabe strenger wissenschaftlicher Maßstäbe zu berichten.

Im übrigen stehen Verfasser + Verleger grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es töricht wäre, an wirklich Geschehenem zu zweifeln, daß es aber zur ersten Pflicht eines Historikers gehört, die Beweislage nach allen Seiten umfassend zu prüfen.

Menachim Begin, 1940/41 von den Sowjets nach Sibirien verschleppt, 1942 Führer der terroristischen Geheimorganisation Irgun Zwai Leumi, von den Engländern mit Steckbrief als Massenmörder gesucht, 1977 - 1983 Premierminister Israels, Friedensnobelpreisträger, rief am 7.1.1952 vor einer erregten Menschenmenge in Jerusalem aus:

"Es gibt keinen Deutschen, der nicht unsere Eltern umgebracht hat. Jeder Deutsche ist ein Nazi. Jeder Deutsche ist ein Mörder. Adenauer ist ein Mörder."

Michael Wolffsohn, "Ewige Schuld? -- 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen", München 1988 (Serie Piper), S. 113.

Sunday Correspondent

Die britische Sonntagszeitung rät, die deutsche Frage jetzt ehrlich zu beantworten.

"Wir müssen ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und uns selbst sein mag. ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir es verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.

Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptiert haben."

Frankfurter Allgemeine, 18. September 1989

Bekenntnis zum Holocaust nötig
Weltkongreß mahnt DDR

"Der Jüdische Weltkongreß verlangt von einer künftigen Regierung der DDR eine 'klare und aufrichtige Erklärung', in der sie sich zur deutschen Verantwortung für den Holocaust bekennen soll. Wie in Jerusalem bekannt wurde, beschloß der israelische Ausschuß des Jüdischen Weltkongresses, seine Unterstützung für die deutsche Einheit u.a. von einer solchen Erklärung abhängig zu machen.

Als weitere wichtige Voraussetzung für eine Unterstützung der deutschen Einheit erhob der Jüdische Weltkongreß die Forderung, daß ein einiges Deutschland keinerlei militärische Zusammenarbeit mit Staaten unterhalten sollte, die sich im Kriegszustand mit Israel befinden.

Darüber hinaus sollten die Deutschen dem fortwährenden Gedenken an den Holocaust 'höchste Priorität' beimessen. Dazu gehörten Gesetze zur Verfolgung von Rassenhaß und von Versuchen, die Verbrechen des Holocaust zu leugnen." (dpa)

Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 29. März 1990, S. 1

ISSN 0176 - 4144

Konten des Verlages: Postscheck Essen 116162 -433 (BLZ 360 100 43)
Kreissparkasse Herford 250 00 2532 (BLZ 494 501 20)

Druck: Kölle Druck D.- 4994 Pr.Oldendorf



Plakatiert dies an allen öffentlichen Plätzen!

Gesucht zum Ergreifen

Adolf Hitler
alias Adolf Schucklgruber
alias Der Führer
alias Adolf Schickelgruber
Beschreibung

Geboren in Braunau, Österreich am 20. April 1889, Größe 3 Fuß, 9 inches, Gewicht 150 Pfund, Statur mittelgroß, schwarzes Haar, Haarlocke fällt über eine Seite des Vorderkopfes, Kamm-ähnlicher Schnurrbart. Vegetarier, liebt Paraden. Bevorzugte Haltung: hält seine rechte Hand ausgestreckt; antwortet auf die Begrüßung "Heil Hitler". Nimmt für sich in Anspruch, Deutscher zu sein, spricht diese Sprache jedoch schlecht. In Wirklichkeit ist er Österreicher. Hat Halluzinationen von Größenwahn, bezeichnet sich als "Kleiner Johannes der Täufer" und manchmal sogar als Gott.

Warnung: Es ist gefährlich, in seiner Gegenwart »Demokratie« zu erwähnen.

Verwandte: Schwester Paula, auch psychopathisch, hört auf 'Frau Wolf', lebt in Wien.

Bruder: Alois Hitler Jr.. Österreichische Polizeiakten enthüllen verschiedene Verurteilungen, nicht für politische Aktivitäten. Gegenwärtig unterhält er eine Bar in Berlin und ist sehr nervös, wenn er »Heil Hitler« hört.

Strafregister

Verantwortlich für den Tod von Erich Klausner, den Führer der Katholischen Aktion in Deutschland, und Adalbert Probst, den Führer der Katholischen Jugend. Auch verantwortlich für die Gesamtheit der Inhaftierungen von Hunderten von Priestern und Nonnen. Hat alle katholischen Schulen geschlossen und ihr Vermögen konfisziert.

Verantwortlich für den Tod von unzähligen protestantischen Priestern. Pastor Niemöller, der Führer der deutschen protestantischen Kirche, befindet sich gegenwärtig auf seinen Befehl hin im Gefängnis.

Verantwortlich für 50.000 Tote seit 1933 und für mehr als 200.000 Gefangene einschließlich Wissenschaftler und Erzieher aller Religionen und liberalen politischen Überzeugungen.

Hat die freie Presse, die freie Rede, die Gewerkschaften abgeschafft und die Mittelklassen ausgepreßt. Hat Verbindungen und Agenten überall. Unterhält Agenten und Spione in den USA, besonders Fritz Kuhn, gegenwärtig Kopf des Deutsch-Amerikanischen Bundes.

Beraubte die Tschechoslowakei um 80.000.000 Dollar in Gold.

Zuletzt gesehen in Memel. Es ist bekannt, daß er verzweifelt ist. Er strebt nach Rumänien, Polen und Italien.

Strafrechtlich verfolgt von der Weltmeinung wegen Mordes und Menschenraubes mit der Absicht zu töten.

Er hält 65 Millionen Menschen in Deutschland und mehrere Millionen Österreicher und Tschechoslowaken als Geiseln fest. 600.000 Juden werden von ihm als Pfand gehalten, und er verlangt 2¼ Milliarden Dollar. Es wird berichtet, daß er 1 Milliarde Dollar als Lösegeld für Katholiken fordert.

Zahlt ihm kein Geld! Unterhaltet keinen Handel mit ihm und zeigt jeden Agenten, der versucht, euch im Nazi-Deutschland fabrizierte Güter oder Ideen zu verkaufen, an!

Diese Information ist korrekt!
Schreibt eurem Kongreßmann oder eurem U.S. Senator oder dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Washington, D.C. und fordert ein Embargo gegenüber Nazi-Deutschland
Wenn gefunden in New York oder Umgebung bitte benachrichtigt
Non-Sectarian Anti-Nazi League
den Verfechter der Menschenrechte, Inc.
20 West, 47. Straße
New York, N.Y.[1]



Das gleiche Verfahren schon einmal gegen Kaiser Wilhelm I + II praktiziert!

Am 26. November 1870 hatten die Delegierten der französischen Freimaurerlogen des 'Grand Orient de France' in ihrer Sitzung zu Lyon folgenden Aufruf in die Welt geschickt:

"1.
Wilhelm und seine beiden Genossen Bismarck und Moltke, Geißeln der Menschheit und durch ihren unersättlichen Ehrgeiz Ursache so vieler Mordtaten, Brandstiftungen und Plünderungen, stehen außerhalb des Gesetzes wie drei tolle Hunde.
2.
Allen unseren Brüdern in Deutschland und der Welt ist die Vollstreckung des gegenwärtigen Urteils aufgetragen.
3.
Für jedes der drei verurteilten reißenden Tiere ist eine Million Franken bewilligt, zahlbar an die Vollstrecker oder ihre Erben durch die sieben Zentrallogen."

Während des Ersten Weltkrieges erneuerte die Loge ihr Bestreben, zunächst die Häuser Hohenzollern und Habsburg aus dem Wege zu räumen. Die Pariser Loge "L'Avant Garde" erhob das offizielle Verlangen zum Beschluß, dahin zu wirken, daß Kaiser Wilhelm II, Kaiser Franz Joseph und der Kronprinz von Preußen, gleichermaßen auch die Könige von Bayern, Sachsen und Württemberg wie auch die Kronprinzen dieser drei Bundesstaaten, ferner alle kommandierenden Generale der Frankreich betreffenden Invasionsarmeen vor ein Militärtribunal zur Aburteilung zu bringen seien, wobei freilich nicht daran gedacht war, auf die wirklichen Kriegsursachen einzugehen.[2]

---

1) US-Mikrofilm T 175, Roll 83.
2) Karl Heise, "Entente -- Freimaurerei und Weltkrieg", Zürich 1918, Nachdruck Bremen 1982, S. 40 - 41.



Der spätere britische Premierminister Winston Churchill

im November 1935

Während sich all diese schrecklichen Veränderungen in Europa ereigneten, kämpfte der Gefreite Hitler seine lange, ermüdende Schlacht um das deutsche Herz. Die Geschichte dieses Kampfes kann nicht gelesen werden ohne Bewunderung für den Mut, die Aufrichtigkeit und die Kraft der Persönlichkeit, die ihn dazu befähigten, herauszufordern, zu trotzen, zu überwältigen oder zu versöhnen – jedenfalls sich durchzusetzen gegenüber allen Autoritäten und Widerständen, die seinen Weg versperrten. Er und die immer wachsenden Scharen derer, die sich ihm anschlossen, zeigten in ihrem patriotischen Feuer und ihrer Vaterlandsliebe, daß es nichts gab, was sie nicht zu tun oder zu wagen bereit wären, kein Opfer von Leben, Gesundheit, Freiheit, das sie nicht selbst bringen oder ihren Gegnern auferlegen würden.

im April 1939

Die Geschichte durchsucht man vergeblich nach einer Parallele zu diesem plötzlichen und vollständigen Richtungswechsel einer Politik, die seit 5 oder 6 Jahren bequeme, versöhnliche Befriedung anstrebte und dann fast über Nacht die Bereitschaft entwickelte, einen offensichtlich nahe bevorstehenden Krieg von größtem Ausmaß und unter den allerschlimmsten Umständen auf sich zu nehmen. Die Polen-Garantie war ein Markstein zum Verhängnis. ...

Endlich war es zu einer Entscheidung gekommen, im ungünstigsten Augenblick und unter den unbefriedigendsten Verhältnissen, zu einer Entscheidung, die mit Gewißheit zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte. ...

Ist diese neue Politik begonnen worden, so kann es kein Zurück mehr geben. ...

Hier mit einer Garantie an Polen aufzuhören würde bedeuten, im Niemandsland ungeschützt unter dem Feuer beider Grabenlinien anzuhalten. ...

Wir müssen nun vorwärts gehen, bis eine Vereinbarung erreicht ist. Nachdem wir begonnen haben, eine große Allianz gegen Aggression zu schaffen, können wir sie nicht mißlingen lassen. Wir werden in einer tödlichen Gefahr sein, wenn wir scheitern. ...

Es ist zur Frage von Leben und Tod geworden![3]



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Der Stellvertreter des Führers
Der Stabsleiter

München, den 11.3.37.

Rundschreiben 34/37
An alle Gauleiter. Geheim!
Betrifft: Schutzhaft.

Die Schutzhaft muß als schärfste Maßnahme gelten, um Volksgenossen, die böswillig ihre Pflichten gegenüber der Gemeinschaft mißachten, oder die Sicherheit des Staates gefährden, eindrucksvoll darüber zu belehren, daß sie sich dem Gesamtinteresse einzuordnen und der Staatsdisziplin zu fügen haben. Sie darf deshalb stets nur als Mittel zur Bekämpfung wirklicher Feinde des Reiches, niemals aber der Aufklärung und Ahndung anders gearteter oder geringfügigerer Vergehen dienen.

Eine übermäßige Anwendung der Schutzhaft und ihre Verhängung ohne vorher erfolgte einwandfreie Klärung des Sachverhalts und der Schuldfrage ist weder im Hinblick auf die Zukunft der davon Betroffenen, noch mit Rücksicht auf die Herabminderung ihrer moralischen Wirkung als Ausdruck der Staatsgewalt zu verantworten.

Es muß deshalb erwartet werden, daß Schutzhaft nur in wirklich dringenden und begründeten Fällen beantragt wird.

Ich bitte die Kreisleiter bei Vermeidung jeglichen Schriftverkehrs und unter besonderer Betonung der Geheimhaltungspflicht mündlich entsprechend anzuweisen.

Heil Hitler!
gez. M. Bormann
F.d.R. Friedrichs [4]

3) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 50 + 300. -- Vgl.:
W. Churchill, "The truth about Hitler" in ***Strand Magazine*** November 1935 + W. Churchill, "Der Zweite Weltkrieg, 1. Buch, Bd. I "Der Sturm zieht auf", Hamburg 1949 - 1952 S. 421 - 423 + W. Jedrzejewicz, "Poland in the British Parliament 1939 - 1945", London 1946, Bd. I, S. 15 - 16.

4) US-Mikrofilm T 580/13



Der Inspekteur der Konz.-Lager und Führer der SS-Totenkopfverbände

Berlin, den 4. Juni 1937

Befehlsblatt SS-TV/IKL Nr. 5

Mai 1937

Das Befehlsblatt wird am Schlusse eines Monats verteilt! In ihm soll Rückschau gehalten werden.

Den Einheiten ist der Inhalt beim Befehlsempfang bekanntzugeben.

Verteiler:

Stab F/SS-TV	15 Stück
Kdtr. Dachau	4 "
" Lichtenburg	3 "
" Sachsenburg	3 "
" Sachsenhausen	3 "
" Bad Sulza	3 "
I / SS-TV	4 "
II / SS-TV	3 "
III / SS-TV	3 "
IV / SS-TV	3 "
V / SS-TV	3 "
25 Hundertschaften je 1	25 "
Unterführerschule SS-TV	1 "
Kantinenverwaltungen	6 "
Aushang	11 "
	90 Stück

Inspekteur der K.L.

Nr. 29: **Mißhandlung von Häftlingen.**

Der SS-Oberscharführer Zeidler hat im Konzentrationslager Sachsenhausen infolge sadistischer Anwandlungen einen Häftling in gemeinster Weise geschlagen. Er wurde zum SS-Mann degradiert, für dauernd aus der SS ausgeschlossen und dem Strafrichter übergeben. Dieser Fall wird als warnendes Beispiel bekanntgegeben. Im Unterricht soll fortgesetzt auf die Folgen einer Gefangenenmißhandlung hingewiesen werden. Eine einfache Ohrfeige ist bereits vollendete Mißhandlung. Die Strafen, die ein Lagerkommandant über widerspenstige Häftlinge verhängen kann, sind so scharf und durchgreifend, daß es keiner Selbsthilfe bedarf. Das Ansehen der Schutzstaffel wird in allen Fällen durch die Ausstoßung des Täters rein gehalten.

Nr. 30: Befehlsblatt Nr. 3 ist dem Aushängekasten zu entnehmen. Befehlsblätter 4 und 5 sind auszuhängen.

Der Inspekteur der Konz.-Lager
und Führer der SS - TV.
gez. E i c k e
SS-Gruppenführer

Für die Richtigkeit:
Der Chef der Zentralkanzlei SS-TV/IKL
handschriftlich Glücks
SS-Standartenführer
und Stabsführer[5]



Wien, am 18. März 1938.

Der Erzbischof von Wien

Sehr geehrter Herr Gauleiter.

Beigeschlossene Erklärung der Bischofe übersende ich hiemit. Sie ersehen daraus, daß wir Bischofe freiwillig und ohne Zwang unsere nationale Pflicht erfüllt haben. Ich weiß, daß dieser Erklärung eine gute Zusammenarbeit folgen wird.

Mit dem Ausdruck ausgezeichneter Hochachtung

und Heil Hitler!

+ Th. Card. Innitzer

Feierliche Erklärung[6]

Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz anläßlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich:

Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiet des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozial-Politik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind.

Wien, am 18. März 1938.

5) US-Mikrofilm, Kopie vom Institut für Zeitgeschichte, München
6) drucktechnisch neu gesetzt.



Aus dem Soldbuch des deutschen Soldaten

1. Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörungen sind seiner unwürdig.

2. Der Kämpfer muß uniformiert oder mit einem besonders eingeführten, weithin sichtbaren Abzeichen versehen sein.

3. Es darf kein Gegner getötet werden, der sich ergibt. Auch nicht der Freischärler und der Spion. Diese erhalten ihre gerechte Strafe durch die Gerichte.

4. Kriegsgefangene dürfen nicht mißhandelt oder beleidigt werden. Waffen, Pläne und Aufzeichnungen sind abzunehmen. Von ihrer persönlichen Habe darf sonst nichts weggenommen werden.

5. Dum-Dum-Geschosse sind verboten. Geschosse dürfen auch nicht in solche umgestaltet werden.

6. Das Rote Kreuz ist unverletzlich, verwundete Gegner sind menschlich zu behandeln. Sanitätspersonal und Feldgeistliche dürfen in ihrer ärztlichen bzw. seelsorgerischen Tätigkeit nicht gehindert werden.

7. Neutrales Gebiet darf weder durch Betreten oder Überfliegen noch durch Beschießungen in die Kriegshandlungen einbezogen werden.

8. Die Zivilbevölkerung ist unverletzlich. Der Soldat darf nicht plündern oder mutwillig zerstören. Geschichtliche Denkmäler und Gebäude, die dem Gottesdienst, der Kunst, Wissenschaft oder der Wohltätigkeit dienen, sind besonders zu achten. Natural- und Dienstleistungen von der Bevölkerung dürfen nur auf Befehl von Vorgesetzten gegen Entschädigung beansprucht werden.

9. Gerät ein deutscher Soldat in Gefangenschaft, so muß er auf Befragungen seinen Namen und Dienstgrad angeben. Unter keinen Umständen darf er über Zugehörigkeit zu seinem Truppenteil und über militärische, politische und wirtschaftliche Verhältnisse auf deutscher Seite aussagen. Weder durch Versprechungen noch durch Drohungen darf er sich dazu verleiten lassen.

10. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Befehle in Dienstsachen sind strafbar. Verstöße des Feindes gegen die unter 1 - 8 angeführten Grundsätze sind zu melden. Vergeltungsmaßregeln sind nur auf Befehl der höheren Truppenführung zulässig!



In dem deutschen Militärstrafgesetzbuch, das auch für Polizei und SS im Einsatz bis 1945 gültiges Recht war, heißt es im § 47, Abs. 1:

"Wird durch die Ausführung eines Befehls in Dienstsachen ein Strafgesetz verletzt, so ist dafür der befehlende Vorgesetzte allein verantwortlich.
Es trifft jedoch den gehorchenden Untergebenen die Strafe des Teilnehmers
a) wenn er den erteilten Befehl überschritten hat oder
b) wenn ihm bekannt gewesen ist, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, welche ein allgemeines oder militärisches Verbrechen bezweckte."



Offizier-Anwärter des Heeres!

Auf Euren Weg gebe ich Euch folgende Berufs- und Lebensregeln mit. Sie behalten ewige Gültigkeit im Kriege und im Frieden:

1. Immer Vorbild sein in allen Lebenslagen, besonders in Krisen.

2. Sobald Euch eine Truppe anvertraut wird, prüft Eure Kenntnisse mit innerer Selbstbescheidung, bevor Ihr vor Euren Leuten sprecht, falls Ihr nicht Gefahr laufen wollt, gleich an Autorität zu verlieren.

3. Bringt alle Eure erzieherischen Eingriffe in Einklang mit Eurer eigenen mehr oder weniger vorhandenen Autorität.

4. Vermeidet einen zu scharfen Ton, er ist meist ein Zeichen von Unsicherheit.

5. Bevor Ihr anfangt zu befehlen, seht Euch Eure Leute genau an und versucht, den Menschen in ihnen zu erkennen.

Menschenkenntnis ist Voraussetzung richtiger Menschenbehandlung.

6. Befehle haben nur Sinn, wenn sie überzeugen.

7. Jeder Erziehungs- und Ausbildungsarbeit muß, um ihr überzeugende Kraft zu verleihen, der Zweck vorangestellt werden und die Begründung folgen, warum es so sein muß.

8. Haltet Kritiksucht von Euch fern. Sie entspringt meist

taktloser Überheblichkeit. Ein Recht zur Kritik hat nur der, der den Beweis erbracht hat, daß er es besser kann.

9. Hört auf erfahrene Menschen und Kameraden. Aus Zuhören und Nachsinnen könnt Ihr nur Gewinn ziehen.

10. Seit zurückhaltend in Eurem Urteil über Dinge, die Ihr nicht voll beherrscht! Ihr blamiert Euch sonst.

Auch mancher Eurer Untergebenen weiß in manchen Dingen mehr als Ihr.

11. Bevor Ihr über einen Menschen urteilt, denkt immer daran, wie es einst in gleicher Lage um Euch selbst stand.

12. Handelt stets mit Vernunft und Herz, wenn Euch kostbare Menschenleben überantwortet sind, besonders im Kriege.

13. Bewahrt Euch stets den Mut zur reinen Wahrheit.

14. Steht immer zu Eurem Wort und Eurem Handeln, auch wenn es irrtümlich war.

15. Bewahrt stets den notwendigen Abstand von Vorgesetzten und Untergebenen. Das schützt vor schwierigen Lagen.

16. Seid jederzeit offen gegen Eure Vorgesetzten, aber dabei immer taktvoll, wie es dem Jüngeren grundsätzlich zukommt.

17. Lernt aus Tadeln und spielt nicht den Beleidigten, das läßt mangelnde Selbstdisziplin erkennen.

18. Nützt die flüchtige Zeit der Jugend zur eigenen Selbsterziehung und Heranbildung.

19. Haltet Euren Körper dauernd in Zucht und stählt ihn planmäßig bis ins Alter. Selbstbeherrschung und Enthaltsamkeit sind männlich, Nachgiebigkeit und Sich-gehen-lassen verächtlich.

20. Achtet immer auf eigene gute Haltung und tadellosen Anzug, auch wenn Ihr nicht im Dienst seid. Die geringste Vernachlässigung wird Eurem Ansehen abträglich sein.

21. Meidet übermäßigen Alkoholgenuß. Er ist meist die Ursache von Entgleisungen.

22. Macht keine Schulden; sie beeinträchtigen Euer freies Handeln und Eure Lebensfreude.

23. Seht Euch vor in Eurem Umgang. Ihr werdet nach ihm beurteilt.

24. Schärft Euren Verstand durch planmäßige Geistesarbeit auf den Gebieten der Allgemeinbildung und der Berufswissenschaften. Zeit hierzu, und wenn sie nur kurz sein kann, muß immer gefunden werden. Bildung ist geistige Disziplin. Ein ungebildeter Offizier ist nicht vollwertig.

25. Formt Eure Persönlichkeit im Studium großer Männer.

26. Bewahrt Euch bis zum letzten Atemzug den Glauben an die großdeutsche Idee und an Gott; dieser Glaube verleiht Euch innere Stärke besonders in Krisen des Lebens und vor allem während des Krieges, wo menschliche Kraft oft überbeansprucht wird.

Eine so große Zeit wie die unsere ist nur zu meistern in unbändigem Glauben.

Frießner,

Oberst und Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens des Heeres.

Berlin, April 1940.

---

(10) Der polnische Historiker Wladyslaw Bartoszewski stellte in einem Aufsatz in der Zeitung ***Die Welt*** vom 18.9.1989 fest:

Die UdSSR verleibte sich nach dem 17. September 1939 51,4% des vormaligen polnischen Staatsgebietes ein. In diesem Gebiet lebten 13.199.000 Menschen. Hunderttausende polnischer und jüdischer Zuwanderer flohen vor den Deutschen auf die sowjetische Seite. Stalin ließ bis zum Beginn des Rußlandfeldzuges 1941 1,5 - 1,8 Millionen Polen und Juden nach Nordrußland, Sibirien und Mittelasien deportieren. Die Rote Armee hat über 200.000 polnische Soldaten gefangen genommen und in Lager der Sowjetunion verbracht.

Vier große Deportationswellen sind zu nennen:

1) Die erste Verschleppungswelle setzte unmittelbar nach "der Befreiung" ein.

2) Am 30. Juni 1940 wurden praktisch alle Bürger, die vor Hitler geflohen waren, verschleppt. Außerdem kleine Kaufleute, ein großer Teil von ihnen Juden.

3) *"Bei der 3. Massendeportation im Juni 1940 wurde die größte Anzahl von Juden in die UdSSR deportiert.*

Von allen Deportierten ist die Hälfte, also gut 800.000 Menschen, Männer und Frauen, Greise und Kinder, im Archipel Gulag und anderswo umgekommen.

Um 150.000 Bürger hat die Sowjetunion völkerrechtswidrig der eigenen Armee einverleibt, weitere 100.000 den Baubataillonen. Die Verluste dieser beiden Kategorien sind bisher nicht erforscht."

In diesem Zusammenhang dürfte ein Auszug aus dem Schlußwort des Reichsaußenministers **Joachim von Ribbentrop** vor dem alliierten Militärtribunal in Nürnberg am 31.8.1946 die außenpolitische Zielsetzung des sowjetischen Diktators erhellen:

"Vor der Errichtung des Statuts dieses Gerichtshofes müssen wohl auch die Signatarmächte des Londoner Abkommens andere Ansichten über Völkerrecht und Politik gehabt haben als heute. Als ich 1939 nach Moskau zu Marschall Stalin kam, besprach er mit mir nicht die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des deutsch-polnischen Konfliktes im Rahmen des Briand-Kellogg-Paktes, sondern er ließ durchblicken, wenn er zur Hälfte Polens und den baltischen Ländern nicht noch Litauen mit dem Hafen Libau bekäme, könne ich gleich wieder zurückfliegen. Das Kriegführen galt dort offensichtlich 1939 auch noch nicht als internationales Verbrechen gegen den Frieden." [7]

---

(11)

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Der Stellvertreter des Führers

München 33, den 17. Sept. 1939

Anordnung Nr. 174/39.

Betrifft: *Beisetzung gefallener Soldaten der Feindstaaten.*

Zu der unter militärischen Ehren stattfindenden Beisetzung gefallener feindlicher Soldaten sind verschiedentlich auch die Vertreter der Partei eingeladen worden.

So verständlich die Erweisung militärischer Ehren seitens der Wehrmacht für gefallene Soldaten der Feindstaaten ist, so wenig hat die Partei als die Vertreterin des Volkes, dem die feindlichen Soldaten Tod und Verderben bringen wollten, Ursache, an derartigen Beisetzungen feindlicher Soldaten teilzunehmen. *gez. R. Heß*[8]

7) IMT, Bd. XXII, S. 427.
8) US-Mikrofilm T 580, Roll 14.



Reichsregierung wollte zivilen Bombenkrieg vermeiden

In seiner Reichstagsrede vom 1. September 1939 erklärte Adolf Hitler, daß er nicht Krieg gegen Frauen und Kinder führen wolle. Er habe der Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich auf militärische Objekte bei ihren Angriffen zu beschränken.

Am gleichen 1. September hatte US-Präsident F.D. Roosevelt einen Appell an die Kriegführenden gerichtet,

"auf der Grundlage der Gegenseitigkeit öffentlich ihre Absicht zu versichern, in keinem Fall und unter keinen Umständen Zivilpersonen oder unbefestigte Orte aus der Luft anzugreifen."

Für Deutschland erklärte Hitler in seiner Antwort am 2.9.1939, daß der Gedanke, *"außerhalb militärischer Operationen Luftangriffe auf nichtmilitärische Objekte zu unterlassen, ganz seiner Ansicht entspreche und von ihm schon immer unterstützt worden sei"*. Er stimmte dem Vorschlag einer entsprechenden öffentlichen Erklärung der beteiligten Regierungen bedingungslos zu und teilte mit, er seinerseits habe schon öffentlich bekanntgegeben, daß den deutschen Luftstreitkräften die Beschränkung ihrer Angriffe auf militärische Objekte befohlen worden sei. Die Aufrechterhaltung dieses Befehles hänge von der gegenseitigen Beachtung dieser Regel ab.

England und Frankreich verpflichteten sich ebenfalls in gleichlautenden Noten vom 2.9.1939,

"feierlich und öffentlich, ... die Feindseligkeiten ... mit dem festen Willen zu führen, die Zivilbevölkerung zu schonen und die Denkmäler der menschlichen Zivilisation möglichst zu bewahren."

Dabei erklärten sie, daß sie den Oberkommandos ihrer Streitkräfte schon genaue Anweisungen gegeben hätten, damit aus der Luft, von See und von Land her *"nur einwandfrei militärische Objekte im engsten Sinne des Wortes"* bombardiert würden.

Eberhard Spetzler führt in seinem Buch "Luftkrieg und Menschlichkeit" dazu weiter aus:

"Insgesamt kann objektiv nicht bestritten werden, daß der Polenfeldzug von deutscher Seite ritterlich und menschlich geführt wurde, und daß auch die Luftwaffe nachhaltig und erfolgreich bemüht war, das geltende Kriegsrecht und die Grundsätze der Haager Landkriegsordnung einzuhalten.

Selbstverständlich waren Treffer außerhalb der militärischen Objekte im Rahmen der Streuungsgrenze und der menschlichen und technischen Fehlerquellen nicht auszuschließen, so daß die Kämpfe wie in jedem Krieg die Zivilbevölkerung trotz allem in Mitleidenschaft zogen; beabsichtigt oder fahrlässig verursacht waren sie jedoch nicht. ...

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz war die Luftkriegsführung anfangs gleichfalls korrekt. Sie wurde am 4.9.1939 durch Angriffe englischer Bomber des Coastal Command auf militärische Ziele, besonders auf Anlagen der Kriegsmarine, im Raum Wilhelmshaven und Cuxhaven eröffnet. Gelegentliche Treffer auf Wohnstätten waren offenbar unbeabsichtigt. Auch ein Bombenwurf auf die dänische Hafenstadt Esbjerg am gleichen Tag wird militärischen Objekten gegolten haben und im übrigen auf einen Orientierungsfehler zurückzuführen sein, wie er vorkommen kann und beiden Seiten im Laufe des Krieges zwangsläufig wiederholt unterlief. Daneben begannen allerdings bewußte Neutralitätsverletzungen in Gestalt häufiger Ein- und Ausflüge über neutrales Gebiet.

Seit Ende September 1939 antwortete die deutsche Luftwaffe, die sich sonst auf Fernaufklärung beschränkte, mit Angriffen auf Kriegsschiffe, ab 17.12. auch auf die Handelsschiffahrt, im Gebiet englischer Häfen und vor der englischen Ostküste bis hinauf zum Firth of Forth, zu den Orkney- und den Shetland-Inseln; später dehnte sie diese Tätigkeit bis in den Atlantik aus. Hitler verbot aber im Einklang mit einer offiziellen Erklärung der Reichsregierung durch strikten Befehl, über dessen Inhalt die fliegenden Besatzungen vor jedem Einsatz ausdrücklich belehrt und verwarnt wurden, jeden Bombenwurf auf englische Landziele gleich welcher Art, selbst auf Hafenanlagen und Kriegswerften. Er wollte unter allen Umständen vermeiden, daß deutscherseits -- sei es auch nur infolge unbeabsichtigter Fehlwürfe -- durch Treffer auf nicht streng militärische Ziele oder in sonstiger Weise der geringste Anstoß zur Ausdehnung des Luftkriegs auf die Zivilbevölkerung und für dann möglicherweise unabsehbare Wirkungen eines totalen Luftkriegs gegeben würde. Ebenso streng untersagte er beim Angriff deutscher Sturzbomber vom Typ Ju 88 gegen englische Kriegsschiffe auf der Reede von Firth of Forth eine Bombardierung des dort im Dock liegenden Schlachtschiffs 'Repulse', damit ja keine Bombe auf englischen Boden fiele.

Deutschland und England verpflichteten sich am 14.9.1939 nochmal ausdrücklich zum Verzicht auf den Einsatz von Gas und Bakterien." [9)]

Am 15. Februar 1940 erklärte der britische Premier Neville Chamberlain im Unterhaus:

"Welchen Weg die anderen auch gehen mögen, die britische Regierung wird niemals zu hinterhältigen Angriffen auf Frauen und andere Zivilpersonen zum Zwecke reinen Terrors Zuflucht nehmen." [9)]

Doch schon ¼ Jahr später -- am 10. Mai -- begann der neue Kriegspremier Winston Churchill noch am Tage seiner Amtsübernahme den "strategischen Bombenkrieg", dem schließlich mehr als 1 Million zivile deutsche Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Es

9) Eberhard Spetzler, "Luftkrieg und Menschlichkeit -- Die völkerrechtliche Stellung der Zivilpersonen im Kriege", Göttingen - Berlin - Frankfurt 1956, S. 231 - 233, 238 - 240.

war kein Entschluß des Augenblicks, sondern er war langfristig geplant -- und nicht nur von ihm! --, sowohl im Hinblick auf die zivilen Ziele im Hinterland, vornehmlich die Arbeiterwohngebiete der deutschen Städte, als auch auf die seit 1936 projektierten und durchgeführten Rüstungsprogramme der Royal Air Force.[10]

Der britische Historiker F.J.P. Veale ergänzte:

*"Erst im April 1944, als die Luftwaffe durch Treibstoffmangel lahmgelegt und der Ausgang des Kampfes nicht mehr zweifelhaft war, wurde die über alle Tatsachenberichte verhängte strenge Sperre insofern aufgehoben, als man **Mr. J.M. Spaight**, dem früheren Staatssekretär des britischen Luftfahrtministeriums, erlaubte, sein Buch **"Bombing Vindicated"** zu veröffentlichen. Schon der Titel war eine Überraschung, denn nur wenige hatten bisher gedacht, daß es einer Rechtfertigung für den Bombenkrieg überhaupt bedürfe."*

Wir müssen hierbei ergänzen, daß der britische Bürger sogar in Unterhausdebatten ständig dahingehend belogen worden war, daß die Royal Air Force in Deutschland lediglich militärische Ziele bombardiere![10] (Vgl. auch ***Historische Tatsachen*** Nr. 35, S. 39 - 40) Veale fuhr fort:

"Mr. Spaight löste diese Bestürzung in folgendem lyrischen Absatz:

'Da wir uns über die psychologischen Wirkungen nicht im klaren waren, die von der propagandistischen Verdrehung der Tatsache ausgehen würden, daß w i r es waren, die mit der strategischen Bomberoffensive begannen, schreckten wir davor zurück, unseren großen Entschluß vom 11. Mai 1940 in der ihm gebührenden Weise vor die Öffentlichkeit zu bringen. Das war sicherlich ein Fehler. Es war ein großartiger Entschluß, ebenso heldenhaft und selbstaufopfernd wie Rußlands Entschluß zur Politik der verbrannten Erde.' ...

Die stereotype Entschuldigung damals hieß, daß dies nur eine Vergeltung für die Bombenangriffe der Deutschen auf Warschau und Rotterdam sei. Mr. Spaight schiebt dieses Argument mit der ihm gebührenden Verachtung beiseite. Er sagt:

'Als Warschau und Rotterdam bombardiert wurden, standen die deutschen Armeen unmittelbar vor den Toren. Die Luftangriffe waren ein Teil der taktischen Offensive. ' (Spaight S. 43)

Captain Liddel Hart vertritt die gleiche Ansicht. Er schreibt:

'Bombenangriffe fanden erst statt, wenn sich die deutschen Truppen in die Städte hineinkämpften, und entsprachen somit den alten Regeln über Belagerungsbeschuß.'"[11]

Die erste absichtliche Verletzung der bisher eingehaltenen Grundregel zivilisierter Kriegführung war nach Auffassung der gentlemen in England ein ***"großartiger Entschluß"***, wie auch einige Jahre später der Abwurf von zwei Atombomben zu ***"Versuchszwecken"*** auf das bereits vorher kapitulationsbereite Japan! Auf den entsprechenden Kriegsverbrecherprozeß wartet die Menschheit heute noch!

10) Maximilian Czesany, "Alliierter Bombenterror -- Der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung Europas 1940 - 1945", Leoni 1986, 112, 190 - 192 + 370!

11) F.J.P. Veale, "Der Barbarei entgegen -- Wie der Rückfall in die Barbarei durch Kriegführung und Kriegsverbrecherprozesse unsere Zukunft bedroht", Hamburg 1954, S. 142, 145.



Insgesamt 1.996.036 Tonnen Bomben -- fast 40 Millionen Zentner! -- haben die westalliierten Luftstreitkräfte während des Zweiten Weltkrieges über Deutschland abgeworfen. Im Hintergrund des Bildes ein amerikanischer Bomber-Pulk, vorn zur Abwehr aufgestiegene deutsche Jäger.

13 Reichsregierung wollte Internierung von Zivilgefangenen vermeiden

"Note des deutschen Konsuls in Genf betreffend die Repatriierung von Angehörigen von Feindstaaten, datiert 27. November 1939 (zusammengefaßt)

Der deutsche Konsul verweist auf sein Interview mit dem Präsidenten des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes vom 16. November, in dessen Verlauf er über das große Interesse der Deutschen Regierung an der raschen Repatriierung deutscher Zivilisten, die in Feindländern interniert sind, informiert wurde. Es wurde mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß das Internationale Komitee die Auffassungen der Deutschen Regierung teilt und daß es bereits Schritte zu einer raschen Lösung unternommen hat.

Die Deutsche Regierung teilt die Meinung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, daß die Masseninternierung von zivilen Feindstaaten-Angehörigen so weit wie möglich vermieden werden sollte.

Zu Beginn des Krieges wurde lediglich eine begrenzte Anzahl von Feindstaaten-Angehörigen durch die deutschen Behörden interniert. Es sollte jedoch hervorgehoben werden, daß die Feindstaaten bereits in sehr starkem Maße Maßnahmen zur Masseninternierung ergriffen haben und daß mehr und mehr Informationen über die unnötig harte Behandlung eintreffen, denen die deutschen Zivilinternierten ausgesetzt sind."[12]

12) "Documents relating to the Work of the ICRC for Civilian Detainees in German Concentration Camps from 1939 to 1945", Genf 1975, S. 31.



Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums

Führer-Hauptquartier, d. 2.7.1940

Anordnung

Für die Umsiedlung der Litauen-Deutschen ordne ich an:

1). Die Erfassung der Umsiedler in Litauen erfolgt durch die Volksdeutsche Mittelstelle.

2). Der Transport bis zur Grenze erfolgt ebenfalls durch die Volksdeutsche Mittelstelle, die damit für die Festlegung der Marschstraßen zusammen mit den litauischen Behörden für die ärztliche Versorgung -- durch deutsche Ärzte --, und Mitnahme von Lebensmitteln allein verantwortlich ist.

3). Der Höhere- und Polizeiführer Nordost übernimmt die Umsiedler an der Grenze und führt ihren Weitertransport zu den Durchgangslagern durch. Er bedient sich hierzu der zuständigen Dienststellen des Chefs der Ordnungspolizei. Dasselbe gilt für den Höheren- und Polizeiführer Weichsel, soweit die Umsiedler in sein Gebiet kommen.

4). Die Einrichtung und Organisation von Durchgansglagern sowie die Aufnahme der Umsiedler in den Lagern erfolgt durch die Volksdeutsche Mittelstelle. Die Umsiedlung hat jedoch im allgemeinen von Dorf zu Dorf zu erfolgen; die Verwendung von Durchgangslagern hat sich auf Ausnahmefälle zu beschränken.

5). Die Durchschleusung der Umsiedler erfolgt durch die Einwanderer-Zentralstelle Nordost.

6). Für die Fragen der Vermögenserfassung und des Vermögensausgleiches einschließlich der etwaigen vorläufigen Versorgung der Umsiedler mit Barmitteln ist nach den gegebenen Richtlinien die deutsche Umsiedlungs-Treuhand G.m.b.H. verantwortlich (mit Ausnahme der Unterstützungsgelder, die in den Lagern durch die Volksdeutsche Mittelstelle ausgezahlt werden). Die Beauftragten der Deutschen Umsiedlungs-Treuhand G.m.b.H. gehören während ihrer Tätigkeit in Litauen zur Umsiedlungskommission der Volksdeutschen Mittelstelle.

7). Die NS-Volkswohlfahrt bitte ich, wiederum die Verantwortung für die Verpflegung und Bekleidung der Umsiedler von der Reichsgrenze ab bis zur Ansetzung zu übernehmen. Ihr obliegt zugleich die Betreuung der gesunden Kinder und Säuglinge in Kindergärten und Krippen und die Unterbringung der nichtarbeitseinsatzfähigen Alten mit Ausnahme der Gebrechlichen und Siechen.

8). Den Reichsgesundheitsführer bitte ich, die Unterbringung und gesundheitliche Versorgung von Kranken, Schwangeren und Gebärenden und von behandlungsbedürftigen Gebrechlichen zu übernehmen. Er versorgt ferner die Umsiedler in gesundheitlicher und hygienischer Hinsicht von der Reichsgrenze bis zur Ansetzung.

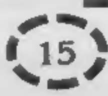
9). Die zur Ansetzung der Umsiedler notwendigen Evakuierungen werden durch den Chef der Sicherheitspolizei und des SD durchgeführt.

10). Die Ansetzung erfolgt durch die Reichsstatthalter der Provinzen. Verantwortlich für die Durchführung sind die Höheren SS- und Polizeiführer Weichsel und Nordost als meine Beauftragten. Sie bilden für diesen Zweck Umsiedlungsstäbe, deren Zusammensetzung im einzelnen noch befohlen wird.

11). Die durch die ärztlichen Kommissionen gesundheitlich als geeignet befundenen Umsiedler werden je zur Hälfte in dem Reichsgau Danzig-Westpreussen und in der Provinz Ostpreußen angesetzt und zwar erfolgt die Ansetzung in Danzig-Westpreussen in der Siedlungszone I, in Ostpreußen in dem Regierungsbezirk Zichenau und in dem Landkreis Suwalken (Reg.Bez. Gumbinnen).

12). Die Umsiedlung der Litauen-Deutschen hat noch vor Beginn des Winters ihren Abschluß zu finden.

gez. HH[13)]



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Der Stellvertreter des Führers

München, den 8. Juli 1940.

Anordnung - A 69/40 -

Betrifft: *Betreuung der Angehörigen von politischen Häftlingen und der Häftlinge selbst nach ihrer Entlassung.*

Der Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes hat im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers beiliegenden Erlass vom 10.3.1940 herausgegeben.

Die Verantwortung für die Inschutzhaftnahme und Festnahme tragen die Dienststellen der Geheimen Staatspolizei.

Aufgabe der Partei ist es jedoch, die Betreuung der Angehörigen politischer Häftlinge und der Häftlinge selbst nach ihrer Entlassung durchzuführen. Die politische Betreuung hat sich darauf zu erstrecken, die Angehörigen politischer Häftlinge aufzuklären und sie davon abzuhalten, sich etwa aus Verbitterung oder Unverständnis ausserhalb der Volksgemeinschaft zu stellen. Der NS-Frauenschaft ist in jedem einzelnen Fall durch den Hoheitsträger die Aufgabe zuzuweisen, sich der Frauen und Kinder politischer Häftlinge besonders anzunehmen. Die Betreuung muss so sorgfältig sein, dass eine Einflussnahme konfessioneller oder staatsfeindlicher Stellen ausgeschlossen ist. Für die materielle Hilfeleistung ist in erster Linie die öffentliche Fürsorge zuständig. Die zusätzliche Fürsorge übernimmt die NS-Volkswohlfahrt. Diese Hilfe erstreckt sich auf die Gewährung von Barunterstützungen, Lieferung von Lebensmitteln, Kleidungstücken usw. Sinn der Betreuung ist, die Angehörigen politischer Häftlinge davon zu überzeugen, daß sie nach wie vor als wertvolle Mitglieder der Volksgemeinschaft angesehen und dementsprechend

---

13) US-Mikrofilm T 175 Roll 94.

behandelt werden. Nach der Entlassung der Häftlinge wird im allgemeinen die Unterstützung der Angehörigen für eine gewisse Zeitdauer fortzuführen sein, bis die geregelte Versorgung der Familie durch den Ernährer wiedere sichergestellt ist.

Der politische Häftling ist nach seiner Entlassung in eine besondere Betreuung zu nehmen. Es soll ihm Gelegenheit gegeben werden, aus seiner Strafe die notwendige Lehre zu ziehen und in ihm das Bestreben erweckt werden, wieder in die Volksgemeinschaft hineinzuwachsen.

In Zukunft wird im Gegensatz zu der früheren Regelung jeweils der zuständige Kreisleiter über die Inschutzhaftnahme unterrichtet. An den Kreisleiter werden hinreichend Durchschläge mitübersandt, so daß dieser auf einfachstem Wege die Verständigung der zuständigen Dienststellen der NSV und der Frauenschaft vornehmen kann. Die politische Überwachung sowohl der Angehörigen eines Häftlings als auch des Häftlings selbst nach seiner Entlassung sind ausschließlich Angelegenheit der Geheimen Staatspolizei.

Ich erwarte, daß die politische und wirtschaftliche Betreuung sorgfältigst durchgeführt wird und andererseits eine Einmischung in die Befugnisse der staatlichen Exekutive unterbleibt.

gez. M. Bormann [14)]



Sehen so Verbrecher aus, die sich -- um die Worte des Staatsanwaltes Willi Dreßen von der Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen im Klappentext seines Buches zu gebrauchen --, *"zum Exekutionstourismus dort versammeln"* könnten, wo Frauen und Kinder massakriert würden, weil solches Verhalten *"im Zentrum der Volkspsyche verankert"* sei? (Vgl. *Historische Tatsachen* Nr. 43 S. 32 ff)

Der Verfasser hatte mit umfangreicher Begründung gegen den beamteten Staatsanwalt Willi Dreßen in bezug auf seine Bücher "Schöne Zeiten -- Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer" und "Gott mit uns -- Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten 1939 - 1945" Strafanzeige wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Beleidigung erstattet sowie ein Disziplinarverfahren angestrengt.

Alle diese Verfahren wurden niedergeschlagen mit den Argumenten, daß es sich bei den Veröffentlichungen von Staatsanwalt Willi Dreßen um *"historische Tatsachen"* handele und diese jeder das Recht hätte zu veröffentlichen. -- Man vergleiche u.a. hiermit den beschlagnahmten Tatsachenbericht über den Zündel-Prozeß in Toronto und den beeideten Leuchter-Bericht unserer Ausgabe in den *Historischen Tatsachen* Nr. 36, oder auch die Nr. 38, die ohne Sachargument, sondern nur *"zwecks Ermittlung weiterer Beweismittel"* beschlagnahmt wurde und blieb, oder auch die Nr. 15, die auf Grund höchsten Gerichtsbeschlusses ohne Sachargument zum wissenschaftlichen Inhalt vernichtet werden mußte!

Die Verfahren gegen Staatsanwalt Willi Dreßen haben ohne jegliche Beweisführung abgeschmettert:

Oberstaatsanwalt Dr. Linden am 7.1.1991 (AZ: 3133 E - 1081/90); Oberstaatsanwalt Klein, Frankfurt/M am 1.11.1990 (AZ 50 Js 35655.2/90);

Die Dienstaufsichtsbeschwerden des Verfassers gegen diese Entscheidungen haben abgeschmettert: Oberstaatsanwalt Fluhrer als Verantwortlicher der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/M am 15.1.1991 (AZ: Zs 1971/90); der Leitende Oberstaatsanwalt Dr. Hermes für den Generalstaatsanwalt Köln am 30.1.1991 (AZ: 3133 E - 7-W. 391).

So sehen Recht und Wahrheit in unserer praktizierten Demokratie aus!

14) US-Mikrofilm T 580/14



JTA -- Daily News Bulletin

Published by the Jewish Telegraphic Agency, 106 East 41st street, New York, N.Y. Vol. VIII. No. 277.

Thursday, November 13, 1941

Ukrainian Leaders in Galicia are friendly to Jews despite Nazi Propaganda"

Genf: Nov. 12 (JTA). Hier treffen heute Berichte aus dem von den Nazis besetzten Polen ein, die deutlich machen, daß sich freundschaftliche Beziehungen zwischen Ukrainern und Juden in den Teilen des nazi-okkupierten Galiziens, wo die Ukrainer in der östlichen Verwaltung teilhaben, entwickeln.

Trotz der Bemühungen der Nazi-Besatzungsbehörden, die Ukrainer gegen die Juden aufzuhetzen, kooperieren die ukrainischen Führer in Galizien mit den lokalen jüdischen Führern, mit denen sie seit Jahren unter dem polnischen Regime zusammengearbeitet haben. Die Nazi-Unterstellungen, daß die Juden für die Tötung vieler ukrainischer Nationalisten in Lemberg verantwortlich waren, als die Stadt von der sowjetischen Armee besetzt wurde, haben auf die ukrainische Bevölkerung praktisch keinen Einfluß.

Die Mehrheit der ukrainischen Führer war während der sowjetischen Besetzung Ostgaliziens dort und ist daher in der Lage zu wissen, daß die anti-jüdischen Unterstellungen der Nazis grundlos sind. Diese Führer sind sich aber auch der Tatsache bewußt, daß eine große Zahl von Juden von den sowjetischen Besatzungsbehörden von Lemberg und anderen galizischen Städten in entfernte Gebiete Sibiriens deportiert worden sind.

Der Bericht, der sich in breiter Länge über den Hunger(tod ?) (on the starvation prevailing among the Jews) unter den Juden im Nazi-besetzten Galizien ausläßt, enthüllt, daß, während sich die Nazi-Behörden schwer tun, die jüdische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen (hardly furnish), die in der örtlichen Zivilverwaltung tätigen Ukrainer den Sorgen der Juden großes Verständnis entgegenbringen und ihnen das Leben so gut wie möglich erleichtern.

Die meiste Hilfe für die Juden in Galizien kommt jedoch von den Juden in Polen. Obgleich sie selbst großen Bedarf an Lebensmitteln haben, teilen sie das Wenige mit ihren Brüdern in Galizien unter Vermittlung der Jüdischen Gemeinden, die sich in Lemberg, Tarnow, Przemysl, Stanislawow, Chertkov, Sambor und Drohabitch eingerichtet haben.

Der Bericht enthüllt auch, daß Tausende von Juden in Galizien obdachlos geworden sind auf Grund der "Verbrannte Erde"-Politik der russischen Armee, die bei ihrem Rückzug aus Galizien viele Gebäude niedergebrannt hat. In Lemberg sind die Synagogen und jüdischen Schulgebäude von den Feuern nicht erfaßt worden. Und so konnte den obdachlos gewordenen Juden in diesen Gebäuden Unterkunft verschafft werden. Auf der anderen Seite sind in Tarnopol alle öffentlichen jüdischen Gebäude vernichtet worden mit Ausnahme der Quartiere der jüdischen Künstlergilde, wo die meisten Juden der Stadt zusammengepfercht wurden (have been crowded)."



Der Reichsführer-SS
Tgb. Nr. Ak/657/17
RF/V. Führerhauptquartier 5. Jan. 1942

SS-Befehl.

Ich habe einen SS-Führer mit sofortiger Wirkung aus der SS entlassen, weil er sich in der jetzigen Zeit, in der Millionen an den Fronten den schwersten Kampf kämpfen, unter Ausnutzung seiner Stellung als SS-Führer bemühte, einen jüdischen Betrieb zu erhalten (arisieren), in dessen Besitz er durch eigene Kraft und Tüchtigkeit sonst nicht gekommen wäre.

gez. Himmler
F.d.R. gez. (unleserlich)
SS-Hauptsturmführer[15]



Fernschreiben
Warschau Nr. 1557 -- 18.2.1942
An den Kommandostab RFSS
SS-Gericht in Berlin

Betr.: Unterbringung von Häftlingen im hiesigen Hausgefängnis

Vorgang: Funkspruch Nr. 1148 vom 12.2.42 DOO - RFSS

Eine Möglichkeit zur Unterbringung von 10 Häftlingen in hiesigen Arrestzellen ist nicht vorhanden, da sämtliche Zellen belegt sind. Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau.

gez. Dr. Hahn
SS-O'Stubaf. ORR.[16]



Der Reichsführer-SS
Hauptamt SS-Gericht
III b 320/5 München, den 11. März 1942

Betrifft: *Strafvollstreckung gegen SS- oder Polizeiangehörige.*

Bezug: *Hiesiger Erlaß IIIb 320ß/2 vom 12.11.1941.*

Verteiler: A

I. 1) Nachdem nunmehr das Strafvollzugslager der SS und Polizei in Danzig-Matzkau bezugsfertig aufgebaut und errichtet ist, wird die Abteilung G des Straflagers der SS und Polizei in Dachau mit sofortiger Wirkung aufgelöst; die zur Zeit noch darin einsitzenden Verurteilten werden in das Strafvollzugslager der SS und Polizei in Danzig-Matzkau überführt. ....

3) In das Straflager der SS und Polizei in Dachau sind künftig nur noch solche Verurteilte einzustellen, gegen welche die Verwahrung im Straflager unter Aufschub des Strafvollzugs angeordnet wurde. Dabei sei nochmals darauf hingewiesen, daß dies die härteste Art der Strafvollstreckung darstellt und ihre Anordnung nur unter den Voraussetzungen der Bestimmungen unter A IV des hiesigen Erlasses IIIb 320/2 vom 12.11.1941 zu erfolgen hat. ...[17]

15) US-Mikrofilm T 580, Roll 92 + T 175, Roll 190. Dok. als "Abschrift" gekennzeichnet.

16) US-Mikrofilm T 175, Roll 132.

17) US-Mikrofilm T 175, Roll 190.



Verbot der Tötung im NS-Staat nie aufgehoben

Abwegig ist die von einem Verteidiger vertretene Ansicht, Hitler habe die Geltung des § 211 des StGB teilweise suspendiert. Abgesehen davon, daß die Rechtsordnung eine Teilsuspendierung einer Verbotsnorm nicht kennt, daß ein Gesetz nur durch ein anderes Gesetz aufgehoben werden kann, daß die Aufhebung des Tötungsverbotes nur in Bezug auf eine bestimmte Menschengruppe, wodurch diese für vogelfrei erklärt würde, in eklatanter Weise gegen den Gleichheitsgrundsatz und damit gegen die Gerechtigkeit verstoßen würde, ist das Verbot der Tötung anderer Menschen -- auch der jüdischen Menschen -- im NS-Staat nie, auch nicht durch den Geheimbefehl Hitlers, aufgehoben worden. Dies ist leicht daraus zu ersehen, daß die Tötung eines Juden durch andere (gleichgültig ob durch Zivilisten oder Militärpersonen) auch im NS-Staat nach § 211 verfolgt und bestraft wurde. Selbst Angehörige der Polizei und SS wurden, wenn sie Juden eigenmächtig töteten, zur Verantwortung gezogen.(S. 131)

Die Angehörigen des Wachsturmbannes waren nicht berechtigt, das Schutzhaftlager zu betreten. Die Begleitposten für die Arbeitskommandos nahmen die Kommandos morgens nach dem Ausrücken aus dem Lager vor dem Lagertor in Empfang. Der Führer des Wachsturmbannes sollte alle Führer, Unterführer und Mannschaften seiner Einheit eingehend über ihre Pflichten auf Wache, bei der Gefangenenbegleitung, über den Gebrauch der Schußwaffe, den Umgang mit Häftlingen, insbesondere aber über das Verbot der Häftlingsmißhandlung belehren bzw. durch die Kompanieführer belehren lassen. Belehrungen waren ständig durch die Kompanieführer zu wiederholen. Verstöße gegen das Verbot der Häftlingsmißhandlung sollten streng bestraft werden. ... (S. 43)

Nach einer Anordnung des Chefs der Sipo und des SD vom 12.2.1942, die von dem SS-Gruppenführer Müller in Vertretung unterzeichnet worden ist, waren zwar verschärfte Vernehmungen unter bestimmten Voraussetzungen vorgesehen u.a. durch Verabreichung von Stockhieben, sie durften aber nicht, was auch dem Angeklagten Boger bekannt war, zur Herbeiführung von Geständnissen über eigene Straftaten angewendet werden. Ferner sollte bei mehr als 20 Stockhieben ein Arzt hinzugezogen werden. Auf keinen Fall war durch diese Anordnung die Tötung von zu vernehmenden Personen erlaubt worden. ... (S. 198)

Nicht einmal die NS-Machthaber und die höhere SS-Führung hatten den SS-Führern und Unterführern im KL-Auschwitz die Befugnis eingeräumt (wozu sie allerdings auch gar nicht berechtigt gewesen wären), eigenmächtig Häftlinge zu töten. Das war dem Angeklagten Hofmann bekannt. Denn er war wie alle anderen SS-Angehörigen darüber belehrt worden. Mißhandlungen und eigenmächtige Tötungen von Häftlingen waren nach diesen Belehrungen streng verboten. (S. 384)[18]



15. August 1942

An den Leiter der Parteikanzlei
Herrn Reichsleiter Martin Bormann
Sehr geehrter Herr Reichsleiter!

Ihr Schreiben an den Herrn Feldmarschall ist mir zur Beantwortung übergeben worden.

Ich nehme zu dessen Inhalt unter Bezug auf unsere Aussprache am 12.8.1942 wie folgt Stellung:

Nach Vfg. Az. 2 f 24.90a Kriegsgef. (b. G./IV²) Nr. 6577)41 sind bis zum 14. November 1941

75.117 Sowjetgefangene ukrainischer Volkszugehörigkeit aus den Lagern des Kommandeurs der Kriegsgefangenen in der Ukraine und

4.070 Kr.Gef. aus den Lagern des Kommandeurs der Kriegsgefangenen z.b.V. im Generalgouvernement

unter Aushändigung anliegenden Entlassungsausweises entlassen worden. Die Entlassung von Offizieren war verboten.

Eine bedeutend größere Zahl von Ukrainern wurde durch das Heer im rückwärtigen Heeresgebiet entlassen.

Aus dem Reichsgebiet wurde im November 1941 jede weitere Entlassung von Ukrainern verboten.

Die im Bezugschreiben vorgebrachten Klagen sind hier nicht verständlich, da die vom OKW bis November 1941 entlassenen Kriegsgefangenen ordnungsmäßig mit einem vorgeschriebenen Entlassungsausweis in ihre Heimat überführt wurden. Um jedoch den Klagen weiter nachgehen zu können, wird um nähere Angaben, besonders wegen der 400 Offiziere gebeten.

Im übrigen ist auch das gleiche Schreiben durch den Herrn Reichsarbeitsführer dem OKW zugegangen.

Heil Hitler!
Ihr
gez. Reinecke[19]



A R 13 / 28 / 42

Feldkommandostelle 25. August 1942

Generalfeldmarschall Keitel
Sehr verehrter Herr Generalfeldmarschall!

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie eine entsprechende Anweisung geben würden, daß die Ukrainer nicht mehr aus den Gefangenenlagern nach ihrer Heimat entlassen, sondern daß sie vielmehr dem Gauleiter Sauckel als freie Arbeitskräfte gemeldet und zur Verfügung gestellt werden. Diese freigelassenen Ukrainer treiben sich als bestes Rekrutierungsmaterial für die Bandenbekämpfungstruppen wandernd auf den Straßen der Ukraine herum.

Heil Hitler
Ihr sehr ergebener
H.H.[20]

---

18) Auschwitz-Prozeß Urteilsbegründung, Landgericht Frankfurt/M 20.8.1965, AZ: 4 Ks 2/63.
19) Bundesarchiv Koblenz NS 19/3 fol. 1.
20) Bundesarchiv Koblenz NS 19/3 fol. 1.



29.10.1942

Absender: RFSS, Empfänger: SS-Gruppenführer Heinrich Müller, Chef Amt IV (Gestapo)/RSHA, und SS-Brigadeführer Richard Glücks, Chef Amtsgruppe D (K.L.)/WVHA

1.) Ich genehmige mit sofortiger Wirkung, daß Häftlinge Lebensmittelpakete von ihren Angehörigen empfangen dürfen.

2.) Die Anzahl der Pakete, die ein Häftling erhalten kann, ist unbeschränkt. Der Inhalt muß jedoch am Tage der Ankunft oder am darauffolgenden Tage von dem Häftling verzehrt werden. Wenn dies nicht möglich ist, erfolgt die Verteilung auch an andere Häftlinge.

3.) Diese meine Anordnung bezieht sich nicht nur auf deutsche, sondern auch auf alle anderen Häftlinge, die die Möglichkeit haben, sich Lebensmittelpakete schicken zu lassen.

4.) Jeder SS-Angehörige, der sich an einem Lebensmittelpaket eines Häftlings vergreift, wird mit dem Tode bestraft.

5.) Mißbraucht ein Häftling die Sendung von Paketen zum Durchbringen von Kassibern, Werkzeugen oder sonstigen unerlaubten Dingen, so büßt er dies sofort mit dem Tode. Seine Baracke erhält für drei Monate das Verbot, Pakete zu empfangen.

gez. Himmler[21]



Generalgouvernement
Gouverneur des Distrikts Warschau
Chef des Amtes

Warschau, den 5. Nov. 1942.

Tgb. Nr. 110/42 g.

An den SS- und Polizeiführer im Distrikt Warschau, Herrn SS-Oberführer Dr. von Sammern-Frankenegg im Hause

----

Betr: **Polnisches Offizierslager in Woldenberg/Warthegau.**

Ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf nachstehende, im allgemeinen politischen Interesse liegende Angelegenheit richten:

Der Kaufmann Karl Leibinnes, Königsberg, der hier auf Wunsch der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft eine Saatzuchtwirtschaft betreibt, hatte die Absicht, einen Saatzuchtleiter zu verpflichten, der ihm hier benannt worden war und der sich als polnischer Reserve-Offizier in dem oben genannten Lager befindet. Es ist in einzelnen Fällen seitens der Regierung und der im Reich damit beteiligten Stellen die Freilassung derartiger Kräfte genehmigt worden, wenn sie im deutschen Interesse zum Einsatz kommen konnten. Um keinen unnötigen Antrag zu stellen, beabsichtigte der Kaufmann Karl Leibinnes, den Polen, dessen Name, wie Sie später ersehen werden, an sich keine Rolle spielt, vorher in dem oben genannten Lager zu sprechen. Dabei ergab sich folgendes:

Der Kaufmann Leibinnes durfte nach den bestehenden Bestimmungen den Polen nicht selbst sprechen. Es wurde ihm aber seitens der Lagerverwaltung ein Abwehroffizier zur Verfügung gestellt, der das Anliegen des Leibinnes an den Polen übermitteln wollte. Der Abwehroffizier brachte aber gleich bei Übernahme des Auftrages zum Ausdruck, daß er glaube, wenig Hoffnung machen zu können, daß der Pole die Stellung annehme, da bereits in wiederholten Fällen von Lagerinsassen derartige Anerbieten abgelehnt worden seien und daß sich die Lagerinsassen sogar bei Verpflichtungen, die von Reichsdienststellen ausgesprochen wurden, auf die Genfer Konvention beriefen und erklärten, sie seien kriegsgefangene Offiziere und als solche zur Arbeit nicht verpflichtet.

Tatsächlich kam auch der Abwehroffizier nach 20 - 25 minütigem Aufenthalt aus den Baracken zurück, um Herrn Leibinnes zu erklären, daß der Pole nach einigem Überlegen es abgelehnt habe, die Stellung in der Saatzuchtwirtschaft zu übernehmen. Diese Ablehnung konnte auch nicht einmal ein Brief verhindern, den Herr Leibinnes von der Ehefrau des betreffenden Polen mitbrachte, in dem diese ihrem Mann die ihn hier erwartenden Arbeitsverhältnisse, Einkommensverhältnisse usw. schilderte. Die weitere Unterhaltung mit den deutschen Lageroffizieren hat ergeben, daß offensichtlich unter den Lagerinsassen eine stille Verpflichtung besteht, wonach jeder, der ein derartiges Anerbieten erhält, dieses abzulehnen hat, weil die polnischen Offiziere nicht gewillt sind, für die Interessen des Deutschen Reiches auch nur das geringste zu übernehmen.

Ist schon dieses Verhalten der polnischen gefangenen Offiziere, vom deutschen Interesse aus betrachtet, unerträglich, so wird das Bild noch krasser, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sich in diesem Lager 7.000 polnische Offiziere befinden, ferner daß diese polnischen Offiziere nach Auskunft der Lageroffiziere die gleiche Verpflegung erhalten, wie die deutschen Offiziere und außerdem jeder Lagerinsasse monatlich zwei Lebensmittelpakete und ein Wäschepaket aus seiner Heimat überschickt erhält. Es gehen im Lager täglich 800 Pakete ein, die namentlich adressiert sind.

Zusammengefaßt ist also die Situation so, daß es sich 7.000 gefangene polnische Offiziere, die bessere Verpflegung haben als jeder Deutsche, denn sie empfangen deutsche Offiziersverpflegung und Lebensmittelpakete, es sich leisten können, unter Berufung auf die Genfer Konvention Arbeit, die von ihnen im deutschen Interesse verlangt wird, abzulehnen und so einen einzigen, von Deutschen geschützten und zum Nichtstun bewachten Oppositionsblock bilden können. -- Ich gebe Ihnen von dieser Sachlage Kenntnis, da ich auch

21) Nürnberg-Dok. NO-1514; -- Helmut Heiber (Hrsg.), "Reichsführer! Briefe an und von Himmler", Stuttgart 1968, S. 166.

nach Rücksprache mit dem Herrn Gouverneur der Meinung bin, daß diese Dinge höheren Orts bekannt werden müssen. Ich glaube, es müßten sich Wege finden lassen, z.B. durch eine von der Genfer Konvention ja wohl nicht verbotene Entlassung der polnischen Offiziere, um einen derartigen Oppositionsblock, der bestimmt für Deutschland nicht mehr gewonnen werden kann, zu beseitigen.

gez. Unterschrift
F.d.R.i.A.
gez.
SS-Scharführer.[22]

25

Der Reichsführer-SS

Feld-Kommandostelle, den 18. Jan. 1943.

Tgb.-Nr. 3155 ro
KP/V.

Geheim

Reichsaußenminister von Ribbentrop

Lieber Ribbentrop!

In der Anlage übersende ich Dir einen Bericht über ein polnisches Offizierslager in Woldenberg/Warthegau, sowie eine Durchschrift meines Briefes an Generalfeldmarschall Keitel.

Ich weiß, daß meinem Wunsch, die polnischen Offiziere nicht mehr als Kriegsgefangene zu behandeln, sicherlich schwerwiegende Bedenken entgegenstehen. Trotzdem bitte ich Dich, dieser Frage erneut Deine Aufmerksamkeit zu widmen. Du ersiehst ja aus dem Bericht, welch verschworene feindliche Gesellschaft wir uns in diesen polnischen Offiziers-Gefangenenlagern heranziehen.

Ich wäre Dir sehr dankbar, wenn Du mich Deine Meinung zu diesem Problem gelegentlich wissen ließest.

Heil Hitler
Dein
gez. H. Himmler[22]



"Warschau 8.10.1939: Getreu den Kapitulationsabmachungen verteilen deutsche Truppen Lebensmittel an die hungernden Bewohner der Hauptstadt"

Janusz Piekalkiewicz "Polenfeldzug", Bergisch Gladbach 1982, S. 230.

---

26 Polnisches Offiziersgefangenenlager Murnau

Nachfolgende Zitatensammlung ist dem polnischen Buch von **Stefan Majchrowski, "Za drutami Murnau" -- "Hinter dem Stacheldraht in Murnau"** --, MON (= Verlag des Verteidigungsministeriums), **Warschau 1970** entnommen. Das Vorwort hat Jozef Kowalik geschrieben. Das Buch umfaßt 189 Seiten. Wir fanden diese Hinweise in "Beiträge zur Zeitgeschichte" von Dr. Alfred Schickel, Ingolstadt 1983.

Delegierte des Internationalen Roten Kreuzes aus Genf hatten nicht nur diese Kriegsgefangenlager vielfach besucht, sondern auch für die Zulieferung von Hilfsgütern und Fachliteratur gesorgt. So vermerkt z.B. ein solcher Rot-Kreuz-Bericht über das "Oflag II C" (Woldenberg), daß den dortigen fast 6.000 polnischen Offizieren 23.000 Bücher, Vorlesungs- und Studienräume zur Verfügung standen, Fremdsprachen- und andere Fachkurse abgehalten wurden, die Bibliothek im "Oflag VII A" (Murnau) bei etwa 4.000 polnischen Offizieren 25.000 Bände besaß. Polen selbst zeichneten ein -- zumindest für die Umerzogenen überraschend -- menschliches Bild vom Lagerleben und bestätigten, daß die polnischen Offiziere nach den Vorschriften der Genfer Konvention behandelt worden sind. Gleiches gilt für das Offizierslager VI in Dössel.

"Das Lager in Murnau, von dem die Deutschen sagten, dies sei ein Musterlager, umfaßte eine Fläche von 77 ha, auf der 5.000 polnische Offiziere, darunter zahlreiche Generäle, leben und sich bewegen mußten. Jedem Offizier stand hier eine Wohnfläche von ca. 2 (zwei) Quadratmetern zur Verfügung. In den Blocks, in Kellerräumen, im Dachgeschoß und in den Garagen standen 2 - 3 treppenhohe Betten. Trotzdem arbeiteten hier die Offiziere emsig, teilnehmend an verschiedenen Kursen, darunter an Kursen auf Hochschulebene. Mit der Zeit organisierte man ein Theater und Orchester. Aber nicht nur das. Man organisierte auch Hilfe für die Insassen in den KZ-Lagern.... (S. 6 - 7)

Der Großteil der Offiziere kam aus der Gegend von Kozk, wo sie unter General Kleeberg bis zum 2. Oktober 1939 kämpften, aus dem belagerten Warschau und von der Schlacht am Fluß Bzura.... (S. 15)

Man wohnt hier zu 6 - 8 Personen in einem Raum. Auch ein Kasino ist vorhanden. Gegenüber befindet sich das von polnischen Ärzten betreute Krankenrevier.... (S. 18)

Unter den deutschen Beamten und Offizieren hat man die in Warschau in der Vorkriegszeit gut bekannten Brüder Freisinger erkannt. Einer von ihnen war Vertreter einer schwedischen Firma, der andere der Firma 'Dunlop'. Beide sprachen fließend polnisch. Polnisch sprach auch Leutnant Oleschko, ein Lehrer aus Niederschlesien, und der Feldwebel Skotnicki. Einen Skotnicki gab es auch unter den polnischen Offizieren,

22) US-Mikrofilm T 175 Roll 18 + T 175 Roll 68.

der sich ab und zu mit dem deutschen Skotnicki unterhielt.... (S. 21)

Es gab unter den Deutschen auch ruhige und anständige Menschen, die sich von den anfänglichen Siegesfanfaren nicht betäuben ließen. Darunter sollte der Rittmeister Heber, Invalide aus dem 1. Weltkrieg, genannt werden. Anständig benahm sich auch der vorletzte Lagerkommandant Oberst Oster... (S. 22)

Das Krankenrevier befand sich unter der Aufsicht eines deutschen Arztes, der seine Kranken mit der Kneipp-Methode zu heilen pflegte. Praktisch sorgten für die erkrankten polnischen Offiziere die polnischen Ärzte Wysocki, Lenart und Dabrowski. Das Revier war ständig belegt, es war knapp mit Heilmitteln, aber es gab in Murnau keine Epidemie... Das Krankenrevier befand sich neben dem Eingangstor und von hier aus konnte man den regen Verkehr in Richtung Murnau und Garmisch-Partenkirchen gut beobachten. Man knüpfte auch engere Kontakte mit deutschen Unteroffizieren an, womit zu erklären ist, daß von dem Krankenrevier lauter Gerüchte ins Lager gelangten... (S. 27)

Die polnischen Generäle mit Gen. Piskor an der Spitze, einem Freund von Marschall Pilsudski, wohnten im Block C. Gen. Piskor war bis November 1939 polnischer Lagerkommandant. An seine Stelle trat dann Oberst Jozef Korycki, der mit der deutschen Kommandantur im ständigen Kontakt stand. Oft beschwerte er sich über die schlechte Versorgung mit Lebensmitteln, aber es waren dies meist erfolglose Beschwerden. Von der Lagerverpflegung sagte man im Lager, es sei zu viel davon, ... (S. 32)

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich eines Tages im Lager das Gerücht: In der Kantine ist ein mit Torten vollbeladener Wagen eingetroffen. Und siehe da: Hunderte von Schachteln mit Torten wurden den Offizieren angeboten, die natürlich im Nu alles kauften. Und das wiederholte sich jeden Freitag bis zu dem Augenblick, wo der Tortenwagen nicht mehr im Lager erschien.... (S. 34)

In einer peinlichen Lage befanden sich polnische Offiziere mit deutschem Namen, denn man bot ihnen die Unterzeichnung der sogenannten Volksliste an. Dabei kam es zwischen dem polnischen Hauptmann Czeslaw Blok und dem Leutnant Oleschko zu folgendem Zwiegespräch: -- Na, Herr Hauptmann Blok, Ihre Vorfahren waren bestimmt Deutsche. Unterzeichnen Sie doch die Volksliste! – Zuerst müßten Sie, Herr Leutnant Oleschko, die polnische Volksliste unterzeichnen...

Eines Tages erschien im Lager ein deutscher General in Uniform, um seinen Sohn, den polnischen Major Trenkwald zu besuchen. Der polnische Major diente während des 1. Weltkrieges in Krakau in einem österreichischen Kavallerieregiment. Nach dem Zerfall der Donaumonarchie meldete sich Major Trenkwald in polnische Militärdienste. Er wurde in der Zwischenkriegszeit ein weltbekannter Reiter der polnischen Armee.... (S. 42 - 43)

Im Lager wartete man mit Ungeduld auf die vielversprechenden Ereignisse des kommenden Frühlings und Sommers 1940. Inzwischen aber beschäftigte man sich mit spiritistischen Seancen und mit aus der Vorkriegszeit bekannten Prophezeihungen von Nostradamus und anderen Hellsehern....

Allmählich machte man sich trotz des Wartens auf gute Nachrichten an die Arbeit, d.h. an die Teilnahme an verschiedenen Kursen und Berufszirkeln. Man sammelte Bücher, die aus Polen in Paketen geschickt wurden oder auch durch die Kantine bestellt werden konnten. Bücher kamen auch aus der Schweiz, gesandt von dem Bureau International d'Education und von dem Fond Europeen de Secours aux Etudiants. Darüber hinaus kamen ins Lager zum Vertrieb 13 verschiedene deutsche Tageszeitungen, 16 Wochenschriften und 10 Monatsschriften. Die Leitartikel von Goebbels im 'Reich' wurden eifrig gelesen.... (S. 57 - 58)

Ins Lager kamen aus dem Ausland immer mehr Lebensmittelpakete mit Kaffee, Kakao, Konservenbüchsen und mit guten Zigaretten. Man feierte und sang patriotische Lieder anläßlich nationaler Feiertage. Der zum Rittmeister avancierte Diemert drohte das Singen mit Maschinengewehren zu beenden, aber man sang trotzdem weiter. In der Lagerkapelle las die Messen ein polnischer Geistlicher, der in Frankreich in Gefangenschaft geraten war...

Zu Weihnachten 1940 wurden im Lager 13 Briefmarkenserien herausgegeben und tausende von Weihnachtskarten mit Glückwünschen. So begann die Lagerpost ihre Arbeit.... (S. 73)

Die Gefangenen bildeten eine gut organisierte Gesellschaft und hatten ein eigenes 'savoir vivre', dabei sogar eine eigene Mode. Nachdem die polnischen Uniformen sich abgenutzt hatten, machte man sich an die Umänderung zuerst der von den Deutschen zugeteilten französischen und später der in Paketen zugesandten englischen und amerikanischen Uniformen... Rings um das Lager bot sich eine herrliche Aussicht auf die Alpen an und auf einem der Wachtürme sonnte sich ein hübsches deutsches Mädchen, -- eine streng verbotene Frucht. Verhältnisse der Polen mit deutschen Frauen wurden mit dem Tode bestraft.

Es gab eine Zeit, wo man die Lagerinsassen unter strenger Bewachung in die Umgegend des Lagers zum Baden führte. Leider aber dauerte das nicht lange und endete mit dem Augenblick, als manche Offiziere die einmalige Gelegenheit wahrnehmend, auszureißen versuchten, meistens übrigens ohne Erfolg. Im Lager gab es weder eine Rennbahn noch einen Sportplatz. Trotzdem hat man verschiedene Sportarten eifrig betrieben. Man spielte sogar Fußball auf dem mit kleinen Steinchen bedeckten Appellplatz. (S. 76 -78)

Solange aus dem Ausland und auch aus Polen wertvolle Pakete kamen, gab es im Lager keinen Hunger. Man verzichtete sogar oft auf die deutsche Wassersuppe und ebenso auf die winzig kleinen Marmelade- und Blutwurstzuteilungen. Aber begehrt war ständig das sogenannte Fett, das zum Kochen gut diente. Im Lager sind wie Pilze aus dem Boden Verkaufstische geschossen, wo Lebensmittel, Schuhe, Uniformen, Seife, Kaffee usw. feilgeboten wurden. Man konnte auch Fett-Kochmaschinen kaufen. Die mit bewundernswertem Einfall

konstruierte Kochmaschine nannte man 'Spitfire'. Mit der Zeit sind die Privat-Läden zugunsten einer Handelsgenossenschaft liquidiert worden. Die Einnahmen wurden für Hilfe an verwandte und nichtverwandte KZ-Häftlinge bestimmt. Im Lager wurde zu diesem Zweck ein Sonderfonds geschaffen. Mit 1941 verbot die deutsche Kommandantur, Geld in die KZ-Lager zu überweisen. Man wußte sich jedoch zu helfen: Geldüberweisungen nahmen kranke Offiziere mit sich, die sich ins Städtische Krankenhaus begaben. Die Deutschen kamen jedoch auf die Spur dieser Praktiken, da es ihnen aufgefallen ist, daß von dem kleinen Postamt in Freising verdächtig viele Geldüberweisungen aufgenommen wurden. Nachdem auf einen Brief an ein KZ-Lager die positive Antwort auf Anfrage gekommen war, ob Häftlinge Geldüberweisungen erhalten dürfen, hat sich die deutsche Kommandantur entschlossen, das Verbot aufzuheben.... (S. 79 - 87)

Murnau war ein Miniatur-Staat, in dem Handel betrieben wurde, wo man Waren von außerhalb des Lagers 'importierte' und dorthin aus dem Lager 'exportierte', wo zahlreiche Unternehmen sich mit Herstellung von verschiedensten gewöhnlichen und luxuriösen Artikeln beschäftigten...

Jede, auch die kleinste Bodenfläche wurde für Anbau von Gemüse ausgenutzt. Insgesamt nahmen die Gemüsegärten eine Fläche von 12.000 Quadratmetern ein. Knoblauch, Tomaten, Kohl und Zwiebeln gediehen herrlich. Man hat schließlich sogar eine kleine Geflügelfarm organisiert. Von den Deutschen für Kaffee gekaufte Eier kamen in einen Inkubator, und so liefen nach ein paar Wochen Hühner umher. Die Kommandantur untersagte jedoch die Hühnerzucht und man mußte alle Hühner abschlachten.... (S. 88 - 89)

Nun wartete man gespannt, was das Jahr 1941 bringen werde. Viele Lager-Strategen waren überzeugt, daß Hitler die Sowjetunion angreifen wird. Unterdessen arbeitete man fleißig, lernte Fremdsprachen und nahm an verschiedensten Kursen teil. Für Unterhaltung sorgte u.a. das Lagertheater mit seinen Revuen und Dramen.... (S. 98 - 99)

Das Lagertheater begann im Herbst 1940 seine Tätigkeit mit einer Revue unter dem Titel 'Ein Traum'. Bis Anfang 1945 zählte man insgesamt über 50 Erstaufführungen und mehr als 700 Vorstellungen. Die letzten auf der Lagerbühne gespielten Stücke waren das Drama 'Judas von Karol Roztworowski' und 'Figaros Hochzeit'. Die Damenrollen wurden mit Erfolg von Offizieren gespielt. Nach dem Warschauer Aufstand kam der bekannte polnische Schauspieler Leon Schiller nach Murnau. Er war erstaunt über die Errungenschaften des Theaters in Murnau. Das Lagerorchester zählte 70 Musiker, der Chor über 60 Sänger. Das Orchester stand unter der Leitung von Leszek Rezler. Es wurden in Murnau insgesamt 53 Konzerte gegeben. Gespielt wurden u.a. Bach, Czajkowski, Rossini, Smetana und Schubert.... (S. 103 - 112)

Mit der Eröffnung der Feindseligkeit im Osten machte man sich im Lager noch eifriger als bisher an die Vorbereitung der Zukunft. Unter den Lagerinsassen bildeten die Lehrer die aktivste Berufsgruppe. Es wurde ein pädagogisches wissenschaftliches Institut ins Leben gerufen, und man organisierte für die Lehrerschaft Fortbildungskurse auf Hochschulniveau. Rege Tätigkeit entwickelten solche berufliche Zirkel wie die der Landwirte, der Ingenieure, der Förster, der Gärtner, der Architekten, der Chemiker, Elektriker, der Ökonomisten usw. Von Zeit zu Zeit fanden im Lager Kunstausstellungen statt. Zahlreiche Hörer hatte der zweijährige Kurs der Kunstgeschichte aufzuweisen. Der bekannte polnische Astronom Prof. Wlodzimierz Zonn hielt Vorlesungen über die Astronomie. Die Berufsoffiziere studierten Jura, Philosophie, Technik. In Murnau entstanden zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, zahlreiche Offiziere schrieben hier ihre Doktorarbeiten. Zu dem von YMCA organisierten Wettbewerb wurden aus Murnau insgesamt 46 Arbeiten zugesandt. Drei erste Preise für das Projekt einer Familienwohnung in den durch den Krieg zerstörten Ländern erhielten Architekten aus Murnau. Für den besten Plan eines Agrarzentrums wurde den Murnauer Architekten der erste Preis zuerkannt. Zahlreiche Auszeichnungen erhielten auch Autoren von Arbeiten aus den Bereichen der Literatur, der Pädagogik und Psychologie.

Im Jahre 1942 fand im Lager eine sehr interessante Agrarausstellung statt. Während der Ausstellung wurden Vorlesungen über Viehzucht, Bewirtschaftung von Teichen u.ä. gehalten. Die Lagerbibliothek verfügte über ca. 25.000 Bücher. Darüber hinaus besaß jeder Offizier zahlreiche eigene Bücher.... (S. 118 - 126)

Wie in einer großen Hochschule beeilten sich 'Studenten' mit Notizbüchern in den Händen zu Vorlesungen, also zu den zwei Sälen unter dem sog. Zwiebelturm, zum Theatersaal, in die Korridore in einzelnen Wohnblöcken, in die Garagen, in die Sporthalle und sogar in manche Kellerräume. Alle trugen ihre Hokker....

Eines Tags ist in Murnau die Ehefrau des erkrankten Generals Gasiorowski angekommen, und man erlaubte ihr, ihren Mann im Krankenrevier zu besuchen. Als sie aus dem Fenster hinausblickte und die Offiziere mit ihren Hockern in den Händen im Laufschritt sah, fragte sie ihren Mann erstaunt: 'Um Gottes Willen, wohin denn beeilen sich die Leute'?! Ja, Frau Gasiorowski kam hierher aus einer anderen Welt.... (S. 127)

Der Unterstützungsfond für Witwen und Waisenkinder sammelte 1943 insgesamt fast 300.000 RM. Die Sterbefälle häuften sich im Lager....

Ein zweiter Unterstützungsfonds, bestimmt für die KZ-Häftlinge, betreute mit Geldsendungen ca. 2.000 Häftlinge, u.a. in den KZ-Lagern Ravensbrück, Oranienburg, Dachau, Mauthausen, Gusen, Groß-Rosen, Auschwitz und Lublin-Majdanek. Insgesamt wurden den Häftlingen ca. 250.000 RM zugesandt. Diese genauen Angaben sind der Lagerchronik zu entnehmen, die bis Kriegsende von den Offizieren Bohdan Bocianowski, Bohdan Urbanowica und Kazimierz Golde geschrieben wurde. Nach dem Krieg wurde diese Lagerchronik dem Schweizer Roten Kreuz übergeben.... (S. 130- 131)

Offiziere, die ins Krankenhaus nach München fuhren, brachten ins Lager nach der Rückkehr Nachrichten mit sich, die sie in Gesprächen mit den im Zug mitfahrenden Deutschen erfuhren, und beobachteten aufmerksam alles, was in München selbst vor allem an Zerstörungen durch Bomben zu sehen war.... Die weiteste Reise machte Oberleutnant Pfaffenhofen-Chledowski, der zum Begräbnis seines Onkels, eines deutschen Generals, bis an den Rhein gelangte....

Es mehrten sich Fluchtversuche aus dem Murnauer Lager. Oberleutnant Baumgarten versuchte dreimal vergeblich zu fliehen und wurde schließlich in das Lager in Dössel versetzt. Von hier aus unternahm er seinen vierten Fluchtversuch und gelangte bis nach Warschau, wo er in der Untergrundarmee kämpfte. Durch unterirdische Kanäle gelangten 14 Offiziere aus Murnau in die Freiheit, wurden aber alle in ein paar Tagen festgenommen. Es war fast aussichtslos, Fluchtversuche aus dem Murnauer Lager zu wagen.... (S. 137)

Erst in den letzten zwei Kriegsjahren verfügte das Lager über eigene geheime Rundfunkempfänger. Den ersten montierte man aus den von einem deutschen Unteroffizier für Kaffee und Zigaretten gekauften Teilen. Den zweiten kauften polnische Soldaten, die zur Arbeit in der Umgebung gingen. Auch der dritte Empfänger wurde auf diese Weise erworben. Der vierte kam aus Warschau in einem Lebensmittelpaket. Den fünften brachten nach dem Warschauer Aufstand von 1944 Offiziere der Untergrundarmee mit sich. Somit gab es schließlich im Lager insgesamt fünf Rundfunkempfänger. Keiner wurde von den Deutschen entdeckt. Rundfunknachrichten wurden abends weitergegeben.... (S. 142 - 145)

Es gab im Lager Fälle, wo Offiziere Selbstmord begingen. Die einen warfen sich zu diesem Zweck auf den Drahtverhau und wurden dabei erschossen, andere erhängten sich oder sprangen aus den höher gelegenen Stockwerken... Eines Tages wurden auf Anordnung von höherer Stelle die etwa 100 jüdischen Offiziere abgesondert und mußten auf dem Dachgeschoß im Block B Quartier beziehen. Das jüdische Lagerghetto wurde von allen polnischen Offizieren ohne Ausnahme als Schande betrachtet und man verkehrte mit den jüdischen Kameraden trotz aller Verbote den ganzen Tag. Die Nachricht über den Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto rief einerseits große Freude hervor, andererseits aber auch große Sorge um das Schicksal der heldenhaften Aufständischen, die einen aussichtslosen Kampf kämpften... An den Begräbnissen nahm stets eine Delegation der polnischen Offiziere teil. Die Gräber der im Krankenrevier oder im städtischen Krankenhaus verstorbenen Offiziere nahmen auf dem Gemeindefriedhof immer mehr Platz ein.... (S. 146 - 152)

Die im Lager ins Leben gerufene Untergrundorganisation unter der Leitung von General Zygmunt Podhorski setzte sich u.a. zum Ziel, für die Sicherheit der Lagerinsassen im Ernstfall, also vor allem vor Kriegsende Sorge zu tragen. Man nahm Verbindung mit den in der Umgebung von Murnau arbeitenden Polen und mit Warschau sowie mit London auf. Die Abteilung Chiffren stand unter der Leitung von General Knoll-Kownacki. Radionachrichten sammelte Hauptmann Franciszek Bornstaedt. Die ganze konspirative Arbeit stand unter der Leitung von General Rommel. Man hatte sogar einen Vertrauensmann bei der Gestapo in Murnau....

In der zweiten Jahreshälfte 1944 gab es im Lager wieder Hunger. Aus dem Ausland versiegte der Paketenstrom, und ab und zu kamen noch Pakete aus dem polnischen Städtchen Miechow. Für ein Brot mußte man nun hunderte Zigaretten zahlen. Im Lager gab es viele Katzen, die in wenigen Wochen verschwanden. Man hat sie alle aufgegessen.... (S. 161 - 165)

Nach dem Warschauer Aufstand sind in Murnau mehrere hunderte Aufständische eingetroffen, darunter viele bekannte Persönlichkeiten. Unter den Ankömmlingen befanden sich Kinder im Alter von 15 - 17 Jahren. Manche von ihnen waren verwundet. Sie alle wurden mit Uniformen und Lebensmitteln versorgt. Tag und Nacht hörte man im Lager den dramatischen Berichten der Aufständischen zu.... (S. 166 - 169)

General Rommel hat sich mit Oberst Oster über das gegenseitige Verhalten im Ernstfall verständigt. Oberst Oster verpflichtete sich beim Ende der Kriegshandlungen, sämtliche Personalakten der Gefangenen der polnischen Kommandantur auszuhändigen und über jegliche eventuelle Gefahr seitens der Gestapo der polnischen Kommandantur zu berichten, die sich ihrerseits verpflichtete, dafür zu sorgen, daß die deutschen Wachmannschaften von den Amerikanern anständig behandelt werden.... (S. 172- 173)

Der Krieg näherte sich seinem Ende zu. Der Himmel war bedeckt von alliierten Bombern, Fliegeralarme gab es mehrmals am Tage und in der Nacht. Von weitem sah man, daß München lichterloh brannte. Nicht alle erlebten den ersten Tag in Freiheit. Im Januar 1945 sind General Franciszek Alter und Leutnant Karol Steinbis, im April Oberst Kazinmimierz Busler gestorben. Ins Lager kamen italienische Offiziere, die von polnischen Offizieren mit Lebensmitteln versorgt wurden. Aus dem Oflag Woldenberg sind gleichzeitig einige hunderte polnische Offiziere in Murnau angekommen, die auch umsorgt werden mußten.... (S. 174 - 181)

General Petri erschien in den letzten Apriltagen bei General Rommel, um ihm offiziell das Lager zu übergeben, wonach er gleich mit der gesamten deutschen Besatzung das Lager verlassen hat. Nur auf den Wachtürmen blieben einige deutsche Soldaten. Im Lager blieb auch der deutsche Hauptmann Pohl. Aus dem Münchener Gefängnis kehrten die unlängst verhafteten Offiziere zurück. Am Sonnabend, dem 28. April erhielt Hauptmann Bordstaedt eine geheime Nachricht, daß die SS unter Führung des Obergruppenführers Tirsche ins Murnauer Lager zu kommen beabsichtige, um hier beim Appell mit Maschinengewehren das Feuer auf die Gefangenen zu eröffnen. Man unterrichtete darüber den Vertreter des Schweizer Roten Kreuzes, Dr. Mayer, der sich in diesem Augenblick am Strande des Staffelsees befand. Man organisierte mit ihm telefonische Verbindung. Aus der Richtung Murnau näherten sich dem

Lager zwei Personenwagen mit deutschen Offizieren.-- 'Mensch, Amerikaner!' rief einer von ihnen! In diesem Augenblick fielen von einem amerikanischen Panzer Schüsse. Alle deutschen Offiziere sind gefallen. Ein amerikanischer Panzer durchquerte das Eingangstor ins Lager, ein polnischer Offizier begrüßte ihn herzlich auf Englisch. Der 'Amerikaner' antwortete ruhig Polnisch: 'Ihr seid frei und niemand wird euch jetzt bedrohen'. (S. 183 - 188)



Und so liest man es in den für die Öffentlichkeit präparierten "deutschen Dokumenten", serviert

a) vom Institut für Zeitgeschichte

Angeblich im "Diensttagebuch" des Generalgouverneurs Hans Frank festgehaltene "Aussage" in einem Interview mit dem Korrespondenten des ***Völkischen Beobachter*** : Abgedruckt wurde sie zwar nie, wie auch (laut Fußnote 16) z.B. *"Ausplünderung des Generalgouvernements und Schließung der Universitäten und Mittelschulen"*. Immerhin "einer hatte es gehört, doch der ist verstorben"; er konnte daher nicht einmal befragt werden:

"Einen plastischen Unterschied kann ich Ihnen sagen: In Prag waren z.B. rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, daß heute 7 Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: Wenn ich für je 7 erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate." [23]

Laut "Protokoll der Polizeisitzung vom 30.5.1940" -- in demselben "Diensttagebuch" abgedruckt -- soll Hans Frank erklärt haben:

"Der Führer hat mir gesagt: Die Frage der Behandlung und Sicherstellung der deutschen Politik im Generalgouvernement ist eine ureigene Sache der verantwortlichen Männer des Generalgouvernements. Er drückte sich so aus: Was wir jetzt an Führerschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren., was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Daher brauchen wir das Deutsche Reich, um die Reichsorganisation der deutschen Polizei damit nicht zu belasten. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, denn dann hätten wir nur Scherereien und einen unnötigen Briefwechsel mit den Familienangehörigen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande. ...

Wer bei uns verdächtig ist, der soll gleich liquidiert werden. ... Ich möchte Sie daher dringend bitten, niemanden mehr in die Konzentrationslager des Reiches abzuschieben, sondern hier die Liquidierung vorzunehmen oder eine ordnungsgemäße Strafe zu verhängen. ..." [23]

b) von einem Mitarbeiter der Bundeswehr-Universität

"Jedes Schulkind müßte eigentlich inzwischen wissen, wie ungeheuerlich die Menschenverachtung der SS-Wachmannschaften war. Um besonders Vergeßlichen oder Verdrängungsbereiten auf die Sprünge zu helfen, seien nur zwei Beispiele in Erinnerung gerufen.

Häftlinge wurden enthauptet, nur um später als »Schrumpfköpfe« den Bewachern als Briefbeschwerer zu dienen.

Das Sonderlager der polnischen Kriegsgefangenen hieß bei den SS-Schergen der »Rosengarten«. Dieser abgetrennte Teil des Lagers bestand aus Zelten ohne Heizung. Die Opfer, entstellt durch rosa- und lilafarbene Erfrierungen, wurden von den Wachsoldaten amüsiert »blühende Rosen« genannt. Für jeden nicht ganz und gar abgestumpften Besucher ist dieser Ort auch heute noch ein Ort des sprachlosen Entsetzens." [24]

Polnischer Historiker beschämt diese bundesdeutschen Offiziellen

"In Gefangenschaft gerieten schließlich etwa 400.000 polnische Soldaten, von denen Madajczyk schreibt, 'man habe sich ihnen gegenüber in den Gefangenenlagern in der Regel recht korrekt verhalten'. ...

Die jüdischen Soldaten der polnischen Armee (etwa 61.000) wurden wie die polnischen im Laufe ihrer Gefangenschaft zu diversen Arbeitseinsätzen (etwa in der Landwirtschaft) geführt."

-- Czeslaw Madajczyk, "Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce", Warszawa 1970, Band 1, S. 29. --

Vgl.:

Wolfgang Benz (Hrsg.), "Dimension des Völkermords -- Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus", München 1991, S. 420.

23) "Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-45.", Hrsg. von Werner Präg + Wolfgang Jacobmeyer -- Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, Band 20 der "Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte", Stuttgart 1975. "Eintragung vom 6. Februar 1940", S. 104; "Polizeisitzung" v. 30.5.40 = S. 212 + 219. Diese Passagen sind eindeutig gefälscht. Das ergibt sich aus den sachlichen Widersprüchen und der falschen grammatikalischen Konstruktion:

a) Wenn *"die Behandlung ... ureigene Sache der Männer des GG"* ist, dann kann Hitler nicht Liquidierungsbefehle gegeben haben.

b) Ein *"unnötiger Briefwechsel"* hat nichts damit zu tun, ob *"die Liquidierung"* im Reich oder im GG erfolgt. Diese *"Scherereien mit den Familienangehörigen"* wären so oder so zu erwarten gewesen.

c) *"Daher brauchen wir das Deutsche Reich, um ..."* ist grammatikalisch und sachlich unsinnig.

24) Stefan Meining (geb. 1964); ***Die Welt*** 1.6.1991, S. 16. Beweise bescherte dieser akademische Ausbilder der Bundeswehr allerdings **keine**. Was die »Schrumpfköpfe« anbetrifft, so vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 43.



Befehl des SS-WVHA vom 28.12.1942 betreffend »Ärztliche Tätigkeit in den Konz.-Lagern« (14 h (KL) 12.42 Lg/Wy):

In der Anlage wird eine Aufstellung über die laufenden Zu- und Abgänge in sämtlichen Konz.-Lagern zur Kenntnis übersandt. Aus derselben geht hervor, daß von 136.000 Zugängen rund 70.000 durch Tod ausgefallen sind. Mit einer derartig hohen Todesziffer kann niemals die Zahl der Häftlinge auf die Höhe gebracht werden, wie es der Reichsführer-SS befohlen hat.

Die 1. Lagerärzte haben sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, daß die Sterblichkeitsziffern in den einzelnen Lagern wesentlich herabgehen. Nicht derjenige ist der beste Arzt in einem Konz.-Lager, der glaubt, daß er durch unangebrachte Härte auffallen muß, sondern derjenige, der die Arbeitsfähigkeit durch Überwachung und Austausch an den einzelnen Arbeitsstätten möglichst hoch hält.

Die Lagerärzte haben mehr als bisher die Ernährung der Häftlinge zu überwachen und in Übereinstimmung mit den Verwaltungen dem Lagerkommandanten Verbesserungsvorschläge einzureichen. Diese dürfen jedoch nicht nur auf dem Papier stehen, sondern sind von den Lagerärzten regelmäßig nachzukontrollieren. Ferner haben sich die Lagerärzte darum zu kümmern, daß die Arbeitsbedingungen auf den einzelnen Arbeitsplätzen nach Möglichkeit verbessert werden. Zu diesem Zweck ist es nötig, daß sich die Lagerärzte auf den Arbeitsplätzen an Ort und Stelle von den Arbeitsbedingungen persönlich überzeugen.

Der Reichsführer-SS hat befohlen, daß die Sterblichkeit unbedingt geringer werden muß. Aus diesem Grund wird Obiges befohlen, und es ist monatlich über das Veranlaßte an den Chef des Amtes D III zu berichten. Erstmalig am 1. Februar 1943.

— gez. (unleserlich) Klüder?

SS-Brigadeführer u. Generalmajor der Waffen-SS ... (S. 5)[25]



Durch Sachgutachter Prof. Dr. Broszat vom Münchener Institut für Zeitgeschichte erfuhr die Öffentlichkeit bereits 1964, an Hand von Dokumenten sei nachzuweisen,

"daß alle KZ-Ärzte bereits 1942 die Anweisung erhalten hatten, mit allen Mitteln die Sterblichkeitsziffer zu senken. Himmler habe sogar von diesem Zeitpunkt an die Prügelstrafe für die Häftlinge verboten."[26]

Dieses Verhalten Himmlers zu einem Zeitpunkt, da nach Bekundungen der Holocaust-Chronisten die Massenliquidierungen überhaupt erst begonnen haben sollen oder haben können (Anfang bis Herbst 1943), steht im Widerspruch zu seinem angeblichen zentralen Völkermord-Geheimbefehl. Die Behauptung,

"daß sich in Auschwitz zwei Bestrebungen der SS überschnitten hätten, nämlich die vom Reichssicherheitshauptamt der SS betriebene sofortige Vernichtung der Juden und die Absicht des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS, von 1942 an möglichst viele Arbeitskräfte, darunter auch Juden, für die Rüstung zur Verfügung zu haben."[26]

ist unsinnig, zumal das WVHA (Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt) ebenso wie das RSHA (Reichssicherheitshauptamt) Himmlers Befehlen unterstand. Sie ist auch mit keinerlei Dokumenten belegt.

Wenn Prof. Dr. Broszat gezwungen ist zuzugeben, daß es keine Dokumente gebe, die über die Selektionen in Auschwitz aussagen[26], wenn gleichermaßen feststeht, daß kein Befehlsgeber, Befehlsempfänger und kein Ausführender namhaft zu machen ist für Vergasungen, wenn schließlich Sachgutachter Dr. Hans Buchheim (ebenfalls vom Institut für Zeitgeschichte in München) im Frankfurter Auschwitzprozeß 1965 kritiklos die posthum von den polnischen Kommunisten herausgegebenen "Memoiren" vom inhaftierten und gefolterten Lagerkommandanten Rudolf Höss als einzige Belegquelle für die "historische Erkenntnis" heranzieht, um als Befehlsgeber Himmler zu benennen[27], so hat das alles mit sachlicher Geschichtsklärung nichts zu tun.

"Im allgemeinen wußte Himmler, was vorging, ohne jedoch die Ursachen zu verstehen, so z.B., als er am 28. Dezember 1942 anordnete, die Zahl der Todesfälle in den Konzentrationslagern um jeden Preis herabzusetzen, oder im Juli 1943, als er Konrad Morgen (SS-Untersuchungsrichter) beauftragte, Fälle von Unterschlagungen unter den Lagerkommandanten zu untersuchen. Aber für gewöhnlich war Himmler in seinem Feldhauptquartier viel zu sehr beschäftigt, um sich wegen der Konzentrationslager Sorgen zu machen -- bis zu dem Augenblick, in dem er daran zu denken hatte, Verbindung zu den Alliierten zu finden."[28]

Konrad Morgen, dessen Kommission auch Morde und Mißhandlungen u.a. in Auschwitz aufklären sollte und sich monatelang in Auschwitz aufgehalten hat[29], ließ bekanntlich auf Befehl Himmlers den politischen Referenten im Auschwitzer Hauptlager, Ernst Grabner, verhaften und den Lagerkommandanten Höss durch Liebehenschel, der *"den willkürlichen Hinrichtungen ein Ende setzte"*[30], ablösen. Der ehemalige Kriminalkommissar und SS-Hauptsturmführer Helmut Bartsch, Stellvertreter in der Untersuchungskommission von Dr. Morgen, erklärte im Frankfurter Auschwitz-Prozeß 1965:

25) International Tracing Service -- Internationaler Suchdienst, D 3548 Arolsen: Anläßlich der internationalen Konferenz des Comité International de Camps vom 22. - 25. April 1977 in Wien. vorgelegtes Exposé. Vgl. S. 44.

26) ***Frankfurter Allgemeine***, 24. Februar 1964.
27) ***Frankfurter Allgemeine***, 8. Februar 1964.
28) Gerald Reitlinger, "Die Endlösung", Berlin 1961, S. 134 - 135.
29) G. Reitlinger aaO., S. 126.
30) G. Reitlinger, aaO., S. 515.

"er habe monatelang in Auschwitz ermittelt und er erinnere sich an 120 Korruptionsermittlungsverfahren, die damals geführt wurden. 1944 seien im Lager 23 SS-Unterführer wegen Bereicherung am Eigentum der KZ-Häftlinge festgenommen und teilweise zu 2 - 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden."[31]

Abgesehen von dieser Untersuchungskommission, sind auch andere SS-Untersuchungsrichter während des Krieges beauftragt worden, nach den Ursachen für Mißstände in den Konzentrationslagern zu fahnden. So sind diese SS-Untersuchungsrichter auf Vernichtungsaktionen untergeordneter Organe gestoßen und haben im offiziellen Auftrag Gerichtsverfahren in 800 Fällen von Mord und Korruption vorbereitet, von denen bis Kriegsende 200 mit vollstreckten Urteilen beendet werden konnten.[32]

Der Reichsführer-SS Feld-Kommandostelle, 18.1.1943
Tgb. Nr- 32/2/43
RF/V.
An den Inspekteur für Statistik
Berlin

30

Ich beauftrage Sie mit der Aufstellung der Statistik für die Endlösung der europäischen Judenfrage.

Das Reichssicherheitshauptamt hat Ihnen alle für diese Statistik notwendigen und gewünschten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Neben diesen vom Inspekteur für Statistik vorzunehmenden statistischen Arbeiten auf diesem Gebiet hat das Reichssicherheitshauptamt selbst keine statistische Arbeit zu leisten.

gez. H. Himmler[35]

Hätte Himmler etwas geheim halten wollen und sollen, hätte er "Ausrottungszahlen mit ins Grab nehmen wollen oder sollen", so hätte er einen solchen Auftrag niemals erteilt! Es wäre ja alles, was so geheim hätte sein sollen, ans Licht der Weltöffentlichkeit gekommen! Denn das mußte auch Himmler klar sein, wenn erst einmal ein solcher Überblick amtlich zu Papier gebracht ist, war an eine Geheimhaltung nicht mehr zu denken!



Die britischen Behörden hörten mit

Die amtliche Publikation "British Intelligence in the Second World War", herausgegeben von Her Majesty's Stationary Office[33] enthüllte unter vielem anderen ein außerordentlich bedeutsames Geheimnis, das erklärlich macht, weshalb die britische Regierung weit über das Kriegsende 1945 hinaus die behaupteten Gaskammermorde der Deutschen nicht geglaubt hat. Hierbei wäre natürlich zu ergänzen, daß sie selbst die Greuelpropaganda amtlich betrieben und daher Kenntnis ihrer Methoden und Einzelnachrichten hatte:

"Vom Frühjahr 1942 bis Februar 1943, als der Nachrichtenfluß per drahtloser Telegrafie[34] *aufhörte, entzifferten die Londoner Behörden 'Government Code' und 'Cypher School' (GC and CS) in einer anderen Chiffrierung die täglichen Funkmeldungen über die Häftlinge in Dachau, Buchenwald, Auschwitz und 7 anderen Konzentrationslagern -- nicht aller Lager, aber in einem guten Querschnitt (Belsen existierte damals noch nicht). Diese täglichen Funkmeldungen bestanden aus einer Reihe von Zahlenkolonnen ohne Überschriften und Erklärungen. GC und CS fanden heraus, daß es sich dabei*

a) um die Anzahl von Häftlingen zu Beginn des zurückliegenden Tages,

b) um Neuzugänge,

c) um Abgänge jeglicher Art sowie

d) um die Anzahl der Häftlinge zum Ende des zurückliegenden Tages handelte.

Die Meldungen spezifizierten die unterschiedlichen Häftlingskategorien, wie z.B. politische Gefangene, Juden, Polen, andere Europäer und Russen. GC und CS entschlüsselten Kolonne c) -- 'Abgänge jeglicher Art' --, daß hiermit meistens Todesfälle gemeint gewesen seien. Die Meldungen aus dem Konzentrationslager Auschwitz -- mit 20.000 Häftlingen das größte aller Lager --, erwähnten Krankheit als die Hauptursache der Todesfälle, aber schlossen auch Hinweise auf Hinrichtungen durch Erschießen und Erhängen ein. In den Geheimcodes gab es keinerlei Hinweise über Vergasungen. Es sollten in dem Polizeiverkehr späterer Jahre weitere Einzelheiten über Konzentrationslager entziffert werden, doch waren sie spärlich."

---

31) ***Frankfurter Allgemeine***, 16. März 1964.

32) ***Deutsche Wochenzeitung***, 15. Dezember 1962.

33) F.H. Hinsley, "British Intelligence in the Second World War -- Its Influence on Strategy and Operations", Vol. II, London1991, first published 1981, S. 673. -- Prof. F.H. Hinsley ist Master of St. John's College and Professor of the History of International Relations in the University of Cambridge.

34) gemeint ist sicherlich der bisher üblich gewesene Geheimcode, denn es wurde bekanntlich weiterhin bis Kriegsende gefunkt.

35) US-Mikrofilm T 175, Roll 68.
+ vgl.: Helmut Heiber (Hrsg.), "Reichsführer! Briefe an und von Himmler", Stuttgart 1968, S. 183. Er ergänzt mit Abdruck eines parallelen Schreibens vom selben Tag an den Chef des Reichssicherheitshauptamtes den Satz:
"Das RSHA selbst hat demnach auf diesem Gebiet keine statistischen Arbeiten mehr zu leisten, denn die bisherigen statistischen Unterlagen entbehren der fachlichen Genauigkeit."
Beachtenswert ist ferner, daß der jüdische Schriftsteller H. G. Adler 1960 im Vorwort zur 2. Aufl. seines Buches "Theresienstadt 1941 - 1945" vermerkt hat:
"Es sei ausdrücklich festgestellt, daß die Bezeichnung Herrn Dr. Korherrs als «SS-Statistiker» nicht stimmt, da er der SS nie angehörte und für sein Verhalten in den Jahren des Nationalsozialismus rehabilitiert ist."
(vgl. auch ***Der Spiegel*** Nr. 31/1977 S. 12
-- Ausgerechnet diesen Dr. Korherr hatte Himmler mit dieser Arbeit betraut!

Diese britische Dokumentation von Prof. Hinsley schildert umfangreich und genau den Krieg der Dechiffrierabteilungen in England und Deutschland sowie seine ungeheuere Bedeutung für den U-Boot Krieg (ab Mai 1941 wurde mit kurzen zeitlichen Unterbrechungen bei Umstellung deutscher Code vom November 1941 bis Dezember 1942 jedes U-Boot-Signal erfaßt und entschlüsselt, S. 170 - 179), aber auch für die Früherkennung von Landoperationen, Waffen- und Rohstofflage. Jeder Fachmann sollte sie studieren. Ein 3. Band für die Jahre von 1943 bis 1945 ist angekündigt.

Für unser Thema sei noch kurz festgehalten:

"Kein deutscher Kriegsgefangener hat jemals von deutschen Gaskriegsplanungen oder Vergasung von Menschen, speziell Juden berichtet." (S. 122)

"Routine-Hinweise im Enigma-Funkverkehr (dem deutschen, mittels der Enigma-Maschine codierten Funkverkehr, den die Briten seit 1940 entschlüsselt hatten, -- d. Verf.) *auf solche Dinge wie Benennung von Anti-Gas-Kursen, Berichte über Lager von Anti-Gasausrüstung und die Ernennung von Anti-Gas-Offizieren erwiesen, daß Deutschland für einen Gaskrieg wohl vorbereitet war. Doch ist es nicht überraschend, daß es auch nachfolgend keine einwandfreie Nachricht von irgendeiner Quelle gab, die einen Hinweis dafür abgegeben hätte, daß Deutschland als erster Gas anwenden würde."* (S. 675)

Auch wußten die Briten seit 1943, daß Deutschland keine Atombomben baut (S. 128). Ungeachtet dessen taten Winston Churchill und Lord Cherwell (Lindemann) als sein Chefberater alles, um über den brutalen und jedweden Völkerrechtsregeln widersprechenden zivilen Bombenkrieg mit Flächenbränden, Feuerstürmen und Phosporregen hinaus auch Atombomben, chemische und bakteriologische Kampfstoffe gegen die deutsche Zivilbevölkerung zu entwickeln. (S. 122)

Seit Kriegsbeginn hat England alle deutschen Polizeicode, die allerdings recht simpel waren, mitgelesen (S. 669). Dies galt auch für die spätere Kriegszeit, da sich dann auch die Ordnungspolizei, SD und Gestapo der Enigma-Maschine bedienten. Nur für die höchsten Geheimhaltungsstufen bedienten sich die oberen deutschen Polizeibehörden von Kriegsbeginn an eines bis Kriegsende nicht entschlüsselten Enigma-Code.

"Ein SS-Enigma-Schlüssel, der für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten einschließlich der Organisation der Konzentrationslager verwendet wurde, wurde im Dezember 1940 geknackt und mitgelesen, wenn auch mit vielen Schwankungen, so doch nahezu bis Kriegsende. Ein anderer Schlüssel, der hauptsächlich für verwaltungsmäßige Verbindungen zwischen Berlin und SS-Formationen in den Operationsgebieten benützt wurde, wurde im Frühjahr 1942 entschlüsselt, bis er durch einen anderen Code gegen Ende desselben Jahres ausgetauscht wurde. Dieser wurde dann aber auch geknackt und bis spät in den Krieg hinein mitgelesen." (S. 669)

"Die per Hand chiffrierten Nachrichten von Polizei und SS wurden der Military Section des Innenministeriums übergeben. Diese sandte die dechiffrierten Nachrichten zur Military Intelligence Branch des Kriegsministeriums, vervielfältigte jedoch auch wöchentliche Zusammenfassungen in englisch über Polizeioperationen hinter den Linien der russischen Front, wovon die Führungsspitze des Secret Service eine Kopie dem Premierminister zustellte. Die Arbeit, die von der Military Section geleistet wurde, absorbierte einen beträchtlichen Umfang an Zeit und Arbeit, was sich allein schon aus der Tatsache ergibt, daß im Sommer 1944 etwa 500 Personen damit befaßt waren, derartige deutsche Nachrichten abzuhören, zu entschlüsseln und die Hand-Codierung zu verfolgen." (S. 670)

"Zwischen dem 18. Juli und dem 30. August 1941 enthielten bei zumindest 8 Gelegenheiten Funksprüche im Polizeicode Einzelheiten von Massenerschießungen im Mittelabschnitt, bei denen die Opfer verschiedentlich als 'Juden', 'jüdische Plünderer', 'jüdische Bolschewisten' oder 'russische Soldaten' in einer Zahl von weniger als 100 bis zu mehreren tausend beschrieben wurden. Am 7. August berichtete die SS-Kavallerie-Brigade, daß sie im Gebiet um Minsk 7.819 'Exekutionen' durchgeführt habe, und am selben Tag berichtete von dem Bach, Polizeiführer im Mittelabschnitt, daß, seitdem die Polizei in Rußland eingetroffen war, 30.000 Exekutionen durchgeführt worden seien.

Im Südabschnitt wurde bei 17 Fällen zwischen dem 23. und 31. August 1941 die Erschießung von Juden in Gruppen von 61 bis 4.200 gemeldet. In einem dieser Fälle, am 12. September 1941 entledigte sich das Polizeiregiment Süd in der Nähe von Ovruch 1.255 Juden 'gemäß den Kriegsregeln'. Trotz Funkverbotes wurden derartige Meldungen weiterhin bis 1943 entziffert.

Die entschlüsselten Nachrichten enthielten viele Einzelheiten über die zugeordnete deutsche Polizei, die gewisse Gebiete des besetzten Rußland, hauptsächlich der Ukraine, mit Siedlern aus Deutschland kolonisieren sollte. Sie enthielten auch Hinweise auf die Aktivitäten eines speziellen SS-Bataillons, das unter Ribbentrops Anleitung mit der Plünderung von Arbeiten historischen und künstlerischen Interesses beauftragt war." (S. 671)

Wir zitierten bewußt, um der einem Historiker obliegenden Sorgfaltspflicht nachzukommen, auch diese beiden letzten Abschnitte -- die einzigen Angaben Prof. Hinsley's übrigens zu diesem Thema --, sehen uns hierbei jedoch genötigt, Vorbehalte hinsichtlich des hier behaupteten historischen Geschehens anzumelden. Mag es diese Funksprüche gegeben haben oder nicht: bewiesen sind damit die dort behaupteten Sachverhalte nicht. Sowohl der Funker, als auch der Empfänger können aus welchen Motiven auch immer manipuliert haben. Außerdem bliebe zu untersuchen, ob diese Nachrichten vielleicht erst später aus Gründen der Kriegspropaganda in die Dechiffrierunterlagen hineingegeben worden sind. Wie immer dem aber auch sei:

Auffallend ist grundsätzlich, daß bei den diesbezüglichen Darstellungen Prof. Hinsley keine einzige deutsche Nachricht über die bestialischen -- auch an der Zivilbevölkerung verübten -- Grausamkeiten der Sowjets erwähnt, mit denen die Wehrmacht von Beginn bis Ende des Feldzuges in der UdSSR konfrontiert wurde, und wovon in den deutschen Berichten unablässig die Rede war. Prof. Hinsley hat hier somit kein sachliches Resümee aus den deutschen Geheimberichten gezogen.

Dem Historiker jedenfalls drängt sich die Frage auf, weshalb die britische Regierung nach Kenntnisnahme solcher Geheiminformationen schon 1941 keinerlei diplomatische oder publizistische Folgerungen daraus gezogen hat, wissen wir doch:

1)

London hat die UdSSR über "deutsche Massenmorde" nicht informiert.

2)

Auch hatte es die UdSSR abgelehnt, von sich aus 1941 oder 1942 Proteste gegen konkret bezeichnete deutsche Massenerschießungen von Juden oder anderen Sowjetbürgern im rückwärtigen Heeresgebiet der Weltöffentlichkeit zu unterbreiten, obgleich sie von Anfang an die übelste Greuellügenpropaganda weltweit gegen Deutschland aufgezogen hatte, -- mit Unterstützung auch Großbritanniens und der USA. Diese Haltung ging sogar soweit, daß

"die Westmächte von den Sowjets bis zur Casablanca-Konferenz im Januar 1943 keine einzige Geheimnachricht von Wert erhielten." (S. 68)

3)

Die am 17. Dezember 1942 mit großem Publizitätsaufwand in Moskau, London und Washington arrangierte "Internationale Erklärung" war ganz auf das *"Hauptschlachthaus der Deutschen in Polen und die Vernichtung der Juden"* (in Polen) abgestellt (vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 38 S. 10 ff), -- **obgleich die für die Propaganda Verantwortlichen ausgerechnet, auch nach den Berichten von Prof. Hinsley in der uns vorliegenden Dokumentation, zu diesem Thema trotz Mithörens der deutschen Geheimcode gar nichts wußten!**

Hingegen waren die den alliierten Regierungen angeblich über die entschlüsselten deutschen Meldungen bekanntgewordenen Massenerschießungen in jener "Internationalen Erklärung" vom 17. Dezember 1942 mit keinem Wort erwähnt worden!

4)

Auch die Einsatzgruppen sind weder bei Prof. Hinsley noch in der "Internationalen Erklärung" vom 17. Dezember 1942 genannt bzw. angeprangert worden.

5)

Der behauptete Funkspruch von SS-Gruppenführer und Generalleutnant von dem Bach-Zelewski erscheint im Vergleich zu seinen Aussagen in Nürnberg 1946 fragwürdig, speziell zu seinen dortigen Bekundungen:

"In erster Linie hatte ich im Hauptquartier Himmlers eine zentrale Meldesammelstelle einzurichten, in der alle Meldungen über die Partisanenbewegungen einliefen, und bei der alle diese Meldungen bearbeitet und an die zuständigen Stellen weitergeleitet wurden. ...

Da die Truppenzahl der Polizei und SS nur sehr gering war, wurde die Partisanenbekämpfung in erster Linie von Formationen der Wehrmacht durchgeführt. ...

Die Tätigkeit aller eingesetzten Truppen war dadurch für die höhere Führung ständig klar ersichtlich, weil in den einzelnen Meldungen diese Gegenmaßnahmen genau aufgeführt wurden. Das heißt, es mußte genau gemeldet werden, wieviel Partisanen im Kampf gefallen waren, wieviel erschossen worden sind, wieviel als partisanenverdächtig erschossen worden sind, und wieviel eigene Verluste die Truppe hatte. Ebenso mußte die Beute an Waffen genau aufgeführt werden ...

Die Wehrmacht gab mir genau so viel Meldungen ab wie umgekehrt ich an die Wehrmacht. Daß diese Meldungen dann in meinem Stab zusammengefaßt wurden, ist Tatsache; und jeden Tag gingen diese Meldungen an Himmler, der sie weitergab." [36)]

Aus dieser Lageschilderung geht zumindest deutlich hervor, daß von dem Bach nicht formuliert haben konnte, *"seitdem die Polizei in Rußland eintraf"*, denn Polizei und SS waren nur sehr gering an Zahl und hatten auch keine Sonderaufgaben. Die Partisanenbekämpfung war von Anfang an in erster Linie eine Aufgabe der Wehrmacht, und die Meldesammelstelle des Höheren SS-Führers erfaßte alle Meldungen über die Partisanenbewegungen, ein Thema, das Prof. Hinsley überhaupt nicht erwähnt hat.

Hieraus ergibt sich, daß die Berichterstattung Prof. Hinsley's in diesem Punkt nicht wertneutral ist, zumal auch er erkennen mußte, daß seine auf das *"Eintreffen der Polizei"* konzentrierte Formulierung sowie auf *"Exekutionen"* und *"30.000"* beim Leser einen völlig falschen Eindruck von dem wirklichen damaligen Geschehen und dem mitgehörten Nachrichteninhalt erwecken muß. Diese Machart der Hinsley-Berichterstattung läßt auch die vorgetragene Zahl fragwürdig erscheinen. Eine Bestätigung dieser Zahl haben wir jedenfalls nicht gefunden, wobei wir auf die Fragwürdigkeit der Zahlen in den Einsatzgruppenberichten bereits mehrfach hingewiesen haben. (Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 47 S. 28 ff)

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuß für Kriegs- und Verfolgungsschäden
- Sekretariat -

53 Bonn, den 24. Januar 1967
Fernruf 206 /2426

Herrn
Alfred W i e g a n d
64 H a n a u /Main
Annastr. 16

Betr.: Ihre Eingabe vom 21. November 1966

Sehr geehrter Herr Wiegand !

In Ihrer obigen Eingabe sprechen Sie die Gesamtverluste der jüdischen Menschen durch Gewaltmaßnahmen während der Zeit von 1933 bis 1945 an.

Nach meinen intensiven Feststellungen sind genaue Unterlagen über diese Verluste nicht vorhanden, auch nicht beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in Arolsen (Kreis Waldeck). Die Zahlen variieren so stark, daß auch vom Ausschuß für Kriegs- und Verfolgungsschäden des Deutschen Bundestages genaue Angaben nicht gemacht werden können. Die von Ihnen im 2. Absatz Ihres Schreibens genannte Zahl von 250.000 bzw. 300.000 Opfern wird ebenfalls genannt, sie ist aber vollkommen ungenau. Auch meine diesbezüglichen Feststellungen im federführenden Bundesressort, dem Bundesministerium der Finanzen, Bonn, ergaben keine genauen Anhaltspunkte, so daß ich zu meinem Bedauern Ihre Anfrage unbeantwortet lassen muß. Ich stelle aber anheim, diese Frage nochmals an das Institut für Zeitgeschichte in München zu stellen.

Ich bitte höflichst um Kenntnisnahme.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag
(Isenberg, RegDir)

Man vergleiche den Inhalt dieses Briefes mit den faksimilierten Dokumenten auf S. 35 + 39.

36) IMT, Bd, IV, S. 531, 532, 537, 541, -- 7. Januar 1946.

Der Reichsführer-SS
Hauptamt SS-Gericht
IV c 173 Tgb.Nr. 83/41 geh.



München, den 10.6.1943
Persönlich! Vertraulich

An
SS-Uscha. Demberg
SS- und Pol. Gericht XV
Breslau

Auf Anordnung des Chefs des Hauptamtes SS-Gericht wird nachfolgend ein Bericht über die Dienstbesprechung der Chefs der SS- und Polizeigerichte am 7. Mai 1943 in München allen SS-Richtern zur persönlichen und vertraulichen Kenntnisnahme übersandt ....

Um die Schlagkraft der SS- und Polizeigerichtsbarkeit weiterhin zu steigern und die einheitliche Ausrichtung der Rechtspflege in der SS und Polizei zu fördern, werden mit Wirkung vom 1. Januar 1944 Inspektionsrichter eingesetzt.

Der Inspektionsrichter ist vorgesetzter Dienstaufsichtsrichter der SS- und Polizeigerichte eines Inspektionsbereichs. Er hat für die ordnungsmässige Erledigung aller Geschäfte des Gerichtsdienstes in seinem Inspektionsbereich Sorge zu tragen. Er ist für eine einheitliche SS-mässige Rechtspflege verantwortlich. ...

Die Inspektion hat weiter ergeben, daß die Normalfälle in der Regel richtig beurteilt und auch angemessen bestraft worden sind. Unzulänglich ist lediglich die Bearbeitung von Führersachen sowie von umfangreichen Korruptionsfällen gewesen. Im Jahre 1942 sind beim Hauptamt SS-Gericht 1.486 Rechtsgutachten erstellt worden, 1.185 Urteile wurden zur Bestätigung, 41 zur mildernden Bestätigung, 219 zur Aufhebung vorgeschlagen. Die außerordentliche Wiederaufnahme ist im vergangenen Jahr in 5 Fällen angeordnet worden.

Im allgemeinen ist von den Gerichten auch schnell gearbeitet worden. Es wurde hierauf das 2. Vierteljahr 1942 überprüft. Dabei ergab sich, daß von 1.680 in dieser Zeit abgeschlossenen Strafsachen 936 in weniger als 1 Monat, 412 in weniger als 2 Monaten, 208 in weniger als 3 Monaten erledigt worden sind, so dass nur 124 Sachen länger als ein Vierteljahr anhängig waren. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Absetzung von Urteilen aller übrigen Arbeit vorgehen muss, und dass insbesondere Todesurteile nicht den geringsten Aufschub vertragen. ...

Nicht selten lässt die gerichtliche Untersuchungsführung zu wünschen übrig. Sie ist insbesonders in schwierigeren und umfangreicheren Fällen zu langsam, planlos und weitschweifig. ...

Das Hauptamt SS-Gericht muss über alle Vorgänge von besonderer Bedeutung unterrichtet werden, nicht nur weil es diese kennen muss, sondern auch um gegebenenfalls helfend eingreifen zu können. In diesem Sinne muss der seit kurzem aufgelockerten Berichtspflicht an das Hauptamt SS-Gericht gewissenhaft nachgekommen werden.

Die Überprüfung der Strafzumessung hat ergeben, dass die Gerichte im allgemeinen mit der für das 4. Kriegsjahr notwendigen Härte durchgegriffen haben. Es sind im Jahre 1942 insgesamt 227 Personen zum Tode verurteilt worden, darunter befanden sich 143 Angehörige der SS und 26 Angehörige der Polizei. 156 Todesurteile wurden vollstreckt. ...

Keinesfalls dürfen Führer zu milde und Männer zu hart bestraft werden. .... [37]

Der Reichsführer-SS
RF/Bn 1674/43 geh.M.



Feldkommandostelle, den 5. Juli 1943
Geheime Reichssache

10 Ausfertigungen
10. Ausfertigung

Anordnung

1.) SS- Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
2.) SS-Führungshauptamt
3.) Höheren SS- und Polizeiführer Ost
4.) Höheren SS- und Polizeiführer Ostland
5.) Höheren SS- und Polizeiführer Russland-Mitte
6.) Höheren SS- und Polizeiführer Ukraine
7.) Höheren SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin
8.) Chef der Bandenkampfverbände
9. Ausfertigung (handschriftlich eingefügt) in Hochwald von Ostubaf. Brandt übergeben 6.7.
10.) Chef der Sicherheitspolizei und des SD durchschriftlich mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

I.A. Br SS-Obersturmbannführer.

---

1. Das Durchgangslager Sobibor im Distrikt Lublin ist in ein Konzentrationslager umzuwandeln. In diesem Konzentrationslager ist eine Entlaborisierungsanstalt für Beutemunition einzurichten.

2. Alle Höheren SS- und Polizeiführer sind gehalten, sämtliche Beutemunition, soweit sie nicht zur Munitionierung von in Gebrauch befindlichen Beutegeschützen benötigt wird, nach dort zu liefern.

3. Metalle und vor allem das Sprengpulver sind sorgfältig zu verwenden.

4. Zugleich ist in diesem Konzentrationslager eine Fertigungsstätte für unsere Vielfachwerfer oder auch andere Munition zu errichten.

gez. Himmler. [38]

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Partei-Kanzlei
Der Leiter der Partei-Kanzlei

Führerhauptquartier, den 11.7.1943

Rundschreiben Nr. 33/43 g.

*Betrifft: **Behandlung der Judenfrage.***

(34)

Im Auftrage des Führers teile ich mit:

Bei der öffentlichen Behandlung der Judenfrage muss jede Erörterung einer künftigen Gesamtlösung unterbleiben.

Es kann jedoch davon gesprochen werden, dass die Juden geschlossen zu zweckentsprechendem Arbeitseinsatz herangezogen werden.

gez. M. Bormann

F.d.R. handschriftlich Schmitt(?)

Verteiler: Reichsleiter, Gauleiter, Verbändeführer

Schlagwortkartei: Behandlung / Juden. [39]

37) US-Mikrofilm T 175, Roll 190.
38) Bundesarchiv Koblenz: NS-19/1571
39) US-Mikrofilm T 175, Roll 18.

Wirtschafts-Verwaltungshauptamt



Berlin, 15. Juli 1943.
Lichterfelde-West
Unter den Eichen 126 - 135

Zitatzeichen: Po/Fa.
Betr.: **Durchgangslager Sobibor.**
Bezug: Dort. Schreiben vom 5.7. RF/Bn 1674/43 Geh. Rs.

An
Reichsführer-SS
Berlin

Reichsführer!

Gemäß Ihrer obigen Anordnung soll das Durchgangslager Sobibor im Distrikt Lublin in ein Konzentrationslager umgewandelt werden.

Ich habe mich mit SS.Gruppenführer Globocnik darüber unterhalten. Wir beide schlagen Ihnen vor, die Umwandlung in ein Konzentrationslager aufzugeben, weil der von Ihnen erstrebte Zweck, nämlich: in Sobibor eine Entlaborisierungsanstalt für Beutemunition einzurichten, auch ohne diese Umwandlung erreicht wird.

Alles andere in obiger Anordnung kann so bleiben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung, die lediglich für Gruppenführer Globocnik und mich von Bedeutung ist.

Heil Hitler
handschriftlich gez: Pohl
SS-Obergruppenführer und
General der Waffen-SS[40]



Bericht über Warschau

(eingereicht d. SS-Staf. v. Korzowski am 28.7.1943)

I.: Allgemeine Zustände:

Seit Dezember 1942, nach den ersten Rückschlägen an der Ostfront, große Unsicherheit in Warschau, täglich Überfälle (Erschießungen) von Soldaten der Wehrmacht und Angehörigen der Zivilverwaltungen, Höllenmaschinen in Postpaketen an Behörden, zahlreiche Drohbriefe, Überfälle auf Banken, die Staatsdruckerei, Erschießung der beiden einzigen deutschen Leiter der Staatsdruckerei am 3.3. (nach Entwaffnung der Wache), Herauslocken der Leiter aus ihrer im Nebenhaus liegenden Wohnung durch 3 Mann, einer in der Uniform eines Pol. Leiters, der 2. in SD-Uniform, der 3. in Zivil, sehr gut deutsch sprechend, Erschießung im Wachlokal der Staatsdruckerei durch Genickschuß, nachdem Erlangen der Tresorschlüssel vergeblich war. Erschießung des Leiters des Arbeitsamtes während der Dienstzeit im Büro, Erschießung des Nachfolgers auf der Straße, am 15.3. hat man den dritten Leiter des Arbeitsamtes beerdigt. Der SA-Musikzug wurde auf dem Rückwege von der Trauerfeier mit Handgranaten beworfen und 15 Mann verletzt.

Die Ghettoaktion, die von der SS durchgeführt und streng geheim am Tage vorher vorbereitet war, ist verraten worden. SS bekam beim Einmarsch mit LKW ins Ghetto aus allen Ecken Feuer. Ausräumung des Ghettos, die dem Vernehmen nach 3 - 4 Tage angesetzt war, nahm cirka 5 Wochen in Anspruch. Unter den Häusern des Ghettos ein kaum zu durchdringendes Labyrinth von Haus zu Haus von unterirdischen Gängen und außerordentlich gut getarnten Bunkern u.a. Ausgänge durch Kanalisation bis zur Weichsel und ins polnische Viertel. Zur Durchführung wurden schließlich Haus für Haus durch Brandkommandos angezündet, wobei ungeheure Werte vernichtet wurden. Nach der Ghettoaktion noch verstärkte Überfälle durch Juden und Banden; u.a. Feuerüberfall in einem Varieté (Adria) und wiederholt Handgranaten in Café Club und im Wartesaal des Hauptbahnhofes.

In letzter Zeit zahlreiche Überfälle auf zahlreiche Molkereibetriebe in nächster Umgebung von Warschau, Erpressung von polnischen Landwirtschaften.

II. Wirtschaftliche Verhältnisse:

In deutschen Geschäften (Julius Meinl) gibt es das minderwertigste Gemüse und Obst (letzteres nur sehr selten), während in polnischen Geschäften und auf Märkten zu einem mehrfachen des Preises die auserlesendsten Obst- und Gemüsesorten offen ausliegen und erhältlich sind, desgleichen ist es mit Fleisch- und Wurstsorten. Auch sonst ist in Warschau zu wahnsinnigen Preisen alles zu haben. In polnischen Lokalen gibt es alle Delikatessen, Wein, Likör u. Sektsorten. Sonderzuteilung an Zitronen und Apfelsinen werden den Deutschen durch den etwa 14 Tage vorher beginnenden Straßenhandel in diesen Waren zu unheimlichen Preisen (1 Apfelsine 20 - 30 Zloty) bekannt.

III. Besondere Bevorzugung der Volksdeutschen:

Zum Deutschtum bekennen sich vielfach Polen, bei denen entfernt Verwandte deutscher Abstammung waren, und zwar nur zwecks Erlangung der Lebensmittelmarken. In den sogenannten deutschen Geschäften sind nur Volksdeutsche beschäftigt, die einerseits die erst in zweiter Linie kommenden Reichsdeutschen unverschämt und frech behandeln. Auf ihre Unterschleife dürfte die Entwendung und der Schwarzhandel an Sonderzuteilungen zurückzuführen sein.

IV: Zusammenfassendes:

Jedenfalls ist Warschau und Umgebung zum Bandengebiet erklärt worden und zeigen die vorstehend geschilderten Zustände, daß die in Warschau eingesetzte Zivilverwaltung keinesfalls Herr der Lage ist. Während der ehrliche Deutsche sich nichts leisten kann, schaffen sich unehrliche Elemente ein Vermögen und können sich, ebenfalls wie der reiche Pole, alles leisten![41]

---

40) Bundesarchiv Koblenz NS 19/1571
41) Bundesarchiv Koblenz: NS-19/1740 fol. 1

Anstatt an die Schuldigen von Versailles 1919, des Weltkrieges 1939, der Partisanen-, Bombenkriegs-, Vertreibungsverbrechen, an den Raub der Heimat im Osten zu erinnern = Sühneleistungen für Arrangements westalliierter/polnisch-kommunistischer Greuellügenpropaganda!

"Nach dem Besuch im KZ schrieben junge Leute ein Theaterstück

Schuheputzen in Majdanek -- Der Schrecken sitzt noch tief



... Die 800.000 Paar Schuhe, schreckliche Zeugen der Schicksale derer, die sie einst trugen, werden in den Baracken aufbewahrt, um an die gequälten und getöteten Menschen zu erinnern. 360.000 Erwachsene und Kinder kamen dort zwischen 1941 und 1945 um. ... Der Gang in den sicheren Tod: Bei ihren Theaterszenen, die im ehemaligen KZ Majdanek spielen, können die jungen Akteure der Gruppe 'A und O' ihre persönliche Betroffenheit kaum verbergen."

Berliner Morgenpost, 11. Februar 1988

Was für Gesichter werden sie erst machen,- wenn sie in einigen Jahren merken, daß und wie man sie belogen und zu welchem makabren Theaterspielen man sie seitens der Schule, Schulbehörden, Kultusministerien und Kirchen bewogen hat? Sie werden fassungslos vor diesem Abgrund moralischer Entwurzelung stehen, den Erwachsene ohne Rückgrat, ohne Sachkenntnis aus politischer Opportunität vor ihnen aufgerissen haben.

Wir verweisen bezüglich Majdanek auf unsere Nachforschungen in den ***Historischen Tatsachen*** (vgl. Registerheft) und insb. auf ***HT*** Nr. 36, S. 23 ff bzw. 36 ff (Leuchter Bericht), aber auch auf [43], wo *"60.000 - 80.000"* Mordopfer unter Hinweis auf unbewiesene Schätzungen ohne Nachweis irgendwelcher Spuren von Scheffler/Arndt behauptet werden und wo auf S. 470 **gänzlich in Abrede gestellt wird, daß Majdanek ein Vernichtungslager gewesen sei!** Wir verweisen aber auch auf die Urteile des Landgerichts Berlin vom 8.5.1950 (AZ: PKs 3/50) sowie des Kammergerichtes Berlin vom 11.11.1950 (AZ: 1 Ss 201/50), denenzufolge es in Majdanek keinerlei Gaskammern gegeben hat.

37

Die Gerichtsakten ergeben weiter, daß der Angeklagte (General der Infanterie Hermann Foertsch) im Juli 1943 einen Hitler-Befehl verteilte, der bestimmte, daß Partisanen nicht mehr getötet, sondern als Kriegsgefangene zu behandeln und zur Zwangsarbeit in Bergwerken ins Reich zu verbringen seien. Der Angeklagte erklärt, daß, da solche Personen der Todesstrafe ausgesetzt waren, es nicht ungesetzlich war, sie zum Arbeitseinsatz zu deportieren. [42]

38

Feldkommandostelle, den 9. Oktober 1943

Geheim

Der Reichsführer-SS

Tgb.Nr. 48/23/43g

An alle Hauptamtschefs

Es darf nur eine Gerichtsbarkeit geben. Der Höhere SS- und Polizeiführer ist der vom Reichsführer-SS territorial eingesetzte Gerichtsherr.

Es hat sich leider die Übung eingeschlichen, daß einzelne Hauptämter sich über den Kopf des Höheren SS- und Polizeiführers melden lassen und Verfahren, welche ihnen unangenehm sind und in denen Mohren weiß gewaschen werden sollen, meist gar nicht mit Wissen des Hauptamtschefs zu sich heranziehen und disziplinarisch erledigen. Der Höhere SS- und Polizeiführer wird über das Wegziehen des Verfahrens und über den Ausgang gar nicht unterrichtet.

Ich bitte alle meine Hauptamtschefs zu bedenken, ob sie bei einem derartig würde- und machtlosen Zustand Höherer SS- und Polizeiführer sein wollten. Ich bitte weiter zu bedenken, wie es um die SS und Polizei in 10 Jahren schon bestellt wäre, wenn ich diesen Zustand weiter zuließe.

Ich ordne daher an:

1. Alle Verfahren haben bei dem zuständigen Gericht des zuständigen Höheren SS- und Polizeiführers stattzufinden, ganz gleich, welchem Hauptamt der jeweils Angeklagte fachlich untersteht.

2. Ich genehmige, daß die Befehlshaber bei den Höheren SS- und Polizeiführern gleichzeitig mit der Abgabe eines Falles an das SS- und Polizeigericht den Durchschlag dieses ihres Schreibens an den zuständigen Hauptamtschef schicken.

3. Ich genehmige, daß der zuständige Hauptamtschef mit dem Höheren SS- und Polizeiführer in Verbindung tritt, um Verfahren, die im Gesamtinteresse der SS an einer Reichsstelle verhandelt werden, nach Berlin abzugeben.

4. Der Antrag hierzu ist, von dem betreffenden Hauptamtschef und dem Höheren SS- und Polizeiführer gemeinsam gekennzeichnet, an mich einzureichen. Nur der Reichsführer-SS persönlich kann das Wegziehen eines Verfahrens von einem zuständigen Gericht genehmigen und verfügen.

gez. H. Himmler[44]

42) KV-Prozesse Fall VII, Urteil vom 19.2.1948, A - 118, S. 10376.

43) Wolfgang Benz, "Dimension des Völkermords -- Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus", München 1991, S. 17.

44) US-Mikrofilm, National-Archiv Washington T 580, Roll 214.



Der Reichsführer SS
Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes
CH. Po/Ha.

26. Oktober 1943

An alle Lagerkommandanten

GEHEIM

(persönliche Anschriften)

Dachau	Ostubaf. Weiter	Ravensbrück	Hstuf. Suhren
Sachsenhausen	Ostubaf. Kaindl	Lublin	Stubaf. Weiss
Buchenwald	Ostubaf. Pister	Hinzert	Ostuf. Sporrenberg
Mauthausen	Ostubaf.. Ziereis	Riga	Stubaf. Sauer
Flossenbürg	Ostubaf. Koegel	Herzogenbusch	Stubaf. Grünewald
Neuengamme	Stubaf. Pauly	Bergen-Belsen	Hstuf Haas
Auschwitz	Ostubaf. Höß	Vaivara	Hstuf. Aumeier
Groß-Rosen	Hauptstuf. Hassebroek		
Natzweiler	Hstuf. Kramer	Kauen	Ostubaf. Goecke
Stutthof	Stubaf. Hoppe	Warschau	Hstuf. Herbert

Im Rahmen der deutschen Rüstungsproduktion stellen die KL. dank der Aufbauarbeit, die in den vergangenen 2 Jahren geleistet wurde, einen Faktor von kriegsentscheidender Bedeutung dar. Aus dem Nichts haben wir Rüstungswerke geschaffen, die ihresgleichen suchen.

Wir haben nun mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die bereits erzielten Leistungen nicht nur gehalten, sondern noch weiterhin dauernd gesteigert werden.

Das ist, nachdem die Werke und Fabriken im wesentlichen stehen, nur dadurch möglich, daß wir die Arbeitskraft der Häftlinge erhalten und noch weiter heben.

In früheren Jahren konnte es im Rahmen der damaligen Erziehungsaufgaben gleichgültig sein, ob ein Häftling eine nutzbringende Arbeit leisten konnte oder nicht. Jetzt aber ist die Arbeitskraft der Häftlinge von Bedeutung, und alle Maßnahmen der Kommandeure, Führer des V-Dienstes und Ärzte haben sich vornehmlich auf die Gesunderhaltung und Leistungsfähigkeit der Häftlinge zu erstrecken.

Nicht aus falscher Gefühlsduselei, sondern weil wir sie mit ihren Armen und Beinen benötigen, weil sie dazu beitragen müssen, daß das deutsche Volk einen großen Sieg erringt, deshalb müssen wir uns das Wohlergehen der Häftlinge angelegen sein lassen.

Ich stelle als erstes Ziel: höchstens 10% aller Häftlinge dürfen infolge Krankheit arbeitsunfähig sein. In Gemeinschaftsarbeit aller Verantwortlichen muß dieses Ziel erreicht werden.

Notwendig hierzu ist:

1.) eine richtige und zweckentsprechende Ernährung,
2.) eine richtige und zweckentsprechende Bekleidung,
3.) die Ausnützung aller natürlichen Gesundheitsmittel,
4.) Vermeidung aller unnötigen, nicht unmittelbar für die Arbeitsleistung erforderlichen Anstrengungen,
5.) Leistungsprämien.

1.) Ernährung

Auf die Notwendigkeit einer richtigen und zweckentsprechenden Häftlingsverpflegung habe ich bereits mehrfach hingewiesen. Ich bringe folgende Grundsätze in Erinnerung:

a) Gemüse und Kartoffeln so einzulagern, daß Lagerverluste möglichst vermieden werden. Einwandfreie Mieten anlegen.

b) Beim Putzen von Kartoffeln und Gemüse Abfall möglichst gering halten. Die Schälkommandos dauernd überwachen.

c) Kartoffeln möglichst kurz waschen, sie nicht stundenlang in fließendem Wasser herumliegen lassen. Wenn eine Wässerung nicht zu vermeiden ist, dann ganz und unzerstückelt eben vom Wasser bedeckt halten. -- Pellkartoffeln solange als möglich ausgeben.

d) 10 - 50% aller Gemüse roh kurz vor der Essensausgabe unter die kochfertige Speise mischen.

e) Etwa 10% der Kartoffeln roh und gerieben in die Speisen hineinmischen.

f) Kochwässer von Gemüse nur dann weggießen, wenn sie einen schlechten Geruch oder Geschmack aufweisen.

g) Gemüse neben den Mahlzeiten auch roh als Salate oder unverarbeitet (Möhren, Sauerkraut) ausgeben. (Marketenderei!). Das Sammeln von Wildgemüsen und Gewürzen ist nach wie vor mit größter Sorgfalt zu betreiben. Keine dünnen Suppen, sondern dicke Gerichte.

h) Warme Speisen nicht totkochen!

i) Die Menge der Mittagsverpflegung muß 1¼ - 1½ Liter betragen -- aber keine dünnen Suppen, sondern dicke, inhaltreiche Gerichte.

j) Auf gute Würzung ist das Hauptaugenmerk der Köche zu richten. Keine zu großen Salzmengen, 20 - 30 g täglich dürfen auf keinen Fall verabreicht werden. -- Die Beschaffung von Gewürzen ist, soweit diese nicht bewirtschaftet sind, mit Nachdruck zu betreiben.

k) Die Häftlingsköche sind dauernd zu überwachen und bei Nachlässigkeit im Dienst sofort abzulösen.

l) Im Gegensatz zur Soldatenküche ist in der Häftlingsküche das Fleisch zu zerkleinern und mitzuverkochen. Nur die Schwerarbeiter bekommen ihre Wurstzulage in die Hand.

m) Die Möglichkeiten zur Beschaffung zusätzlicher Nahrungsmittel (z.B. Hefe, Quark) sind voll auszunutzen.

n) Speiseabfälle darf es in den KL. nicht geben.

o) Warme Mahlzeiten und Getränke müssen h e i ß verabreicht und verzehrt werden.

p) Das Brot muß abgelagert sein. Vollkornbrot, wo es möglich ist, ausgeben.

qu) Mit größter Aufmerksamkeit ist für eine gleichmäßige Verteilung der Verpflegung zu sorgen. Der Häftling, der ohne Verschulden verspätet Essen empfängt, hat Anspruch auf die gleichen Mengen wie die vor ihm Gekommenen.

Überschüssige Essensportionen sind gleichmäßig oder in gerechtem Wechsel zu verteilen.

r) Die Häftlinge sind zur sorgfältigen Schälung der Pellkartoffeln anzuhalten.

s) Der Empfang zusätzlicher Pakete ist zu fördern.

t) Zum Essen und zur richtigen Verdauung gehört Ruhe. Deswegen genügende Pausen beim Essenempfang. Keine unnötigen Märsche: Das Essen zu den Leuten, nicht die Leute zum Essen schicken. -- Die Essenpausen mit anderweitigem Dienst nicht belasten.

u) In den Küchen, Aufenthaltsräumen, bei den Eßgeräten muß größte Sauberkeit herrschen.

v) Wenn beim Kranken durch besondere Schonkost eine schnellere Genesung zu erreichen ist, so ist diese -- aber nur in den Revieren -- zu verabreichen.

2.) Bekleidung

Die Bekleidung hat neben der warmen Verpflegung die Aufgabe, den Körper warm zu halten und vor Erkältungen zu schützen. Das ist gerade bei den Häftlingen von besonderer Wichtigkeit, die im Freien arbeiten.

Ich ordne an, daß im Winter, soweit vorhanden,

Kopfbedeckungen, Pulswärmer,
Mäntel, Socken

getragen werden. Mehrere dünne Kleidungsstücke halten wärmer als ein dickes. Deshalb ist beim Fehlen eines Mantels im Winter das Tragen von 2 Hemden o.ä. gestattet.

Wirkungsvoll als (Wärmehalter) Kälteschutz sind Zeitungen. Deshalb, wenn erforderlich, auf der Brust, in der Bauch- oder Nierengegend mehrere Schichten von Zeitungen tragen lassen. Für die Beschaffung ausreichender Papiermengen ist Sorge zu

tragen.

Papierwesten können die Häftlinge sich gegebenenfalls selbst anfertigen.

Kleingeschnitzeltes Papier in den Strümpfen stellt ebenfalls einen guten Kälteschutz dar. -- Wenn eine Kopfbedeckung nicht vorhanden, dann ebenfalls festsitzende Papiermützen anfertigen lassen. In diesem Fall auch die Kopfhaare als Wärmeschutz lang lassen.

Zweckmäßige Entwürfe für Wärme-Schutz-Kleidung aller Art werde ich prämieren.

3. Natürliche Gesundheitsmittel

Im Winter ist darauf zu achten, daß die Häftlinge nicht auskühlen. Deshalb bei Arbeiten im Freien wiederholt kurze Pausen für starke körperliche Bewegungen einhalten. Zählappelle für Wärmeübungen ausnutzen.

Heiße Getränke und Essen fördern Durchblutung und Erwärmung des Körpers von innen her. Deshalb heiße Getränke über den Tag hinweg verteilen. Kalte Verpflegung stets zusammen mit heißem Getränk verteilen.

Das Lager darf nicht abgekühlt sein; deshalb in ungeheizten Baracken Decken tagsüber ausgebreitet über dem Strohsack liegen lassen. Strohsäcke sind ständig bezüglich ihrer Stopfung zu überwachen.

Für ungestörte Nachtruhe von mindestens 7 - 8 Stunden ist Sorge zu tragen.

Häftlinge, die tagsüber in dunklen Räumen arbeiten, sollen -- wenn möglich -- mit nacktem Oberkörper dem Tageslicht in der Mittagspause ausgesetzt werden.

4.) Vermeidung unnötiger Anstrengungen

Die Zählappelle sind möglichst kurz zu halten, langes Herumstehen ist zu unterlassen. Bei kaltem Wetter kurze Trampelübungen, bei günstiger Witterung sitzen lassen.

Arbeitsplätze hinsichtlich Anordnung, Beleuchtung nach Möglichkeit so gestalten, daß alle verfügbare Kraft dem Arbeitsvorgang zugute kommt.

Zweckmäßige und leicht durchführbare Vorschläge, die in dieser Hinsicht von den Häftlingen gemacht werden, werde ich in Zukunft prämieren (Erleichterungen, Zigaretten?).

5.) Leistungsprämien

Ein weiteres wesentliches Mittel, die Leistungen der Häftlinge zu erhöhen, besteht in der Gewährung von Prämien. Das Verfahren ist in dem Entwurf vom 15.5.1943 'Dienstvorschrift für die Gewährung von Vergünstigungen an Häftlinge' niedergelegt. Dieser Entwurf ist diesem Schreiben noch einmal angefügt. Sein Inhalt muß allen mit dem Häftlingseinsatz Beauftragten genau bekannt sein. Die Lagerkommandanten selbst haben fortgesetzt und gewissenhaft darauf zu achten, daß auch diese Möglichkeit restlos ausgeschöpft wird.

Über die Gewährung von Prämien, vor allen Dingen über ihre Wirkung auf die Leistungssteigerung ist zum 15. Januar 1944 eingehend zu berichten. Diesem Bericht sind etwaige Verbesserungsvorschläge beizulegen.

Ich erwarte, daß sich diese Hinweise in Kürze positiv für die Leistungssteigerung der KL. auswirken.

Sofern Arbeiten (z.B. Herstellung von Papierwesten o.ä.) in größerem Umfang notwendig werden, so sind diese in den Revieren von den lediglich schonungsbedürftigen Häftlingen durchzuführen. Diese sind hierzu zusammenzuziehen.

Erforderliche Räume sind zur Verfügung zu stellen.

Jeder Lagerkommandant, der dieses Schreiben erhält, hat es unverzüglich dem ersten Führer des Verwaltungsdienstes zuzuleiten. Diese beiden müssen durch Unterschrift auf dem Schreiben bestätigen, daß sie es genau gelesen haben.

Für die Überwachung der in diesem Schreiben nochmals dargestellten Maßnahmen werde ich persönlich Sorge tragen.

1 Anlage

gez. Pohl
SS-Obergruppenführer
und General der Waffen-SS

Abschriften hiervon an
1) Reichsführer-SS
2) Amtsgruppenchef B
3) Amtsgruppenchef D
zur Kenntnisnahme
F.d.R.d.A.
SS-Obersturmbannführer[45]



Reichsführer-SS
Feldkommandostelle

21. Februar 1944

Parteigenosse Bormann!

Ich bestätige den Empfang Ihres Briefes vom 29.1.1944 mit dem Bericht über die Zustände im Konzentrationslager Lublin. Diese sind mir bekannt.

Der schuldige Kommandant, SS-Sturmbannführer Florstedt, ist bereits seit 2 Monaten in Haft. Die Mißstände werden in einem durchgreifenden Gerichtsverfahren in unnachsichtiger Weise ausgerottet und abgestellt.

H.H.[46]



Persönlicher Stab Reichsführer-SS
1.) Vermerk für SS-Standartenführer Bender

SS-Sturmbannführer Grünwald, Kommandant des KL Vught, ist zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er aus Unachtsamkeit durch die Überfüllung von Arrestzellen den Tod von einer größeren Anzahl von Häftlingen verursacht hat. G. wird nach Rücksprache zwischen mir und SS-Obergruppenführer Rauter ins Reich verbracht, kann hier 8 Tage Urlaub bei seiner Familie nehmen und ist dann nach kurzer Ausbildung zur Frontbewährung als SS-Mann in die SS-Pz Div. »Totenkopf« zu versetzen. Er büßt keinen weiteren Teil seiner Strafe ab.

gez.- Himmler

F.d.R.
Br.
SS-Obersturmbannführer

16. März 1944 RF/M

10./4/44 g

2.) SS-Personalhauptamt, Berlin
durchschriftlich mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.
Br.
SS-Obersturmbannführer[47]

45) Vgl. auch weitere Dok., die KZ's betreffend, in *Deutsche National Zeitung*, München 9.2.1979.

46) Bundesarchiv Koblenz: NS 19/1901 -- Der Bericht lag dem Schreiben nicht bei.

47) US-Mikrofilm T 175 Roll 68.

Nachfolgend drucken wir ein Dokument der Ostindustrie GmbH Lublin ab, das wir im Mikrofilm des National Archivs Washington T 580, 321 vorfanden und das u.W. bisher in der Literatur noch nicht publiziert worden ist. Es erhellt einige Zusammenhänge, die bisher nicht aufzuklären waren und die in den Anklagen gegen die deutsche Führung eine besondere Rolle gespielt haben.

Vorweg sei noch erwähnt, daß eine umfassende Darstellung jener Ereignisse bisher offensichtlich auch aus dem Grunde nicht möglich war, weil die diesbezüglichen amerikanischen Mikrofilme erst relativ spät (um das Jahr 1960) und dann nicht etwa chronologisch zusammenhängend, sondern thematisch und zeitlich reichlich durcheinander erstellt wurden. Das Durcharbeiten solcher Filme ist somit sehr zeitaufwendig, anstrengend und angesichts der ungeheuren Vielzahl jener Mikrofilme von Einzelforschern nicht zu bewältigen. Somit müssen wir uns z.Zt. damit begnügen, nach und nach einige wesentliche Dokumente der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Ergänzende Dokumente zu diesem Themenkomplex waren leider nicht aufzufinden.

Ostindustrie G.m.b.H.
Lublin



BANKKONTO EMISSIONSBANK

Telefon 1940 — Lublin, den 13. März 1944

Schließfach 117

Geschäftsbericht II

der Ostindustrie G.m.b.H. für das Geschäftsjahr 1943!

I. Vorbemerkungen.

Wegen der allgemeinen Angaben über Umsatz, Erzeugung, Gewinn usw. der OSTI wird auf den Geschäftsbericht I Bezug genommen. Der Geschäftsbericht II enthält Ausführungen über Aufbau und Entwicklung, Entzug der Arbeitskräfte am 3.11.1943, Auswirkungen der besonderen Verhältnisse auf das Rechnungswesen der OSTI, und Stand der Liquidation am 31. Dez. 1943 und den Zeitpunkt der Berichterstattung.

II. Aufbau und Entwicklung.

Im Februar 1943 erteilte SS-Obergruppenführer Pohl dem damaligen SS-Obersturmführer Dr. Horn den Auftrag, im Rahmen einer noch zu gründenden Firma

a) im Zusammenhang mit SS-Arbeitslagern die im GG (Generalgouvernement, -- d. Verf.) in Rüstungsbetrieben tätigen Juden in kriegs- und rüstungswichtigen Fertigungen zu beschäftigen und die dazu notwendigen Betriebe aufzubauen,

b) das bewegliche jüdische Vermögen, das 'durch die Judenumsiedlung anfällt' -- soweit dieses Vermögen der Höhere SS- und Polizeiführer im GG für seine Aufgaben im GG nicht benötigt -- zu verwerten.

Der Auftrag erfolgte auf Grund eines Antrages von SS-Obergruppenführer Krüger und SS-Gruppenführer Globocnik (Niederschrift SS-Gruppenführer Lörner vom 23.2.1943).

Am 12. März 1943 wurde auf Grund des Orientierungsberichtes von SS-Obersturmführer Dr. Horn die Ostindustrie G.m.b.H. -- OSTI -- gegründet (erster Geschäftsführer SS-Gruppenführer Globocnik, 2.: SS-Obersturmführer Dr. Horn).

Zu den unter a) und b) Aufgaben kamen:

c) Verlagerung und Übernahme bestimmter Betriebe aus dem Ghetto Warschau,

d) Verlagerung und Übernahme bestimmter Betriebe aus dem Ghetto Bialystok.

Im Distrikt Lublin war es mit Unterstützung von SS-Gruppenführer Globocnik möglich, sofort

1 Borstenzurichterei und Bürstenfabrik und
1 Torfwerk
zum Anlaufen zu bringen.

Die Verwertung des beweglichen jüdischen Vermögens zu übernehmen, war unmöglich. Zunächst dauerte es Wochen, bis vom Höheren SS- und Polizeiführer GG der Erlaß einer Einweisungsverordnung (Anordnung Nr. 1 vom 11.4.43) zu erreichen war, in dem die Ostindustrie in das bewegliche jüdische Vermögen eingewiesen wurde. Da aber diese Anordnung Nr. 1 nach kurzer Zeit wieder zurückgezogen wurde, konnte diese Aufgabe, für deren Lösung sich nebenbei bemerkt auch SS-Sturmbannführer Meyer vom Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums in Krakau für zuständig hielt, nicht übernommen werden. Lediglich für den Distrikt Warschau wurde später durch eine Sondervereinbarung mit dem SS- und Polizeiführer ein Teil des jüdischen Vermögens zur Verwertung übernommen. Trotzdem war es der OSTI möglich, aus der ihr aus den Distrikten Lublin, Warschau und dem Ghetto Bialystok, sowie aus den vom SS- und Pol.Führer für die übernommenen Betriebe in Radom und Blizyn überlassenen Gegenstände ehemals jüdischen Besitzes bis zum 31. Dezember 1943 für das Reich 12 632 749.71 Zloty einzuziehen.

Hinsichtlich der Übernahme der außerhalb des Distrikts Lublin im Zusammenhang mit SS-Arbeitslagern von den SS- und Pol.Führern unterhaltenen industriellen Betriebe ergaben sich Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Die Übernahme der im Distrikt Radom und im Distrikt Krakau befindlichen Betriebe war zugesagt. Es war jedoch nur möglich, nach langem Hin- und Her die Betriebe des Distriktes Radom zum 1. Juli 1943 als Werk IV der Ostindustrie GmbH zu übernehmen.

Immer wieder mußte die Feststellung gemacht werden, daß auch seitens maßgebender SS-Dienststellen der wirtschaftlichen Arbeit der Osti Ablehnung oder Unverständnis entgegengebracht wurde. Dafür nur ein Beispiel: Als der damalige SS-Oberscharführer Dr. Carl Wilhelm sich beim SS- und Polizeiführer Warschau meldete, wurde festgestellt: *"Ostindustrie! wenn ich schon 'Industrie' höre, wird mir übel!"*

Die Verlagerung der Betriebe aus dem Warschauer Ghetto war nicht möglich. Es handelte sich hier vor allem um eine Bürstenfabrik. Wohl waren die Arbeitskräfte verlagert, nicht aber die Maschinen. Die Osti mußte infolgedessen ihre Bürstenfabrikation mit den primitivsten Mitteln im reinen Handbetrieb aufnehmen! Obwohl im Anfang für 600 Arbeitskräfte wochenlang nur 1 - 2 Dtz. Hämmer zur Verfügung standen und statt Hämmer behelfsmäßig Eisenstücke und sogar Steine zum Klopfen der Bürsten verwendet werden mußten, hat die Bürstenfabrik in den Monaten Mai bis Oktober 1943 = 396.000 Bürsten aller Art herstellen können.

Später war es dank des Entgegenkommens des SS- und Pol.Fhr. Warschau möglich, für den Aufbau des Werkes V Maschinen -- durchweg II. und III. Güte -- aus dem Maschinenlager des Warschauer Ghettos zu erhalten.

Die Verlagerung der Betriebe aus dem Bialystoker Ghetto

war erfolgreich. Es wurden von der Osti verlagert:

1 elektrotechnische Werkstätte
1 Großschneiderei
1 Großschmiede
1 kleine mechanische Werkstätte
1 kleine Büstenfabrik.

Obwohl die OSTI fortgesetzt außergewöhnliche Schwierigkeiten bei dem Aufbau ihrer Werke und Betriebe zu bewältigen hatte, war es ihr bis zum 3. November 1943 möglich, die in dem Bericht I aufgeführten Werke I - V und dann VI - VIII aufzubauen bezw. zu übernehmen und auszubauen, so daß sie am 3. Nov. 1943

70 deutsche Führungskräfte
rd. 1.000 Polen
16.000 Juden
beschäftigte.

III. 3. November 1943.

Entzug der jüdischen Arbeitskräfte in den Werken II, III, V, VI und VIII.

Durch den Entzug der jüdischen Arbeitskräfte am 3.11.1943 war die bis dahin geleistete Auf- und Ausbauarbeit völlig wertlos geworden. Insbesondere die Vorbereitungen im

Werk II für die Verkokung von Torf auf Generatorenkohle und Gewinnung von Teer

Werk V für die Herstellung von 550.000 bis 1 Million Granatzünder mtl.

Mit einem Schlage waren folgende Herstellungskapazitäten beseitigt:

5.000 Bürsten täglich
2.500 instandgesetzte Granatkörbe täglich
1 Waggon instandgesetzte Blechpackgefäße täglich
200.000 neu angefertigte oder instandgesetzte Pelzbekleidungsstücke monatlich 'vom Pelzmantel bis zum Pelzhandschuh'
500.000 bis 1 Mill. Granatzünderschrauben mtl.
1.000.000 Geschirrschnallen mtl.,
um nur die wichtigsten Kapazitäten zu nennen.

Der feste Auftragsbestand für die nächsten 3 Monate belief sich am 3.11.1943 einschl. der von der OSTI bereits in der Oberleitung übernommenen Einsatzfirma Schultz u. Co. auf 10.058.700.- Zloty.

IV Auswirkungen der besonderen Verhältnisse des 3.11.43 auf das Rechnungswesen der OSTI.

Infolge der geringen Anzahl deutscher Führungskräfte, insbesondere infolge des Fehlens einer ausreichenden Anzahl buchhalterisch geschulter Führungskräfte war es notwendig, das Rechnungswesen der OSTI im wesentlichen durch Einsatz von jüdischen Häftlingen auf- und auszubauen. Allein in Lublin wurden in der Buchhaltung der Hauptverwaltung und der Werke II, III und V rd. 30 jüdische Buchhalter unter der Leitung von drei deutschen Führungskräften beschäftigt. Mit dem Entzug der jüdischen Buchhalter verlor das Rechnungswesen der Osti zunächst im wahrsten Sinn des Wortes 'den Boden unter den Füßen'. Es mußten neben den drei deutschen Führungskräften 5 andere buchhalterisch nicht geschulte Deutsche eingesetzt werden. Es mußte versucht werden, die diesen völlig unbekannte und teilweise bei der Aktion vom 3.11.43 vernichtete Arbeit aufzunehmen und in Ordnung zu bringen. Es dauerte Monate, bis diese 8 Mann einigermaßen die Buchhaltung und das Rechnungswesen wieder in Ordnung bringen und vor allen Dingen das Mahnwesen wieder aufnehmen konnten. Infolge des vielfach vorhandenen trägen Zahlungswillens und des langsamen Arbeitens der Dienststellen und Einheiten, die größtenteils Abnehmer der Osti waren, sind die Debitoren der OSTI auf 8 Millionen Zloty angewachsen, ehe anhand der Anfang Januar ds. Js. wieder in Ordnung gebrachten Buchhaltung mit der Anmahnung säumiger Zahler begonnen werden konnte.

Trotz des Ansatzes von Nacht- und Sonntagsarbeit in der OSTI war es mit dem besten Willen nicht möglich, zu einem früheren Zeitpunkt das durch den 3. November 1943 total verfahrene Rechnungswesen der OSTI einigermaßen wieder in Ordnung zu bringen. Trotz des besten Willens der eingesetzten deutschen Arbeitskräfte war es nicht zu vermeiden, daß der 3.11.43 dem Rechnungswesen der OSTI seinen Stempel aufdrückte.

V. Liquidation.

Da nach dem Entzug der jüdischen Arbeitskräfte die Versuche, die Werke II, III und V wieder in Gang zu bringen, aussichtslos waren, hat SS-Obergruppenführer Pohl im November die Liquidation der OSTI befohlen. Die Liquidation der Werke II und III war bis zum 15.12.43 im wesentlichen durchgeführt. Nachdem durch Befehl von SS-Obergruppenführer Pohl am 7.12.43 die Liquidation gestoppt wurde im Hinblick auf die Weiterführung der OSTI an einem neuen Einsatzplatz in Deutschland, unterblieben für einen Teil des Werkes V weitere Liquidationsmaßnahmen, da das Werk V nach dem neuen Einsatzort verlagert werden sollte.

Bis zum 31.12.43 war die Liquidation jedoch soweit fortgeschritten, daß die Bilanzsumme von rd. 24 Millionen Zl. im Oktober v.Js. sich auf rd. 14 Millionen Zl. senkte. Eine weitere Senkung war im Hinblick auf den Liquidationsstop und den durch den Entzug der Arbeitskräfte vom 3.11.43 herbeigeführten Zustand des Rechnungswesens nicht möglich.

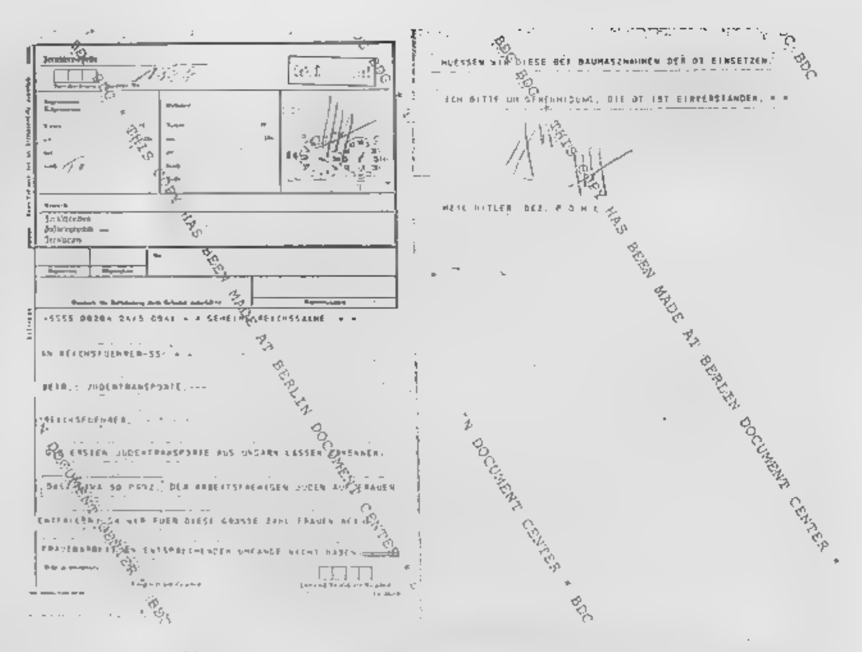
Die Aufhebung des Liquidationsstops, der der OSTI am 24.2.44 bekannt wurde, und die inzwischen vorgenommenen Veräußerungen der nicht zur Verlagerung an den neuen Einsatzort bestimmten Gegenstände, sowie die Übergabe der Betriebe des Werkes IV bis auf einen an die DAW (Deutsche Ausrüstungswerke, -- d. Verf.) hatte zur Folge, daß im Zeitpunkt der Berichterstattung die Zwischenbilanzsumme eine Senkung auf weniger als 9 Millionen ausweist. Die Liquidation könnte bis auf wenige Restposten bis zum 31. 3. 44 durchgeführt sein, wenn der Geldeingang seitens der Behörden- und Dienststellenabnehmer der OSTI nicht so schleppend wäre. Da die vier Hauptabnehmer aus den Liquidationsverkäufen der OSTI Dienststellen und Einheiten sind, diese aber den Preis für die gekauften Gegenstände häufig erst in Berlin bewilligen lassen müssen, und für die bewilligten Beträge erst Devisengenehmigung einzuholen ist, ist es nicht selten, daß zwischen Rechnungsausgang und Zahlungseingang 4 - 6 Monate verstreichen. Unter diesen Umständen werden trotz aller Anstrengungen im Monat April mit der Liquidation der OSTI noch beschäftigt sein müssen:

1 SS-Führer
4 ~~SS~~-Unterführer
2 SS-Männer
1 Zivilangestellter (männlich)
1 Zivilangestellte (weiblich)
Ostindustrie G.m.b.H. i.L.
Unterschrift Dr. Horn



Nachfolgend sei aus der Vielzahl bislang verheimlichter Dokumente ein mit Belegnachweis: ***Berlin Document Center*** versehener Informationsaustausch zwischen SS-Obergruppenführer Pohl und RFSS Himmler vorgestellt, der nachweist, daß noch am 24.5.1944 dem Amtschef des WVHA, der für Versorgung und Arbeitseinsatz der KZ-Häftlinge zuständig war, nicht genehmigt war, Frauen, auch jüdische Frauen, für Männerarbeit einzusetzen. An diesem Tage frug er bei Heinrich Himmler an:

"Die ersten Judentransporte aus Ungarn lassen erkennen, daß etwa 50% der arbeitsfähigen Juden auf Frauen entfallen. Da wir für diese große Zahl Frauen reine Frauenarbeit in entsprechendem Umfange nicht haben, müssen wir diese bei Baumaßnahmen der OT (Organisation Todt, -- d. Verf.) *einsetzen. Ich bitte um Genehmigung. Die OT ist einverstanden."*



+SSSS 00204 24/5 0941 ... GEHEIME REICHSSACHE

AN REICHSFUEHRER-SS

BETR.: JUDENTRANSPORTE. ---

REICHSFUEHRER,

DIE ERSTEN JUDENTRANSPORTE AUS UNGARN LASSEN ERKENNEN,

DASS ETWA 50 PROZ. DER ARBEITSFAEHIGEN JUDEN AUF FRAUEN

ENTFALLEN. DA WIR FUER DIESE GROSSE ZAHL FRAUEN KEINE

FRAUENARBEIT IN ENTSPRECHENDEM UMFANGE NICHT HABEN,

MUESSEN WIR DIESE BEI BAUMASZNAHMEN DER OT EINSETZEN.

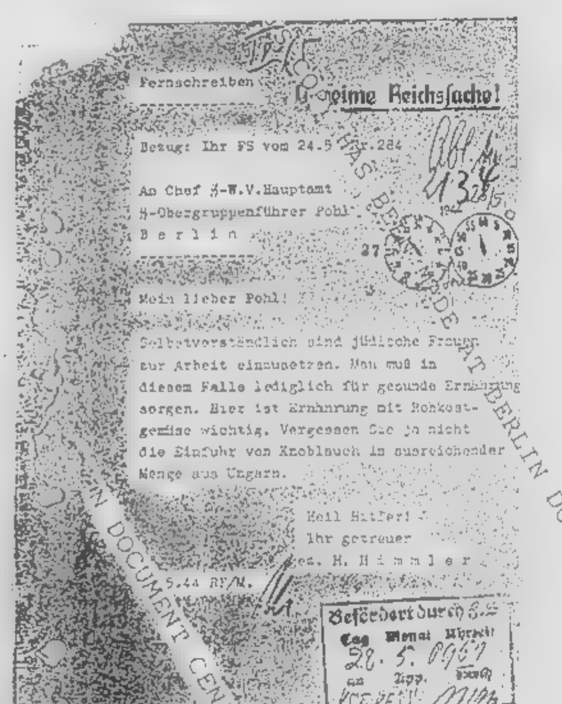
ICH BITTE UM GENEHMIGUNG, DIE OT IST EINVERSTANDEN. + +

HEIL HITLER DEZ. POHL +

Drei Tage später, am 27.5.1944 antwortete Himmler per Fernschreiben:

"Selbstverständlich sind jüdische Frauen zur Arbeit einzusetzen. Man muß in diesem Falle lediglich für gesunde Ernährung sorgen. Hier ist Ernährung mit Rohkostgemüse wichtig. Vergessen Sie ja nicht die Einfuhr von Knoblauch in ausreichender Menge aus Ungarn."

Liest man ein solches Dokument und vergegenwärtigt sich, wieviel ähnlich lautende Dokumente von den Siegern vernichtet oder zumindest der Weltöffentlichkeit entzogen worden sind, so wird deutlich, daß die damalige Wirklichkeit im deutschen Machtbereich anders war, als die amtlich betriebene Greuelpropaganda der alliierten Weltmächte sie darstellte und nach wie vor darstellt.



Fernschreiben Geheime Reichssache!

Bezug: Ihr FS vom 24.5. Nr. 284

An Chef SS-W.V.Hauptamt
SS-Obergruppenführer Pohl
Berlin

Mein lieber Pohl!

Selbstverständlich sind jüdische Frauen zur Arbeit einzusetzen. Man muß in diesem Falle lediglich für gesunde Ernährung sorgen. Hier ist Ernährung mit Rohkostgemüse wichtig. Vergessen Sie ja nicht die Einfuhr von Knoblauch in ausreichender Menge aus Ungarn.

Heil Hitler!
Ihr getreuer
gez. H. Himmler

5.44 RF/M.

Befördert durch
Tag Monat Uhrzeit
28. 5. 0957



1.9.1944

Noch am 1. September 1944 lebten in Deutschland 14.574 Juden außerhalb der Konzentrationslager. *Dies geht aus einer statistischen Erhebung der »Reichsvereinigung der Juden in Deutschland« hervor, die vom Reichssicherheitshauptamt monatlich verlangt wurde."*[48]



Time, September 1944, S. 17

Die Tiere

In Antwerpen umzingelten freudige Bürger zurückgebliebene Deutsche und Kollaborateure, stießen sie im Zoo in leere Käfige, -- Offiziere in den Löwenkäfig, belgische Faschisten in die Tigerställe, jammernde Frauen in die Wildkatzenboxen. Tags zuvor hatte ein Trupp aufgeregter 'Mäuse' -- graugekleidete Wehrmachtshelferinnen -- ihre Sachen auf einen LKW aufgeladen, der dann davonfuhr. Den LKW steuerten Mitglieder der belgischen Untergrund-'Weißen Brigade', die jedoch niemals ins Reich fuhren.

Exekution in Grenoble: Niemand konnte leugnen, daß sie ihrem Tod mutig ins Angesicht schauten.

48) Hans-Joachim Döring, "Die Zigeuner im nationalsozialistischen Staat, Hamburg 1964, Kriminalistik Verlag, Kriminologische Schriftenreihe aus der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft, Band 12, S. 170.



O.T.-Einheit
Polesky & Zöllner
Bautrupp 772

O.v., den 20. Oktober 1944
Feldpost-Nr. 27451 P.Z.
An Kz-Lager
z.Hd. Herrn Eberl
Einsatzort

Betr. **Arische Kapos**,

Wir haben festgestellt, daß die bei den jüdischen Kz-Häftlingen eingesetzten jüdischen Kapos die Sträflinge nicht in Zug halten und zur Arbeit antreiben, wie dies der Baufortschritt verlangt. Wir bitten Sie deshalb nach Möglichkeit auf der Baustelle nur arische Kapos abzustellen. [50]

(47)

Reichsvereinigung Kohle: Kohlenverkehr und Kohlenversorgungslage am 1. November 1944

Im Zuge der militärischen Entwicklung im Westen und Osten hat sich seit dem Monat September eine von Woche zu Woche zunehmende Verschlechterung der deutschen Verkehrsleistungen und damit der Kohlenversandmöglichkeiten im Reich ergeben, die zu einer bereits jetzt auf das äußerste bedrängten Versorgungslage geführt hat. Das Zusammentreffen dieser Krise mit den alljährlich um diese Zeit einsetzenden und in ihren Auswirkungen bis Mitte/Ende Januar wirksamen großen Erntetransporten hat die Lage wesentlich verschärft.

I.

Die nachfolgende Aufstellung der tatsächlichen Bahnversandergebnisse der Monate April bis Oktober 1944, der vergleichsweise die gleichen Daten für das Jahr 1943 gegenübergestellt sind, zeigt deutlich, wie gross die Einbrüche sind:

	1944	1943	Unterschied 1944 zu 1943
April	21.998.000	22.684.000	- 686.000
Mai	22.690.000	22.485.000	+ 205.000
Juni	22.519.000	22.621.000	- 102.000
Juli	21.409.000	23.150.000	- 1.741.000
August	20.630.000	22.774.000	- 2.144.000
September	17.015.000	22.415.000	- 5.400.000
Oktober (geschätzt)	13.856.000	21.215.000	- 7.359.000

Es zeigt sich, daß das Ergebnis des Monats Oktober hinter dem im laufenden Kohlenwirtschaftsjahr besten Ergebnis des Monats Mai um 8.8 Mill. tons zurückgeblieben ist.

Der Schwerpunkt der Schwierigkeiten liegt in der Natur der Verhältnisse entsprechend in den westdeutschen Steinkohlerevieren und in dem Rheinischen Braunkohlenrevier, wie sich aus folgenden Daten ergibt:

Lieferergebnis der	Mai 1944	Oktober 1944
Westdeutschen Steinkohle	7.894.000	1.807.000
Rheinischen Braunkohle	1.095.000	325.000
Oberschlesischen Steinkohle	7.344.000	5.346.000

Die Ergebnisse der Binnenschiffahrt sind leider infolge ungenügender Wasserstände und der zum Teil erheblichen und nachhaltigen Einwirkung des Krieges auf Rheinschiffahrt und Mittellandkanal nebst Bemannungsschwierigkeiten durch Einziehung der Binnenschiffer zur Wehrmacht in keiner Weise ein Ausgleich für die mangelnden Bahnleistungen gewesen.

Ergebnislage der Binnenschiffahrt

	1944	1943
April	2.072.290	3.292.551
Mai	3.111.505	2.701.271
Juni	3.059.245	3.006.820
Juli	3.131.188	3.200.941
August	2.919.359	2.658.950
September	2.282.848	2.086.688

Im Monat Oktober ist schätzungsweise nach der Sperrung des Mittellandkanals durch schwerwiegende Feindeinwirkungen der Versand vom Ruhrgebiet ostwärts um rund 550.000 tons gegenüber dem September zurückgeblieben. Nach der Zerstörung der Kölner Rheinbrücke ist rheinaufwärts bei einem Soll von 44.000 tons und zuletzt möglichen Verladungen von etwa 28 - 30.000 tons eine weitere Menge von insgesamt 420.000 tons für die Versorgung besonders Südwestdeutschlands und Süddeutschlands ausgefallen (am 15.10.).

II.

Die Auswirkungen der umfangreichen Versandstockungen haben sich bereits in einer ausserordentlichen Verschärfung der Versorgungslage bemerkbar gemacht.

Kennzeichend ist die stets als vorrangigste Lieferaufgabe behandelte Versorgung der Reichsbahn mit Dienstkohle.

Stand 10.9. = 1.839.750 tons = 19 Tage für Wintermonate bestimmter Vorrat. Stand 25.10. = 1.207.262 tons = 12,9 Tage. Rückgang 632.488 tons.

Die nicht unmittelbar im Revier gelegenenen westdeutschen Reichsbahndirektionen weisen stark unterdurchschnittliche Bestände von nur 5 - 7 Tagen auf, die bereits eine unmittelbare Betriebsbedrohung bedeuten. Bei der derzeitigen Versandlage verringern sich die Bestände der Bahn in 24 Stunden um etwa 30.000 tons.

Ähnlich kennzeichnend ist die Bestandsverringerung der gleichfalls vorrangig belieferten grossen Elektrizitätswerke.

Stand Anfang September	1.237.200 t	Wintervorrat
Stand am 21.10.	920.200 t	"
Bestandrückgang	**317.000 t**	"

Die Versorgung der Gaswerke entwickelt sich zu einem zunehmenden Engpass. Aus dem Südwesten und Mitteldeutschland sind für eine Reihe kleinerer Gaswerke Stillstandsmeldungen eingegangen. Für eine Vielzahl auch wichtigster Gaswerke liegen Notmeldungen vor, die einen Stillstand innerhalb der nächsten 10 Tage erwarten lassen. Entscheidend wirkt sich der Umstand aus, dass geeignete Kohlenarten nur aus dem Ruhrgebiet in ausreichendem Umfange geliefert werden können, infolge der Verkehrsstörungen jedoch den Werken in absehbarer Zeit nicht zuzuführen sind. Auch die regional bereits durchgeführten scharfen Einschränkungsmassnahmen, insbesondere in der Gasversorgung der Haushaltungen, haben die Entwicklung nicht aufhalten können.

Die allgemeine Industrieversorgung weist vornehmlich in den von der westdeutschen Steinkohle zu versorgenden Bezirken zunehmende Notstände auf. Die Massnahmen der regionalen Instanzen können durch innerbezirklichen Ausgleich und durch Abschaltungen weniger wichtiger Verbraucher die Aufrechterhaltung wichtigster Werke nicht gewährleisten. Sehr empfindlich wirkt sich das Ausbleiben der Kokszufuhren aus der Ruhr als dem bedeutendsten Koksproduktionsgebiet für die gesamte Industrie, insbesondere die Eisen schaffende, Eisen verarbeitende und Giessereiindustrie aus. Besondere Notstandsgebiete sind Hannover, Weimar, Frankfurt, Stuttgart und Hamburg. Die Vorräte der Industrie, die Anfang September im Durchschnitt noch 4 - 5 Wochen betragen haben, sind nach vorliegenden Meldungen z.Zt. auf 8 - 10 Tage gesunken und werden sich bis spätestens Mitte November erschöpft haben, wenn nicht eine entscheidende Besserung der Zufuhren ermög-

licht wird. Einige Einzelbeispiele:

Ilseder Hütte,Peine	8 Tage Bestand,
Norddeutsche Hütte, Bremen	9 Tage Bestand,
Reichswerke 'Hermann Göring', Vatenstedt	11 Tage Bestand,
Mitteldeutsche Stahlwerke, Riesa	10 Tage Bestand.

Wichtigste Werke der Pulver-Sprengstoff-Fertigung (Krümmel, Düneberg, Kibia-Walsrode) sind bereits unter die 10 Tage Vorratsgrenze abgesunken.

Zufuhren von Belang für diese Verbraucher sind nicht zu erwarten.

Die Hausbrandversorgung leidet zum Teil empfindlich an unzulänglichen Brikettzufuhren, so dass in den westdeutschen Bezirken die vorhandenen Bestände zur Sicherstellung lediglich der ernährungswirtschaftlichen Verbraucher (Bäckereien, Molkereien) beschlagnahmt werden mussten.

Die Belastung im Hausbrandsektor nimmt durch erhöhte Umquartierungen, Fliegerschäden und ihre Auswirkungen, Ausfall von Gasversorgung, laufend zu.

III.

Dieser Entwicklung ist angesichts des Umfangs der Rückschläge im Versand der Kohlenreviere mit Aushilfsmassnahmen nur sehr beschränkt zu begegnen. Es sind z.Zt. rund 1,4 Mill. tons zwischensyndikatliche Aushilfen angeordnet, die zum Teil infolge der genannten Verkehrsmöglichkeiten die Notgebiete nicht erreichen können. Ergänzend ist die Erfassung der vorhandenen Lagerbestände in den Umschlagplätzen einschliesslich der in den Küstenhäfen liegenden Reservemengen für Ausfuhrzwecke erfolgt. Auch diese verhältnismässig geringen Mengen sind infolge der Verkehrsschwierigkeiten nicht in ausreichendem Umfange einsatzfähig. Dasselbe gilt für die zum Teil erfassten Kohlenvorräte grösserer durch Feindeinwirkung ausgefallener Werke.

IV:

Bei gleichbleibender Transportlage blieb nach dem Ergebnis des Oktobers der Versand auch in den folgenden Monaten mit einem Ausfall von je 8 - 9 Mill. tons zu rechnen, was unter Berücksichtigung der bis 30.10. dargelegten Ausfälle bis zum Ende des Kohlenwirtschaftsjahres eine Minderlieferung von 55 Mill. tons bedeuten würde. Es muss bei dieser Sachlage ab Mitte November laufend mit erheblichen Stillegungen wichtigster Rüstungsindustrien gerechnet werden. Unter Einsatz der vorhandenen erheblichen Haldenbestände (ca 7 Mill. tons Steinkohle und Steinkohlenkoks, rund 1 Mill. tons Braunkohlenbriketts und Braunkohle) lässt sich die ausserordentlich bedrängte Versorgungslage trotz der derzeitigen Förderrückgänge der Steinkohle unter der Voraussetzung halten bzw. wieder herstellen, dass ein Einsatz der Luftwaffe den Verkehr in den Stand versetzt, vornehmlich die westdeutsche Steinkohle für den Verbrauch wieder zu aktivieren.[49]

Das siebte Kreuz



Kreuzigung – eine barbarische Todesstrafe, vollzogen an sechs KZ-Häftlingen, deren Flucht scheiterte. Ein weiterer Flüchtiger kommt durch; das siebte Kreuz bleibt leer

Das ***Hamburger Abendblatt*** serviert der Weltöffentlichkeit dieses Foto sowie den hier nachgedruckten Text am **6. November 1990** ohne sich zu schämen und ohne Furcht vor dem Staatsanwalt, der mit einer Strafanzeige wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener, Beleidigung oder Verstoß gegen das Pressegesetz, das zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung verpflichtet, in die Redaktion zur Hausdurchsuchung kommen und zur Beschlagnahme aller möglichen Gegenstände und "Tatwaffen" (Druckstöcke, noch vorhandene Druckwerke, Schreibmaschinen, Computer usw.) schreiten könnte. Nein, keine Sorge, er kommt nicht! Solche verlogene Dauerhetze geht täglich in der Bundesrepublik, aber auch im Ausland über die Bühne!

Nur beiläufig -- im Kleingedruckten -- erfährt der Leser, daß es sich bei diesem Foto um die Spielfilmszene eines "Romans" handelt. Doch wenn er sich darüber womöglich gerade Gedanken zu machen beginnt und das falsche Hakenkreuz auf dem falschen Arm als seitenverkehrten Abdruck der ***Hamburger Abendblatt***redaktion anlasten mag, ist er sicherlich wieder gerührt, wenn er liest, daß *"die internationale Kritik"* diesen Film als *"ein Meisterwerk"* einge-

49) US-Mikrofilm T 175 Roll 18.

stuft hat, und daß sich Kritik nicht an den Szenen als solchen entzündet hat, sondern lediglich daran, daß man einen schwarz-weiß Film mittels Computer farbig aufgearbeitet hat.

48

Waffen-SS Berlin, den 13.12.1944
SS-T Wachbtl. Sachsenhausen
Berlin-Lichterfelde-Süd

Aus gegebener Veranlassung wird nochmals darauf hingewiesen, daß die gemäß Tagesbefehl Nr. 5/44 dem SS-T Wachbtl. Sh. vom 10.10.44 bezeichneten Kommunisten dem Unterzeichneten aufsichtsmäßig unterstellt sind. ... Sämtliche Vorkommnisse, ganz gleich welcher Art, sind umgehend nach hier zu melden. ...

Gleichzeitig wird der Befehl, wonach es jedem SS-Angehörigen verboten ist, Häftlinge zu irgendeiner privaten Dienstleistung (Stubendienst, Stiefelputzen, Uniformreinigen usw.) heranzuziehen, in Erinnerung gebracht. Ich werde jeden, der gegen diesen Befehl handelt, bestrafen bzw. zur Bestrafung melden. ...

SS-Obersturmführer und Kompaniechef.[50]



SS- u. Polizeigericht III
Neustrelitz
Postabholfach

Der Inspektionsrichter Mitte
Tgb.Nr. 13/45 geh.

28.2.45

An den SS-Richter beim
Reichsführer-SS und
Chef der Deutschen Polizei
SS-Oberführer Bender
Berlin W
Kaiserallee 35

Persönlich
Geheim!

Oberführer!

Es war mir heute leider nicht möglich, Sie fernmündlich zu erreichen, deshalb will ich vorsorglich an Sie schreiben. Ich tue dies, weil zur Zeit und auch in näherer Zukunft Personalanforderungen für Standgerichte und schnell zu bildende Frontgerichte unmittelbar an Sie herangetragen werden. Es liegt nahe, in solchen dringenden Fällen Kräfte aus dem Personalbestand der nächst gelegenen Dienststellen zu entnehmen. Demzufolge wurde auch gestern Ihrer fernschriftlichen Anordnung entsprechend ein Richter, ein Beurkundungsführer und ein Schreiber zum Brükkenkopf Schwedt in Marsch gesetzt. Ich bitte Sie sehr, mich und den Chef des Berliner Gerichts, SS-Obersturmbannführer Hofer, bei der Anforderung von Ersatzkräften nachdrücklichst zu unterstützen.

Das Berliner Gericht ist nämlich im Verlauf der letzten 6 Wochen durch Versetzungen, Fronthilfe und Abstellung von Standgerichten völlig zusammengeschrumpft. Während das Gericht noch im Dezember 1944 neben dem Chefrichter 8 SS-Richter hatte, während vom Hauptamt SS-Gericht die Zuteilung weiterer Richter anerkannt und in Aussicht gestellt war, sind heute außer dem Chefrichter nur noch 3 SS-Richter im Führerrang vorhanden.

Nach den letzten Personalbefehlen sind zwar mehrfach Richter zum Berliner Gericht versetzt worden. Eingetroffen sind hiervon nur zwei, von denen einer nach knapp 3 Wochen, der zweite sogar am Tage nach seinem Eintreffen im Wege der Fronthilfe wieder abgegeben werden mußte. Andere haben Berlin nie erreicht und sind inzwischen anderweitig versetzt worden.

Angesichts dieser Entwicklung besteht wenig Hoffnung, daß das Hauptamt SS-Gericht einen tauglichen Ersatz stellen kann. Zur Zeit sind hier noch 6 richterliche Sachbearbeiter, von denen jedoch nur 2 gut und einer durchschnittlich ist.

Die übrigen 3 sind hoffnungslose Fehlerscheinungen.

Mit dem geschilderten Richterbestand muß das Gericht einen im Monat Januar und Februar 1945 enorm angestiegenen Arbeitsanfall bewältigen. Zu rund 1.100 laufenden Verfahren sind seit dem 1.1.1945 im Monat Januar 460 neue Strafsachen gekommen. Der Monat Februar steht diesem Zuwachs nicht nach. Demgegenüber betrug der Neueingang des Jahres 1944 im Monatsdurchschnitt 276 Strafsachen.

So selbstverständlich das Gericht sich den außergewöhnlichen Verhältnissen anpassen muß, so sehr bewegt uns die Sorge, wie auch nur die allerwichtigsten und vordringlichsten Verfahren eine ordnungsgemäße Erledigung finden sollen, nachdem neuerdings auch im Wehrkreis III Standgerichte bereitgestellt werden müssen und wir schließlich für SS-Obergruppenführer Oberg insoweit auch den Bereich Neustrelitz versorgen.

Gewiß ist heute manches wichtiger als die Erledigung des einen oder anderen Verfahrens. Ich halte es aber für töricht, wenn sogar in Kreisen der Gerichtsbarkeit die Meinung laut wird, alles was wir heute machten, sei unwichtig, man solle alle Verfahren aussetzen usw. Wie bitter nötig eine, wenn auch in vielem improvisiert und vereinfacht arbeitende, so aber doch schlagkräftige Gerichtsbarkeit ist, beweist nicht nur die bedauerliche Notwendigkeit der mehrfachen Einsetzung von Standgerichten, sondern auch die erhebliche Zunahme an Tatberichten über Verfehlungen, die nicht ohne weiteres vor das Standgericht gehören.

Ich persönlich springe jetzt wieder mit Hauptverhandlungen beim Gericht III ein und mache auch trotz der Neuregelung sämtliche Gutachten für dieses Gericht, weil die wenigen Richter, die noch da sind, nicht auch noch Gutachten machen können. Angesichts der hiesigen Personallage muß ich die Beaufsichtigung meiner anderen Inspektionsgerichte, die zum Teil erheblich in Schwung gebracht werden mußten, wohl oder übel zurückstellen. Ich darf Sie, Oberführer, daher nochmals bitten, so oft Sie dazu Gelegenheit haben, auf eine der Lage entsprechende Ersatzgestellung hinzuwirken. ... [51]

---

50) US-Mikrofilm, National-Archiv Washington T 580, Roll 321

51) Mikrofilm National Archiv Washington T 580, Roll 214 -- In einem Bericht an den Reichsführer-SS vom 14.12.1943 betrug am 1.12.1943 die personelle Gesamtstärke des Hauptamtes SS-Gericht = 523 SS-Angehörige, davon 34 aktive Richter und 170 Richter der Reserve. -- Auf demselben Film.

50 Angesichts von 5 - 7 Millionen Wiedergutmachungsanträgen ist die Frage nach der Zahl der Überlebenden mehr als nur legitim

Der Bundesminister der Finanzen — 5300 Bonn 1, 18. September 1985

VI A 4 - O 1478 - L 4/85

(Geschäftszeichen bei Antwort bitte angeben)

Graurheindorfer Straße 108
Telefon: (0228) 887 - 3 16
oder über Vermittlung 887-1
Fax.: (0228) 887-555 Tx.: 886645
Ttx.: 228354 = bmf, von Tx.: (17) 228354 = bmf
Telegrammanschrift: bmf

Der Bundesminister der Finanzen, Postfach 1308, 5300 Bonn 1

Herrn
Werner Laska
Annastraße 8

5378 Hüngersdorf

Betr.: Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts;
hier: Leistungen an Israel

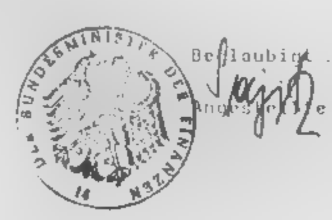
Bezug: Ihr Schreiben vom 4. September 1985

Anlg.: - 1 -

Sehr geehrter Herr Laska,

auf Ihr Schreibdn vom 4. September 1985 darf ich Ihnen zur Ergänzung einen Abdruck der Wiedergutmachungs-Übersicht nach dem Stande vom 1. Januar 1985 übersenden. Darin finden Sie auf Seite 2 (rot kenntlich gemacht) auch Hinweise auf die Zahl der bis zum 1. Januar 1985 gestellten Anträge. Allein nach dem Bundesentschädigungsgesetz und dem Bundesrückerstattungsgesetz sind es zusammen weit über [illegible] Millionen. Hinzuzurechnen sind außerdem alle Anträge, die im Rahmen sonstiger Wiedergutmachungsregelungen - beispielsweise nach den Entschädigungsgesetzen der einzelnen Bundesländer - gestellt worden sind; insgesamt wird man wohl von mindestens 6 bis 7 Millionen Anträgen ausgehen können.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Oldenburg



Beglaubigt
Angestellte

51

5. Februar 1945

An Verteiler

Die Waffen-SS, SS-Sturmbannführer .... teilt mit, daß es verboten ist, jüdische Häftlinge für den Telefondienst innerhalb der Lager einzusetzen. Bei Anruf des Sturmbannführers in verschiedenen Lagern meldeten sich weibliche jüdische Kz-Häftlinge.

Es wird daher noch einmal auf das Rundschreiben des Kz-Lagers Dachau Arbeitslager M.I. vom 22. November 1944 hingewiesen, in dem festgelegt ist:

1.) Räume, in denen sich Telefonanschlüsse befinden, dürfen von Häftlingen niemals unbeaufsichtigt betreten werden.

2.) Räume, in denen sich Radioapparate und sonstige Sende- bezw. Empfängergeräte befinden, dürfen von den Häftlingen niemals betreten werden. Es ist verboten, den Häftlingen Gelegenheit zu geben, die Nachrichten abzuhören.

Diese Anordnungen sind strengstens durchzuführen. Sollten wieder Klagen über das Nichtbefolgen dieser Anordnungen vorgebracht werden, werde ich die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Der Oberbauleiter gez. Hofmann.[50]



"KZ'ler" und "Politisch Verfolgte" Nicht ein und dasselbe

M. Wie das Staatskommissariat für politisch Verfolgte mitteilt, werden kriminelle oder asoziale ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager von den bayerischen Betreuungsstellen weder anerkannt noch versorgt. Der Ausdruck »KZ'ler« ist nicht gleichbedeutend mit dem Begriff »Politisch Verfolgter«, da ja nur ein Teil der Konzentrationslagerhäftlinge aus politischen Gründen eingeliefert worden war. Vom Staatskommissar für politisch Verfolgte werden nur jene Personen anerkannt, die »bewußt aus politisch, religiösen oder weltanschaulichen Gründen dem Naziregime durch Wort oder Tat Widerstand leisteten und auf Grund dieser Handlungen durch die Naziregierung und ihre Einrichtungen verfolgt und inhaftiert waren«.[52]

Wir mußten tatsächlich bis in das Jahr 1946 zurückgreifen, um in Nachkriegspublikationen eine solche Feststellung anzutreffen.

52) ***Passauer Neue Presse*** vom 20. August 1946.



Ralph W. McInnis in der US-Zeitung
Common Sense (New Jersey):

"Die fabrizierte Meinungsmache durch gelenkte Nachrichten stellt kein neues Phänomen dar. Schon mit Beginn des Ersten Weltkrieges wurde ein Antigermanismus mit dem Märchen von den abgehackten Kinderhänden hochgespielt. ... Staatsmänner und Zivilpersonen aus den USA untersuchten nach Beendigung des Ersten Weltkrieges die angeblich in Belgien verübten Greueltaten der Deutschen und mußten erkennen, daß es nirgends Kinder mit fehlenden Händen gab.. ...

Nach dem Zweiten Weltkrieg diente ich als Regierungsbeamter im Offiziersrang in der Bildungs- und Kulturabteilung des Entnazifizierungsprogrammes in Deutschland.

Unsere Büros waren im alten Justizpalast in Nürnberg untergebracht, wo auch der Nürnberger Prozeß vorbereitet wurde. Ich war anfangs entsetzt, was ich täglich an Greuelmeldungen erfuhr. Als ich nachher mit hunderten gut informierter Personen aus Skandinavien, Frankreich, Österreich, Ungarn und anderen Ländern verkehrte, und deren Berichte überprüfen konnte, begann ich zu merken, daß die sogenannten Ungeheuerlichkeiten ebenfalls nach alten Rezepten gemanagt waren. Man bedurfte ihrer gegen die ohnehin schon besiegten und wehrlosen Deutschen. So mußte ich zu der Überzeugung und dem Wissen gelangen, daß ich sowie Millionen von Amerikanern selbst Opfer von »managed news« wurde.

Es gab einfach nichts, was nicht in die eingespielte Technik der großen Lüge aufgenommen wurde und stets mit einer so großen Lautstärke, daß Millionen Menschen daran glaubten. Die Platte vom bösen (deutschen) Wolf wurde mittlerweile schon so überspielt, daß nur noch primitive Menschen darauf hereinfallen. Laßt uns doch vernünftig benehmen, und werfen wir doch endlich diese unentwegten Greuelgeschichten auf den Dunghaufen. ...

Die Amerikaner begehen ein Verbrechen und einen nicht wieder gutzumachenden Fehler, wenn wir die Hetze gegen Deutschland mitmachen. Wir haben die Pflicht, den Deutschen zu helfen, ihre nationale Unabhängigkeit und Freiheit wiederzugewinnen. ..."[53]

Es empfiehlt sich, diesen Ausführungen die Anmerkungen von John Colville, dem Leiter des persönlichen Büros Winston Churchills im Zweiten Weltkrieg, anzuschließen, der zwar fälschlicher- und parteiischerweise von einer deutschen Kriegsschuld ausgeht, aber zusätzlich zu seiner positiven Bewertung des deutschen Soldaten -- unabhängig von Wehrmacht oder Waffen-SS oder SD -- zu bedenken gibt, daß Deutschlands Gegner durch unendlich viele Geheimverbindungen über nahezu alles unverzüglich unterrichtet wurden, was sich im deutschen Hinterland ereignete. Doch dieses hätte zweifellos zur Folge haben müssen, daß Verbrechen deutscher Einheiten von den Sowjets hätten sofort konkret benannt und in der internationalen Öffentlichkeit angeprangert werden müssen, was jedoch während der Kriegszeit nicht geschehen ist. John Colville erklärte:

> *"..., so muß man dem Mut und der Standhaftigkeit der deutschen Soldaten allen Respekt zollen. Zunächst für eine ungerechte Sache angetreten, kämpften sie nun verbissen um das Überleben ihres Landes -- gegen die Übermacht des gesamten britischen Weltreiches, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, unterlegen in der Luft und allein schon dadurch im Nachteil, daß wir durch unsere Dechiffreure in Bletchley von allen ihren beabsichtigten Operationen im voraus Bescheid wußten. Ihre Stärke betrug höchstens ein Siebtel derer, die sich gegen sie verbündet hatten und denen die nie versiegende Nachschubquelle der Vereinigten Staaten zur Verfügung stand. Es bedeutet keine Verunglimpfung der britischen, amerikanischen und russischen Truppen, die im Zweiten Weltkrieg -- genauso wie im Ersten -- kämpften, wenn man feststellt, daß die deutschen Soldaten die besten der Welt waren."*[54]

Da uns hier nur wenig Platz zur Verfügung steht, die enge Verzahnung von Wehrmacht, Waffen-SS und SD offenkundig ist, Propaganda und haltlose Anklagen sich gegen alle gemeinsam richteten, mag hier noch ein kurzer Ausschnitt aus dem Plädoyer von Dr. Laternser am 21.8.1946 in Nürnberg einen Eindruck von der wirklichen Lage, sowohl im Frontbereich als auch im Prozeßarrangement vermitteln:

"Im Anklagevortrag vom 15. Februar 1946 (Bd. VII, S. 553) *wird von Repressalien in Kiew im Jahre 1941 gesprochen. Ich verweise auf das Affidavit des Generals von Obstfelder, Nr. 1615.*

Nach 1616 -- ein Affidavit des gleichen Generals von Obstfelder -- hat die deutsche Truppe weitestgehend einer Irrenanstalt geholfen, die ein schauerliches Bild der Verwahrlosung bot, da die Insassen sich selbst überlassen geblieben waren. Zur angeblichen Ermordung von 33.000 Juden in Kiew verweise ich auf das Affidavit 1665 des Generals Heim. Ihm ist kein Befehl darüber bekannt.

In Kiew sollen im Herbst 1943 195.000 Menschen durch Massenhinrichtungen und durch Gaswagen getötet worden sein. Ich beziehe mich gegenbeweislich auf die Affidavits 1116a, 1116b und 1116c, aus denen sich ergibt, daß die Wehrmacht niemals Gaswagen besessen hat."[55]

---

53) ***Europa Korrespondenz***, Wien 1965/III. -- Dr- Franz J. Scheidl, "Geschichte der Verfemung Deutschlands" Band 2, "Lügenhetze im Zweiten Weltkrieg", Wien o.J (1960?), S. 28 - 30.

54) John Colville, "Downingstreet Tagebücher 1939 - 1945", Berlin 1988, S. 357.

55) IMT-Bd. XXI, S. 444. -- Die gesuchten Affidavits 1115, 1116 a, 1116 b + 1116 c sind bezeichnenderweise nicht im Bestand des Nürnberger Staatsarchivs. Eine von dort empfohlene Anfrage beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag blieb ohne Antwort. -- Auf den Fall Babi Yar bei Kiew kommen wir in der *HT*-Nr.52 zurück. Beweise für ein dortiges deutsches Massenverbrechen gibt es jedenfalls nicht.



"Die Zahl der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung"

Exposé vorgelegt anläßlich der internationalen Konferenz des Comité International des Camps vom 22. April bis 25. April 1977 in Wien vom **International Tracing Service — Internationaler Suchdienst** D 3548 Arolsen:

"Auf Grund der Tatsache, daß dem Internationalen Suchdienst die größte und doch sehr unvollständige Sammlung von Akten über die Zahl der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung zur Verfügung steht, ... (S. 1)

Über die Gesamttodesfälle in allen Konzentrationslagern können keine konkreten Angaben gemacht werden, da nicht von sämtlichen Konzentrationslagern vollständige Totenbücher oder Sterbebücher der lagereigenen Standesämter erhalten geblieben sind. Sterbefälle sind jedoch nicht nur in den Todesbüchern bzw. Sterbebüchern eingetragen worden, sondern auch auf Einzel- oder Listentodesmeldungen von Kommandos oder Revierblöcken bzw. Häftlings-Krankenbau-Blöcken.... (S. 2)

Einzelunterlagen besitzt der ITS nahezu vollständig für die ehemaligen Häftlinge der Konzentrationslager Buchenwald und Dachau, in etwas geringerem Umfang für die der KL Flossenbürg, Mauthausen und Mittelbau /Dora, während diese für die Häftlinge der anderen KL, besonders der KL Auschwitz, Groß Rosen, Sachsenhausen, Neuengamme, Lublin und Krakau-Plaszow nur bruchstückhaft erhalten geblieben sind, ganz fehlen oder dem ITS nicht abgegeben worden sind.... (S. 2)

Trotz der erwähnten Unvollständigkeit der Unterlagen konnten vom Sonderstandesamt Arolsen, das am 1.9.1949 gegründet wurde, bis zum 31.12.1976 folgende Todesfälle beurkundet werden, die selbstverständlich nur einen Teil der tatsächlich Verstorbenen darstellen. Es handelt sich um jüdische und nichtjüdische Häftlinge.

Konzentrationslager Auschwitz:

Zahl der beurkundeten Todesfälle: 50.923 — Die hier vorhandenen Unterlagen sind sehr unvollständig für einzelne Zeiträume vorhanden, die Gesamtzahl der Toten ist daher völlig unbekannt. Die in den Gaskammern unmittelbar nach der Einlieferung Getöteten wurden nicht registriert.... (S. 2)

Einen Anhaltspunkt über die Sterblichkeit in sämtlichen Konzentrationslagern gibt ein Befehl des SS-WVHA vom 28.12.1942 betreffend »Ärztliche Tätigkeit in den Konz.-Lagern« (14 h (KL) 12.42 Lg/Wy), worin folgendes ausgeführt ist: ... (Vgl. S. 13)

Die Ursachen für das Fehlen genauer Angaben über die Zahl der deportierten Juden dürften folgende sein:

1. Die »Vernichtung der Juden« erfolgte unter größtmöglicher Geheimhaltung. Deshalb wurden von den damaligen Verantwortlichen keine Listen über diese Todesfälle geführt.

2. Nach den Informationen, die dem ITS zugegangen sind, gibt es z.B. für Polen keine gesicherten Feststellungen über die Zahl der dort lebenden Juden für die Zeit von 1939 bis Kriegsende. Dazu kommt, daß die Auslegung des Begriffs »Jude« von den Nationalsozialisten anders erfolgte als bei den Volkszählungen. Ein Jude, der zum christlichen Glauben übergetreten war, galt nach den deutschen »Rassegesetzen« weiter als Jude.

3. Die Vernichtung der Juden fand überwiegend statt

a) in Vernichtungslagern

Nur zum Teil ist bekannt, wie viele Personen zu bestimmten Lagern aus bestimmten Ländern deportiert worden sind. Hier kann als Beispiel Sobibor dienen. Die Zahl der dorthin aus den Niederlanden Deportierten ist genau bekannt, auch die Namen der wenigen Überlebenden. Die um ein Vielfaches höhere Zahl der aus dem Generalgouvernement dorthin Verbrachten beruht nur auf Schätzungen.

b) durch die Einsatzkommandos

Hier sind nur wenige offizielle Dokumente sowie Aussagen der Verantwortlichen in den Nachkriegsprozessen vorhanden. Eine auch nur einigermaßen gesicherte Zahl der Opfer ist auch hier nicht zu ermitteln.... (S. 6)

Gesamtzahlen:

Man kann sich nur an die Zeugenaussagen der SS-Offiziere halten, die im Dienst des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) standen, um eine ungefähre Gesamtzahl aller Opfer der Verfolgung zu erfahren. Vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg haben SS-Sturmbannführer Dr. Wilhelm Höttl und Hauptsturmführer Dieter Wisliceny gesagt, daß 6 Millionen Juden vernichtet worden seien. Sie beriefen sich auf Erklärungen von SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann ... (S. 10)

Bezüglich der Personen, die in den vier nachstehenden Vernichtungslagern in den Tod geschickt wurden, hat die Hauptkommission zur Erforschung der Hitlerischen Verbrechen in Polen, Warschau folgende Zahlen ermittelt:

Belzec	*600.000*
Sobibor	*250.000*
Treblinka	*700.000 **
Chelmno	*300.000*

** Der Gutachter im zweiten Düsseldorfer Treblinka-Prozeß (1969/1970) kam auf Grund neuester Forschungsergebnisse zu einer Zahl von 900.000 Opfer (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte — Sonderdruck aus Heft 2/1976 »Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern« von Ino Arndt/Wolfgang Scheffler) ...*

Bedauerlicherweise ist es also mangels entsprechender Dokumente nicht möglich, die Zahl der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung festzustellen. Leider kennt man auch nicht die Zahl der Personen, die die Verfolgung überlebt haben, weil nach Kriegsende keine zentrale Registrierung vorgenommen wurde.

*Arolsen, den 12. April 1977 A. de Cocatrix, Direktor des **ITS***

Dieser Bericht enthüllt:

1.)

Zentral erfaßte Zahlen sind — wenn auch unvollständig — vorhanden.

2.)

Die Berichterstattung des ITS ist nicht wertneutral, wie es sich gehören würde, sondern parteilich, ja tendenziös. Bloße Behauptungen der Holocaust-Chronisten, für die es keinerlei Beweise gibt, offeriert er als Tatsachen und legt sie als solche seinen Ermittlungen von vornherein zugrunde.

Beispiele:

»a«

Bereits der Titel verweist nur auf Opfer der einen Seite der Fronten, der Alliierten — und bezeichnet sie als *"Opfer der Verfolgung"*, nicht etwa Opfer des Krieges.

»b«

"Die in den Gaskammern unmittelbar nach derEinlieferung Getöteten wurden nicht registriert." (S. 23)

Der ITS hat weder einen Beweis für die Existenz von Gaskammern noch für die Behauptung der Nicht-Registrierung von angeblichen Vergasungsopfern angeführt!. Der ITS war gerade bei diesen Behauptungen zu besonderer Zurückhaltung oder aber Nachweisen verpflichtet, zumal er selbst zugeben mußte, daß **alles in diesen Zusammenhängen bis hin zu den Transporten und Überlebenden** (siehe Eingeständnis am Ende des Berichtes) **auf unüberprüfbaren Annahmen, Schätzungen und bloßen Aussagen zweifelhafter Interessenten beruht.**

In der Begründung zum Auschwitz-Prozeßurteil vom 20.8.1965 (AZ 50/4 Ks 2/63) ist festgestellt -- obgleich es dafür auch keine Beweise gibt! --, daß auch die angeblichen Vergasungsopfer sehr wohl registriert worden sein sollen.

»c«

Für eine neutral sein-sollende Behörde ist es geradezu grotesk, wenn sie als "wissenschaftliche Beweisquelle" das Sachgutachten von Wolfgang Scheffler und dessen Bericht über "Organisierten Massenmord" anführt. Scheffler stützte sich zum großen Teil -- Funde sind nicht vorhanden -- auf nicht überprüfte "Schätzungen" und "Dokumente", die er größtenteils nur als Fotokopien von nicht beglaubigten "Abschriften vom alliierten Original" kennt und die er weder im Hinblick auf Herkunft noch Inhalt, noch Archivort überprüft hat.[56)]

»d«

Gleichermaßen unseriös ist der Hinweis auf die kommunistisch-polnische "Hauptkommission zur Erforschung der Hitlerischen Verbrechen in Polen" aus Warschau, die dem ITS als unlautere kommunistische Propagandabehörde längst einschlägig bekannt gewesen sein mußte.

Die vorbehaltlose Abstützung von historischen Tatsachen allein auf bloße B e h a u p t u n g e n dieser polnisch-kommunistischen Propagandakommission, ist schon ein Skandal in sich.

»e«

Da der ITS selbst zugeben muß, daß er in bezug auf die "Judenvernichtung" nur auf Aussagen ehemaliger SS-Offiziere in Gefangenschaft angewiesen ist, ihm nicht einmal Funde zur Verfügung stehen, er solche offensichtlich auch nicht für notwendig erachtete, hätte er bei sachlicher Sezierung historischen Geschehens weder pauschal *"Vernichtung der Juden"* noch *"Vernichtungslager"*, noch *"Gaskammern"*, noch *"6 Millionen"* behaupten dürfen.

3.

Der Bericht widerspricht sich etliche Male selbst:

Beispiele:

a) Über die Gesamttodesfälle können keine konkreten Angaben gemacht werden, -- dennoch wird ohne Vorbehalt auf 6 Millionen auf Grund einer zweifelhaften Hörensagen-Aussage verwiesen;

b) ein Befehl des RFSS Himmlers wird als authentisch bestätigt, *"die Sterblichkeitsziffern mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln herabzusetzen"*, -- gleichzeitig aber wird wie selbstverständlich von *"Gaskammern"* und *"Vernichtungslagern"* gesprochen, ohne den geringsten Beweis dafür vorzulegen;

c) die Namen der wenigen Überlebenden von Sobibor seien bekannt, -- während an anderer Stelle zugegeben wird, daß die Zahl der Überlebenden unbekannt sei, *"weil nach Kriegsende keine zentrale Registrierung vorgenommen wurde"*.

Daß der International tracing service -- Internationale Suchdienst- - nicht einer neutralen Aufgabenstellung verpflichtet ist, sondern die 10 Mitgliedstaaten des Internationalen Ausschusses für den Internationalen Suchdienst (IA/ISD) *"die Fortführung der Arbeiten im Sinne der ehemaligen Verfolgten garantieren"* und ihm Dokumente von 13,5 Millionen ehemaligen Verfolgten (*"43 Millionen Karten = Mehrfachinformationen"*) zur Verfügung stehen, -- dies gibt eine weitere Broschüre des ITS (ohne Jahresangabe) bekannt. An dieser einseitigen Aufgabenstellung ändert nichts, daß in einem Notenwechsel zwischen den einzelnen Regierungen vereinbart worden war,

"daß. dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz in Genf mit seinem humanitären, neutralen und unparteiischen Charakter die Verantwortung für die Leitung und Verwaltung übergeben wurde."

56) Vgl. ***Historische Tatsachen*** Nr. 2, S. 30 ff; Scheffler hat zu diesen Darlegungen aus dem Jahre 1976 bis heute noch nicht Stellung genommen.

UNITED NATIONS

HIGH COMMISSIONER
FOR REFUGEES

*Branch Office for the
Federal Republic of Germany*



NATIONS UNIES

HAUT COMMISSARIAT
POUR LES RÉFUGIÉS

*Délégation pour ■
République Fédérale d'Allemagne*

DER HOHE
FLÜCHTLINGSKOMMISSAR
DER VEREINTEN NATIONEN

*Amt des Vertreters in der
Bundesrepublik Deutschland*

Telegrams:
HICOMREF, BONN 2
Telephone 02221 - 364011

Our ref.: 667/GEN

Your ref.:

~~Bad Godesberg
Rheinallee 18
D 5300 Bonn 2~~

Indemnification Unit
Koblenzer Straße 85
5300 Bonn 2

Herrn
W.W. Laska
Annastr. 8

5378 Hungersdorf

20. Januar 1986

Sehr geehrter Herr Laska,

Ihr Schreiben vom 5. Dezember 1985 an unsere Zentrale in Genf wurde uns zur Beantwortung zugeleitet.

Leider können wir Ihnen nur mitteilen, daß unserem Amt keine genaueren Zahlen über die Gesamtzahl der während des zweiten Weltkrieges verfolgten Juden vorliegen. Wir können Ihnen daher nur empfehlen, sich direkt an den von Ihnen bereits erwähnten World Jewish Congress zu wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. E. Jahn
Chief, Indemnification Unit

55

Rechtsanwalt PELCKMANN als Verteidiger der SS vor dem Militärtribunal in Nürnberg:

Ist es nicht auffallend – und ich möchte dabei einen Anklagepunkt sogleich bei dieser Erörterung von Verfahrens- und Beweisfragen erledigen –, daß über die unmenschliche Kriegführung der SS, zum Beispiel auch durch Erschießung von Gefangenen, insgesamt erst zwei Urteile vorliegen, nämlich gegen den SS-General Kurt Meyer von der Normandiefront und SS-General Sepp Dietrich und 73 Offiziere und Soldaten seiner Armee. Das, meine Herren Richter, ist das Ergebnis eifrigster und im Interesse der Anklagebehauptungen verständlicher Bemühungen der Prosekution aller Alliierten seit mehr als einem Jahr. Muß man nicht daraus schließen, daß es den Anklagebehörden der Alliierten trotz so langer Zeit nicht möglich war, mehr Verbrechen durch Urteil festzustellen?

Das Todesurteil gegen Meyer, das ich kenne, ist im Gnadenwege umgewandelt worden. Das Verfahren gegen Sepp Dietrich und seine Leute, dessen Protokolle ich nicht erhalten konnte, endete zwar mit 43 Todesurteilen, aber es fällt auf, daß die obersten Führer diese Strafe nicht erhielten. Das zwingt zu dem Schluß, daß solche verbrecherischen Befehle von ihnen nicht vorlagen, also auch kein verbrecherisches System, und es werden von der Verteidigung beachtliche Einwendungen gegen die Untersuchungs- und Beweismethoden vorgebracht.

Beachten Sie aber bitte ferner, meine Herren Richter: Diese Vorgänge liegen im letzten halben Jahr, im erbittertsten Teil des Krieges und betreffen nur ganz wenige der Waffen-SS-Mitglieder.

Denken Sie auch bitte im gleichen Augenblick an die umfassenden Gegenbeweise durch Zeugen und Affidavits, die die Verteidigung gerade auch zu diesem Punkte der Anklage herbeigeschafft hat: Erziehung und Durchführung fairer Kampfführung und Übergriffe der Gegenseite, die lediglich beweisen sollten, daß man aus solchen gelegentlichen Ausschreitungen im Kampf nicht auf ein verbrecherisches System schließen kann.

Lassen Sie mich bitte in diesem Zusammenhang noch eine Beweisregel entwickeln, die meines Erachtens der Beweiswürdigung in diesem Verfahren zugrunde gelegt werden muß: Wo auch nur Zweifel aufkommen können, ob die einzelnen Belastungsbehauptungen durch die Beweismittel bewiesen sind, deren Schwäche ich soeben dargestellt habe, insbesondere aber auch, wo Zweifel auftauchen, ob etwa bewiesene Einzelverbrechen als typisch bezeichnet und deshalb damit die ganze Organisation, das heißt also alle Mitglieder als verbrecherisch belastet werden können, wo also insbesondere etwa ein Gegenbeweis oder Indiz gegen 10 oder 100 Beweise oder Indizien der Anklage erbracht wird — da kann das Gericht nach meiner Überzeugung keine Feststellungen treffen, die für eine Verurteilung im Sinne der Anklage reichen. Das ist die logische faire Folgerung aus der Eigenart dieses Verfahrens. Die Anklage hat aus dem riesigen Beweismaterial, das ihr zur Verfügung steht, einige belastende Tatsachen herausgesucht und vorgetragen und dann die Behauptung aufgestellt, das seien typische Fälle, so sei es überall gewesen, dieses Handeln sei typisch für die SS und so weiter. Wie schon oben dargelegt, ist es allein Aufgabe der Verteidigung, die Entlastung zu bringen. Und hier beginnen die Schwierigkeiten der Verteidigung der Organisationen und auch der SS. Die Organisationen sind aufgelöst, sie bestehen nicht mehr. Zur Zeit unserer Beweiserhebung waren die meisten und noch immer sind viele ihrer Mitglieder und alle ihrer Führer in Haft.

Das gesamte Schriftmaterial, alle Akten mit Personalien, Schriftwechsel, Verfügungen und Befehlen sind von den Besatzungsbehörden sichergestellt. Gewiß, wir haben einen großen Teil der Inhaftierten sprechen können, aber die Informationen konnten nach so vielen Jahren und bei ins einzelne gehenden Fragen nur unvollkommen sein und erfolgen auch nur nach dem Stand des Prozesses etwa im April/Mai. Nicht immer konnten die zuständigen Leute erreicht werden. Dabei bitte ich, von Amts wegen zur Frage des rechtlichen Gehörs zu beachten, daß aus Österreich und dem so-

wjetrussisch besetzten Gebiet Deutschlands überhaupt keine Zuschriften von SS-Leuten vorliegen. Eine urkundlich zuverlässige Klarstellung etwa zur Durchforschung der Dokumentenzentralen der Alliierten, in denen die beschlagnahmten Schriftstücke nach Sachgebieten geordnet liegen, konnte aus Sicherheitsgründen nicht gewährt werden. Diesem Mangel konnte auch nicht durch ungefähre Bezeichnung der Schriftstücke auf Grund gewisser Vermutungen begegnet werden. Wenn es bei dieser Sachlage aber der Verteidigung gelingt, nur den Schatten eines Beweises für ihre Gegenbehauptungen zu erbringen, dann mußte es genügen, um den Gegenbeweis als mit Erfolg geführt anzusehen.[57]

23⁰⁰ Die Rattenlinie Fluchtwege vieler NS-Täter

Sie flohen nach dem Ende der Nazi-Diktatur nach Südamerika, kamen mit Hilfe der Alliierten in den USA, Kanada oder Australien unter – die brutalen Schergen des NS-Regimes. Rena und Thomas Giefer haben dem unerklärlichen Verschwinden der Nazi-Verbrecher nachgespürt und die zweifelhafte Rolle der „Siegermächte" untersucht.



A. Eichmann (l.) auf dem Weg nach Argentinien

Sattsam bekanntes Medienniveau in der Zeitschrift ***Gong*** am Dienstag 30. Oktober 1990 als Berichterstattung für die Abend-Fernsehaufführung im 1. Programm -- ARD.

56 Belohnung von ½ Million DM -- schon 1972 --

"Die zuständige baden-württembergische Justiz hatte für die Ergreifung Schwammbergers eine Belohnung von einer halben Million Mark ausgesetzt, die zu Hinweisen auf den konkreten Aufenthaltsort des Verfolgten führte."

Die Schwammberger von Zeugen vorgeworfenen Taten liegen über 45 Jahre zurück. Im Mai 1990 wurde der schwerkranke nahezu Achtzigjährige aus Argentinien an die Bundesrepublik ausgeliefert und in das RAF-Terroristen-Gefängnis nach Stuttgart-Stammheim verbracht! Während Bundespräsident v. Weizsäcker RAF-Terroristen trotz nachgewiesener Beteiligungen an Mordtaten begnadigte, kennt die dieserart praktizierte politische brd-Justiz nicht einmal sachgerechte Beweispflicht, denn die Verantwortlichen wissen, daß ihnen nur Zeugenaussagen und keine anderen Beweismittel zur Verfügung stehen![59]

57 Treffen ehemaliger Ghetto-Bewohner von Lodz

In zwei Wochen, am 12. August 1984 werden sich etwa 4.000 (viertausend) Juden, die einst während des Krieges im Ghetto der polnischen Stadt Lodz lebten, im Hotel Concord in den New Yorker Catskill Bergen treffen. Viele sehen sich zum ersten Mal wieder, seitdem sie vom Ghetto in eines der Nazi-Todeslager 'umgesiedelt' wurden.[58]

Notwendiger Kommentar:

Viele haben offensichtlich sowohl das Ghetto Lodz als auch "Nazi-Todeslager" überlebt, ist doch zu berücksichtigen, daß jene ehemaligen Ghettobewohner sich weltweit verstreut angesiedelt haben und keineswegs 40 Jahre nach Kriegsende alle nach New York reisen konnten und wollten. Viele waren 1984 sicher auch bereits längst eines natürlichen Todes gestorben. Dieser Pressebericht widerlegt jedoch eindeutig die Behauptungen in der Holocaust-Literatur, die davon kündeten, daß alle oder nahezu sämtliche ehemaligen Ghettobewohner von Lodz "von den Deutschen umgebracht" worden seien.

Dafür, daß Juden "Nazi-Todeslager" unbeschadet überlebt haben, gibt es viele Zeugen. So hat sich der weltweit berüchtigte Menschenjäger Simon Wiesenthal am 29. Oktober 1985 vor dem österreichischen Fernsehen damit gebrüstet, ***"12 Vernichtungslager überlebt"*** zu haben! Wäre dort "Vernichtung" praktiziert worden, so hätte Simon Wiesenthal sowohl aus rassischen als auch aus Gründen seines stets kampfbereiten Widerstandes schon das erste "Vernichtungslager" nicht überlebt!

Typisch für unsere Medien:
58 *"Ganz im Gegenteil"* ZDF. 27.1.1988:
Der Vater eines Mörders

In den Jahren 1925 bis 1934 war ich Schüler am Wittelsbacher Gymnasium zu München. Oberstudiendirektor dieser Anstalt war bis 1931 der Geheimrat Gebhard Himmler, der in der oben genannten Sendung als ein widerwärtiger, schikanöser Mensch und Lehrer dargestellt wird. Diese Darstellung entspricht in keiner Weise der Wirklichkeit, sie fordert meinen Protest heraus und veranlaßt mich, zu erklären, daß Herr Himmler eine ganz großartige, menschlich-wissenschaftlich exzellente Persönlichkeit war.

In den 8 Jahren, in denen ich das Wittelsbacher Gymnasium besuchte, war es nicht ein einziges Mal der Fall, daß er ein Klassenzimmer betrat, um den Unterricht zu überprüfen oder gar -- wie in der Sendung dargestellt -- den Lehrer vor den Schülern bloßzustellen. Die ausgestrahlte Sendung schildert den Vater des Verbrechers Heinrich Himmler genau als das Gegenteil von dem, was er tatsächlich war. Daß ein Kind mißrät, kann in jeder Familie vorkommen, und ich war bisher der Meinung, die sogenannte 'Sippenhaftung' sei überwunden.[60]

57) IMT, Bd. XXI, S. 647 - 649.
58) *New York Times Magazine*, 29. Juli 1984, S. 13

59) ***Deutsche Nationalzeitung***, München 6.7.1990 S. 2 + 5. Juli 1991 S. 2
Vgl. ***Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*** vom 11.7.1991 S. 12.
60) ***Gong***, 19.2.1988 S. 115, Karl F. Keller, München